

NEUE ZEIT

MAI 1985

21

auf-
genommen

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Institut der Zollverwaltung der DDR

"HEINRICH RAU"

1301 Plötzin, Ortst. Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek



14159 21 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1500 9003 1529
PLIES



Bei der diesjährigen Parade am 9. Mai marschierte über den Roten Platz die Zeit mit. Vor den Tribünen, auch vor Millionen Fernsehzuschauern defilierten Menschen, die unser Land gegen den Faschismus verteidigten und im Hinterland das Schwert des Sieges schmiedeten.

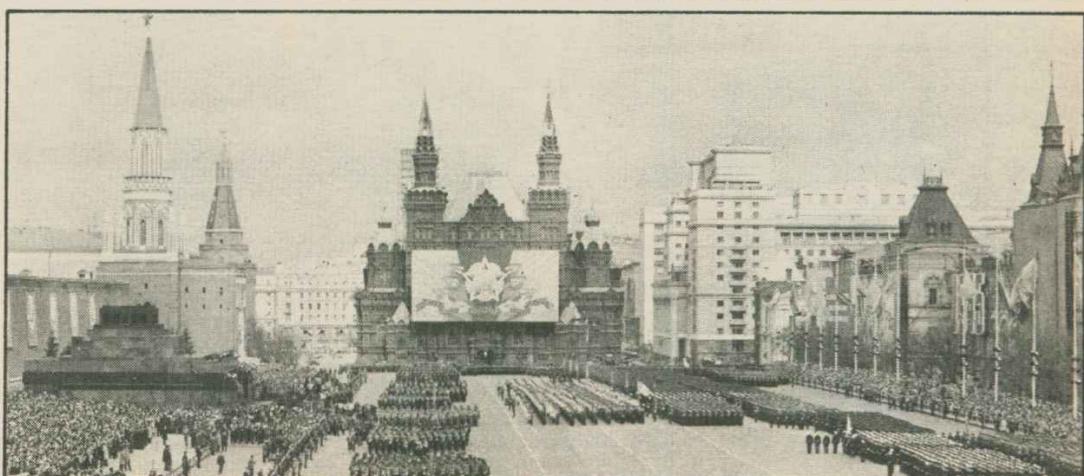
Von einer Ehrenesorte aus ruhmreichen Kriegsveteranen begleitet, zieht das Banner des Sieges an den Tribünen vorbei, jene Fahne, die auf der Kuppel des Reichstags gehißt wurde. Um sie nach Berlin zu tragen, mußten die Sowjetbürger vier lange, entbehrungsreiche Jahre hart kämpfen und im Hinterland nicht minder hart arbeiten. Heute nennen wir diese Menschen achtungsvoll Veteranen. Doch marschierten die Bataillone von Helden der Sowjetunion, von Trägern des Ruhmesordens aller Klassen und von Teilnehmern der historischen Siegesparade vom 24. Juni 1945 festen Schrittes über den Roten Platz. Ihnen folgten unsere Waffenbrüder, Veteranen der Polnischen und der Tschechoslowakischen Volksarmee, dann Partisanen und Helden des Hinterlands, Arbeiter und Bauern. An die



heroische Vergangenheit erinnerten ein Marschblock in der Uniform und die Kampftechnik aus den Kriegsjahren.

Unterpfand dessen, daß die Sache, der die heutigen Veteranen ihre Kräfte geben — der Schutz der Heimat, der Schutz des Friedens — in festen Händen liegt, war der Vorbeimarsch von Kampfteinheiten, die mit modernster Technik ausgerüstet sind.

Das friedliche Schaffen der Sowjetbürger, die Sicherheit unseres Landes und seiner Bündnispartner werden von den ruhmreichen Sowjetischen Streitkräften gemeinsam mit den Armeen der Bruderländer zuverlässig geschützt.



OBESTE PFLICHT

Kriege — in den letzten 5000 Jahren gab es, wie Historiker errechnet haben, über 14 500 — haben die Menschheit stets sehr viel gekostet. Menschen, Städte und Dörfer wurden vernichtet, Staaten zerfielen, ganze Zivilisationen gingen unter.

Das Sowjetvolk weiß nur zu gut, was Krieg ist. Dieses Wissen erwächst uns aus der Trauer um unsere 20 Millionen Gefallenen, aus dem nicht nachlassenden Schmerz um sie. Wir vergessen die Tragödie des Krieges nicht und bewahren das Glück des vor 40 Jahren in den härtesten Kämpfen errungenen großen Sieges in unseren Herzen.

Heute fiebert die Erde erneut. Das von den US-Militaristen entfesselte Wettrüsten treibt unser gemeinsames Heim an den Rand des Abgrunds. Die Weltzivilisation, ja das Leben schlechthin schweben in Gefahr. Die militärotechnische Revolution hat Waffen von beispiellosem Zerstörungskraft hervorgebracht. Wenn ein dritter Weltkrieg ausbricht und diese Waffen zum Einsatz kommen, wird die ganze Menschheit in den Strudel eines Nuklearkrieges hineingezerrt.

Nichts geht heute über die Aufgabe, der nuklearen Lawine Einhalt zu gebieten, das geheiligte Recht der Menschen auf Leben zu behaupten und den dauerhaften Frieden zu sichern. Die KPdSU und der Sowjetstaat sehen gerade hierin den Hauptsinn ihrer Außenpolitik. Ein weiterer Beweis dafür ist der Appell zum Frieden, der aus Moskau bei den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag des Sieges erschallte.

In diesem Heft bringen wir den sowjetischen Appell "An die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder" anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des zweiten Weltkrieges. Jeder unvoreingenommene Mensch, wo auch immer er lebt, wird sich anhand dieses Dokuments davon überzeugen, daß die UdSSR zu einem Dialog, zur Suche nach kostruktiven Lösungen auch für die kompliziertesten und akutesten weltpolitischen Probleme aufrichtig bereit ist.

Unsere friedensdienliche Außenpolitik hat nichts mit Konjunktur zu tun. Der Sowjetstaat kam mit dem Wort Frieden auf die Welt. Die UdSSR hat nie jemanden überfallen, bedroht niemanden und will keine fremden Gebiete. Die UdSSR und die anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags, dessen 30. Jahrestag wir eben begangen haben, suchen weder auf der Erde noch im Kosmos nach Überlegenheit. Unser Ideal ist allgemeine

und vollständige Abrüstung, eine Welt ohne Krieg, ohne Waffen. Die UdSSR fordert die Völker und Staaten, ihre Parlamente und Regierungen auf, alles zu tun, um einen neuen Krieg zu vermeiden.

Moskau hat konkrete Vorschläge eingebracht. So betrachten wir es als vernünftig, die Beziehungen zwischen den Kernwaffenmächten bestimmten Normen zu unterwerfen. In erster Linie ist das die Verhütung eines Nuklearkrieges, der Verzicht auf seine Propaganda und die Verpflichtung, keinen nuklearen Erstschlag zu führen, die Ausbreitung von Kernwaffen nicht zuzulassen und deren Reduzierung bis zur völligen Liquidierung anzustreben. Wir erwarten vom Westen eine positive Antwort darauf. Der sowjetische Appell spricht von der Bereitschaft, sich jederzeit mit den anderen Kernwaffenmächten über die gemeinsame Anerkennung solcher Normen zu einigen. Die UdSSR ihrerseits bestätigt die von ihr einseitig übernommene Verpflichtung, keinen nuklearen Erstschlag zu führen. Einen weiteren Beweis für den guten Willen lieferte unser Land mit dem einseitigen Moratorium über die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen und der Aussetzung der anderen Gegenmaßnahmen in Europa.

Wir lassen es an gutem Willen nicht fehlen. Davon zeugt die in Moskau geäußerte Bereitschaft, jede Initiative, jeden Vorschlag zugunsten des Friedens zu prüfen. Davon zeugt auch unser Willen, die Entspannung wieder zu beleben. Wir wollen weit mehr als eine einfache Rückkehr zu den Errungenschaften der 70er Jahre. Michail Gorbatschow sagte: "Von unserem Standpunkt aus ist Entspannung nicht das Endziel der Politik. Sie ist eine notwendige Etappe, aber eben nur eine Übergangsetappe von einer von Waffen starrenden Welt zu einem zuverlässigen und allumfassenden System der internationalen Sicherheit."

Wir sind zuversichtlich: In den internationalen Beziehungen werden die politische Vernunft, der Wille zu fruchtbare Zusammenarbeit die Oberhand gewinnen. Das ist kein frommer Wunsch, vielmehr eine Überzeugung, die auf einer unumstößlichen Tatsache beruht: Der Ausgang des historischen Wettbewerbs zwischen beiden Systemen ist nicht mit militärischen Mitteln zu bestimmen. Wir sehen die Suche nach allen Möglichkeiten, die Gefahr einer nuklearen Katastrophe zu beseitigen, als die oberste Pflicht der Regierungen und der verantwortungsbewußten Staatsmänner an. Die Völker beurteilen ihre Weisheit anhand dessen, was diese Regierungen und Staatsmänner real für die gemeinsame friedliche Zukunft tun.

Der Weg der friedlichen Koexistenz wurde uns von Lenin gewiesen. Auch heute gehen wir diesen Weg, ohne allerdings die Umtreibe der aggressiven imperialistischen Kräfte auch nur für einen Augenblick zu vergessen. Wir werden von diesem Weg nicht abweichen, weil das Gedenken an die Tragödie des vergangenen Krieges uns dazu verpflichtet und weil wir an unsere Gesellschaftsordnung und den Fortschritt der Menschheit glauben.

Teheran, Jalta und Potsdam waren und bleiben Ausdruck des unerschütterlichen Willens aller friedliebenden Nationen.

Heute, 40 Jahre danach, wissen wir genau: Der 8. Mai 1945 ist nicht der Tag der deutschen Katastrophe, wie gewisse "Sachwalter der deutschen Nation" behaupten, sondern der Tag der Befreiung, die uns neue Horizonte eröffnet hat.

Wir bemühen uns, mit unserem Tun und Denken der Verpflichtungen, die sich aus der Potsdamer Konferenz ergeben, würdig zu sein. Lehren aus der Geschichte zu ziehen, bedeutet, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Das Volk der DDR tut alles, damit die schlimme Vergangenheit nie wieder kommt, damit wir Deutschen unter den anderen Völkern einen geachteten Platz haben.

Matthias GROSSER
Magdeburg, DDR

Die Jugend im Westen hat häufig nichts von den Opfern gehört, die die UdSSR brachte, um die faschistischen Barbaren zu besiegen, weiß auch nicht, daß das erste Dekret der Sowjetmacht 1917 das Dekret über den Frieden war. Wir sollten vielleicht alle jungen Menschen daran erinnern, daß Ihr Land seit seines Bestehens nur mit friedlichen Initiativen hervorgetreten ist, die stets darauf gerichtet sind, einen Krieg zu verhüten und die Verständigung zwischen den Völkern zu fördern. Frieden ist ein gemeinsames Gut aller Völker. Wir wissen, daß die UdSSR ein zuverlässiges Bollwerk, ein Garant des Weltfriedens war und bleibt.

Antonio COLECHIA
Mestre, Italien

Über den Helden der Sowjetunion Iwan Gawrisch haben wir aus Ihrem Heft 1/85 erfahren. Dort hieß es, daß "sich seine Spuren verloren" haben. Als Rote Pfadfinder konnten wir feststellen, daß Gawrisch, der vor dem Krieg in unserer Stadt lebte, nach dem Sieg hierher zurückkam. Er hatte an der Fortsierung des Dnepr teilgenommen, war schwer verwundet worden und galt lange Zeit als gefallen: Selbst den Titel des Helden hatte man ihm "postum" zuerkannt. Aber Iwan Gawrisch kehrte in die Einsatzarmee zurück, war Geschützführer, forcierte den Bug, den Dnestr, die Wisla und die Oder.

Rote Pfadfinder, Schule Nr. 22
Kramatorsk, Ukr. SSR

Ich bin 15 Jahre alt und lerne im Russisch-Zentrum in Luanda. Ich lese Zeitungen und höre die Nachrichten im Rundfunk. Der Imperialismus ist hundertprozentig an Hunger, Zerrüttung, Elend und der ständigen Gefährdung des Friedens schuld. Auch wir in Angola haben all diese Probleme, empfinden aber die Freundeshilfe Ihres Landes.

Eines der größten Probleme von heute ist das Problem eines Krieges, den die US-Imperialisten entfesseln möchten. Über Ihre Zeitschrift will ich dem Volk Nikaraguas in seinem Kampf gegen die Strohmänner des US-Imperialismus Mut und Standhaftigkeit wünschen. Patria o muertel Der Kampf geht weiter!

Frederico Carlos da SILVA
Luanda, Angola

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 21 MAI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, A. PIN, B. PIESTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:

R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Oberste Pflicht (Wort des Redakteurs)	1
Appell des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR „An die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder“ aus Anlaß des 40. Jahrestages der Beendigung des zweiten Weltkrieges	4
L. Besymenski — Der Sieg, der uns stets gegenwärtig ist	6
M. Tilewitsch — Internationales Treffen von Kriegsveteranen und Widerstandskämpfern in Moskau	8
B. Piestschik — Voll Siegeszuversicht	8
A. Tolpegin — Niederlage der CDU (Kommentar)	9
W. Kusnezow — Triumph blieb aus	10
L. Shegalow, A. Uswatow — Indien. Kontinuität und Veränderungen	13
Biographisches: Christos Sarzefakis	14
Notizen • Glossen	16
W. Axjonow — Den Weltfestspielen entgegen (Kompetente Meinung)	18
J. Botschkarow — Äthiopien. Verleumdung als Zugabe	21
V. Bilak — Interessen der Minderheit, Interessen der Millionen (Interview)	22
A. Pin — Zum 40. Jahrestag des Sieges. Leningrads Schätzung gerettet	24
N. Jewgenjew, I. Orski — Die USA bremsen	28
Erklärung der sozialistischen Länder zur Lage in der Internationalen Arbeitsorganisation	29



Während der Parade am 9. Mai wurde über den Roten Platz feierlich die berühmte Fahne der mit dem Kutusow-Orden II. Klasse ausgezeichneten 150. Idrizaer-Schützendivision getragen. Diese Fahne hatte vor 40 Jahren über dem Reichstag geweht. Heute ist sie das Symbol des Sieges des Sowjetvolkes über den Faschismus und Militarismus. Diesem Banner getreu, realisiert die UdSSR schon seit vier Jahrzehnten konsequent ihre Politik des Friedens und Fortschritts und setzt sich unermüdlich dafür ein, das Wettrüsten einzuschränken und die Gefahr eines Nuklearkrieges zu beseitigen.

Foto: A. Pachomow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad, Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

Feierlich haben das Sowjetvolk, die Völker der anderen sozialistischen Länder, die gesamte fortschrittliche Menschheit den 40. Jahrestag des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945 begangen. Am 8. Mai fand im Kongreßpalast des Kreml ein Festakt statt, bei dem Michail Gorbatschow eine Rede über die "Unvergängliche Großtat des Sowjetvolkes" hielt. Festsitzungen, Konzerte und Massenfeste gab es in allen Städten und Dörfern der UdSSR. Am 9. Mai fand auf dem Roten Platz eine Militärparade statt. Kriegsveteranen, Teilnehmer der Siegesparade von 1945 und junge Soldaten, die von ihnen die Kampfbanner der Sowjetarmee übernommen haben, marschierten am Lenin-Mausoleum vorbei. Auf der Parade hielt der Verteidigungsminister, Marschall der Sowjetunion Sokolow, eine Rede. Am Abend des 9. Mai wurde in Moskau, den Hauptstädten der Unionsrepubliken, den Helden- und einigen anderen Städten ein Artilleriesalut geschossen. An den Feierlichkeiten in Moskau beteiligten sich Delegationen der sozialistischen Länder, der kommunistischen, Arbeiter- und vieler anderer Parteien, mehrerer Entwicklungsländer und internationaler Organisationen. In den sowjetischen Botschaften im Ausland fanden Empfänge statt, auf denen Staatsmänner und Vertreter der Öffentlichkeit des jeweiligen Aufenthaltslandes zugegen waren. Michail Gorbatschow, das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR haben von den Spitzenpolitikern anderer Staaten, von den kommunistischen und Arbeiterparteien zahlreiche Grußtelegramme erhalten.

Am 8. Mai legten Michail Gorbatschow und andere hohe Funktionäre der KPdSU und Mitglieder der Sowjetregierung Kränze am Lenin-Mausoleum und am Grab des Unbekannten Soldaten an der Kremlmauer nieder. Am 9. Mai ehrten die Sowjetbürger um 19.00 Uhr das Andenken jener, die bei der Verteidigung der Heimat gefallen sind, durch eine Schweigeminute.

Anlässlich des 40. Jahrestags der Beendigung des zweiten Weltkriegs richteten das ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR einen Appell "An die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder" (S. 4).

Anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges fanden in der DDR, der CSSR, in Polen, Bulgarien und den anderen sozialistischen Ländern Feierlichkeiten statt. Darauf beteiligten sich führende Parteifunktionäre und



Am 14. Mai jährte sich der Warschauer Vertrag — ein Vertrag der sozialistischen Länder über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand — zum 30. Male. Dieses Bündnis der Völker und Armeen der Vertragsländer dient zuverlässig der Erhaltung des Friedens. **Unser Bild:** Bei einer gemeinsamen Übung werden Fragen des Zusammenwirkens besprochen.

Foto: D. Gefmanenko

Staatsmänner sowie Partei- und Regierungsdelegationen der UdSSR.

Zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestags des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg und des 25. Jahrestags der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba traf Michail Solomenzow in Havanna ein.

Am 13. Mai traf eine von Viktor Grischin geführte Delegation der Stadt Moskau in Berlin zum Tag Moskaus ein.

Am 14. Mai traf Andrej Gromyko in Wien ein, um an den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag des Staatsvertrages über die Wiederherstellung des unabhängigen und demokratischen Österreich teilzunehmen.

Erich Honecker empfing am 13. Mai Pjotr Demitschew, der als Leiter einer UdSSR-Delegation zu den Tagen der Kultur der UdSSR in der DDR eingetroffen war. Erörtert wurden aktuelle internationale Fragen; die Notwendigkeit wurde hervorgehoben, die Einheit der Brüderländer zu festigen. Am selben Tag fand die feierliche Eröffnung der Tage der Kultur der UdSSR in der DDR statt.

Die sozialistischen Länder haben in der UNO alle UNO-Mitgliedsstaaten aufgefordert, aktiv für die Erhaltung und Festigung

des Friedens, für die Beseitigung der Gefahr eines neuen Weltkrieges, für die Wiederbelebung der Entspannung in den internationalen Beziehungen zu kämpfen.

Am 11. und 12. Mai fand in Moskau aus Anlaß des 40. Jahrestags des Sieges über den Faschismus und den japanischen Militarismus ein internationales Treffen von Kriegsveteranen und Widerstandskämpfern statt (S. 8).

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat den Bürgern Frankreichs Philippe de Gaulle, Jean Laurain, Raymond Marquie, Henri Rol Tangy, André Tollet und Jacques Chaban-Delmas in Würdigung ihres hohen persönlichen Beitrags zum Kampf gegen den Faschismus und anlässlich des 40. Jahrestags des Sieges den Orden des Vaterländischen Krieges I. Klasse verliehen.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat W. Averell Harriman, einem angesehenen amerikanischen Politiker und Vertreter der Öffentlichkeit und ehemaligen Botschafter der USA in Moskau (1943–1946), in Würdigung seines großen persönlichen Beitrags zur Entwicklung und Festigung der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit während des Großen Vaterländischen Krieges und anlässlich des 40. Jahrestags des Sieges den Orden des Vaterländischen Krieges I. Klasse verliehen.

APPELL

DES ZENTRALKOMITEES DER KPdSU, DES PRÄSIDIUMS DES OBERSTEN SOWJETS DER UdSSR UND DES MINISTERRATS DER UdSSR

„AN DIE VÖLKER, PARLAMENTE UND REGIERUNGEN ALLER LÄNDER“ AUS ANLASS DES 40. JAHRESTAGES DER BEENDIGUNG DES ZWEITEN WELTKRIEGES

Vor vier Jahrzehnten ging der Kampf der freiheitsliebenden Völker gegen den Faschismus, der sich die Erringung der Weltherrschaft zum Ziel gesetzt hatte, siegreich zu Ende.

Der welthistorische Sieg über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus wurde durch die gemeinsamen Anstrengungen der Völker und Armeen der Länder der Antihitlerkoalition, der Partisanen, Widerstandskämpfer, Antifaschisten, Demokraten und Patrioten, von Millionen Freiheitskämpfern errungen.

Es ist allgemein anerkannt, daß die Sowjetunion und ihre Streitkräfte den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung der Kräfte des Faschismus und der Aggression, zur Rettung der Menschheit vor der Versklavung geleistet haben.

Der Hitlerfaschismus bedrohte die Existenz der europäischen und der Weltzivilisation. Im zweiten Weltkrieg starben 50 Millionen Menschen. Die Sowjetunion mußte diesen ihr aufgezwungenen Krieg mit dem Leben von 20 Millionen ihrer Söhne und Töchter bezahlen. Es gab keine Familie, die vom Feuer des Krieges verschont blieb. Unser Schmerz und unsere Trauer werden nie verstummen. Untröstlich ist das Leid der Soldatenwitwen, Mütter und Waisen. Der Aggressor zerstörte ein Drittel unseres Nationalreichtums.

Die Tragödie des Krieges und das Glück des großen Sieges werden im Gedächtnis des Volkes für alle Zeiten fortleben. Die harten und aufschlußreichen Lehren des Krieges bleiben unvergessen.

Eine der wichtigsten Lehren besteht darin, daß man gegen eine Aggression entschieden und gemeinsam kämpfen muß, solange der Kriegsbrand noch nicht ausgebrochen ist.

Gerade dafür hatte sich die Sowjetunion am Vorabend des zweiten Weltkrieges beharrlich eingesetzt.

Gegenwärtig hat sich eine qualitative Veränderung der Mittel zur Kriegsführung vollzogen. Während in der gesamten Menschheitsgeschichte durch Kriege Hunderte Millionen Leben ausgelöscht wurden, droht in einem dritten Weltkrieg die völlige Vernichtung der Menschheit. Wenn ein nuklearer Sturm über den Erdball fegt, werden nicht einmal Oasen des Lebens übrigbleiben.

Angesichts der tödlichen faschistischen Bedrohung in den Jahren des zweiten Weltkrieges vermochten Staaten unterschiedlicher sozialpolitischer Ordnung sich gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen, und sie bewiesen damit die Möglichkeit einer effektiven politischen und militärischen Zusammenarbeit im Namen des gemeinsamen Ziels der Menschheit — der Freiheit und des Friedens. Auch heute kann die Geschlossenheit der Völker zu einem mächtigen Hindernis für jene werden, die die Welt in eine nukleare Katastrophe treiben. Heute sind die Kräfte des Friedens und des Fortschritts

unvergleichlich stärker als die Kräfte der Reaktion und Aggression.

Nach Beendigung des Krieges hat die Sowjetunion keine Anstrengungen zur Verhinderung einer neuen Katastrophe, im Kampf um Abrüstung und die friedliche Regelung strittiger Fragen am Verhandlungstisch gescheut. Seit dem Frühjahr 1945 leben die Völker Europas im Frieden. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bahnt sich im internationalen Leben in den Beziehungen zwischen den Staaten immer mehr den Weg.

Am 1. August 1975 unterzeichneten die Teilnehmer der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki die Schlüsse, in der sie den Weg zur Überwindung der aus dem Charakter ihrer früheren Beziehungen herrührenden Konfrontation sowie zu besserem gegenseitigem Verständnis aufzeigten. Mit kollektiven Anstrengungen der Staaten wurden die Grundlagen der Entspannung gelegt, die ihre unbestreitbaren Vorteile und Vorteile für alle gezeigt hat.

Den 40. Jahrestag des Sieges begehen die Völker in einer zugesetzten und gefährlichen Situation, die sich durch den Kurs der USA und der NATO auf die Zerstörung des militärstrategischen Gleichgewichts und auf die Erringung militärischer Überlegenheit über die Sowjetunion, die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages herausgebildet hat. Die Pläne, die Vorherrschaft in der Welt zu erlangen und anderen, darunter auch der Sowjetunion, seinen Willen zu diktieren, sind unhaftbar und für alle Völker gefährlich.

Ernsthafte Besorgnis ruft die Lage in Europa hervor, über das der Sturm zweier verheerender Weltkriege hinwegfegte. Hier stehen sich riesige Massen von Streitkräften und Waffenarsenalen unmittelbar gegenüber; in Westeuropa wird die Stationierung amerikanischer Raketenkernwaffen für den Erstschlag fortgesetzt, aktiver werden revisionistische Kreise, die versuchen, die Ergebnisse des Krieges und der Nachkriegsentwicklung und die vor allem in Europa bestehenden politischen und territorialen Nachkriegsrealitäten in Frage zu stellen.

Bestimmte Kräfte in Europa und außerhalb des Kontinents haben ihre gefährlichen Pläne nicht aufgegeben, die historischen Abkommen von Jalta und Potsdam zu untergraben, die das Fundament der Nachkriegswelt begründeten. Seit 40 Jahren dienen sie zuverlässig der Sicherheit der Europäer und stellen eine Barriere gegen militaristische und revisionistische Bestrebungen dar. Alle Versuche, diese Abkommen anzuwalten, sind zum Scheitern verurteilt.

Die Erde ist das gemeinsame Haus aller Völker, der ganzen Menschheit. Das sowjetische Volk braucht kein fremdes Land.

Wir zwingen niemandem unsere Weltanschauung, unsere Lebensweise auf. Die Verkünder eines "Kreuzzuges" und "psychologischen Krieges" versuchen vergebens, die Weltöffentlichkeit mit Erfindungen von der "sowjetischen militärischen Bedrohung" in die Irre zu führen. Die Geschichte, die realen Tatsachen des heutigen Tages besagen etwas anderes. Die Sowjetunion hat niemals irgend jemanden überfallen, aber sie mußte wiederholt Überfälle von Aggressoren abwehren. Das sowjetische Volk braucht friedliche Bedingungen für den schöpferischen Aufbau, für die weitere Vervollkommnung der Gesellschaft des entwickelten Sozialismus. Unser Ideal, unser ständiges Anliegen ist die allgemeine und vollständige Abrüstung, ist ein dauerhafter und gerechter Frieden.

Die Erhaltung des Friedens war und bleibt das höchste Ziel der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates. Die friedliebende Außenpolitik, das Vermächtnis W. I. Lenins, ist in der Verfassung der UdSSR verankert. Sie ergibt sich aus dem Wesen der sozialistischen Gesellschaft.

Wir sind überzeugt davon, daß es keine schicksalhafte Unvermeidlichkeit von Kriegen gibt. Es kann keine Ziele geben, die die Entfesselung eines Kernwaffenkrieges rechtfertigen würden. Es gibt keine internationalen Fragen, die nicht am Verhandlungstisch geregelt werden können. Entspannung und sachliche Zusammenarbeit können und müssen der natürliche und ständige Zustand des internationalen Lebens sein. Vernunft muß über die Unvernunft und Unbesonnenheit triumphieren.

Die Sowjetunion ruft die Völker und Staaten, ihre Parlamente und Regierungen auf, alles nur Mögliche zu tun zur Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und zu seiner Einstellung auf der Erde, zur Begrenzung, Reduzierung und nachfolgenden völligen Vernichtung der Kernwaffen.

Die Erzielung einer Vereinbarung zu den Fragen der Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen ist unter den Bedingungen einer Militarisierung des Weltraums undenkbar. Die Militarisierung des Weltraums würde zum Katalysator eines unkontrollierten Wettrüstens auf allen Gebieten werden, zu einer neuen und noch gefährlicheren Runde des Wettrüstens, zu einer rapiden Schwächung der strategischen Stabilität führen.

Es wäre vernünftig, daß die Beziehungen zwischen den Mächten, die über Kernwaffen verfügen, bestimmten Normen unterliegen. Unserer Ansicht nach sollten diese Normen vorsehen: die Verhinderung eines Nuklearkrieges, den Verzicht auf seine Propagierung, die Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, ihre Weiterverbreitung nicht zuzulassen und die Reduzierung der Kernwaffen bis zu ihrer völligen Liquidierung anzustreben. Die Sowjetunion ist jederzeit bereit, mit den anderen Kernwaffenmächten über die gemeinsame Anerkennung derartiger Normen und über deren bindenden Charakter zu verhandeln.

Am 40. Jahrestag des großen Sieges über den Faschismus beträgt die Sowjetunion ihre einseitig übernommene Verpflichtung, Kernwaffen nicht als erster einzusetzen, und ruft erneut die anderen Kernwaffenmächte, die dies bisher noch nicht getan haben, auf, analoge Verpflichtungen zu übernehmen.

Den Interessen einer Verringerung der Spannungen entspricht das Dokument "Hauptelemente des Vertrages über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen", das den Teilnehmern der Stockholmer Konferenz von der sowjetischen Seite vorgelegt wurde. Diese Initiative ist auf die Erreichung des Hauptziels der Konferenz ausgerichtet. Kernpunkt des vorgeschlagenen Vertrages wäre die Verpflichtung, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen und folglich überhaupt keine militärische Gewalt gegeneinander anzuwenden.

Wir appellieren an die Regierungen der Staaten Europas, der USA und Kanadas, wirksame Schritte zu unternehmen, um den europäischen Kontinent sowohl von Kernwaffen mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen vollständig zu befreien. Europa muß auch von chemischen Waffen frei werden. Die Schaffung kernwaffenfreier Zonen auf dem Balkan, im Norden Europas und in anderen Gebieten des Kontinents sowie die Nichteinhaltung und Reduzierung der militärischen Ausgaben würden zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in diesem Teil der Welt beitragen.

Die Sowjetunion appelliert an die Teilnehmerstaaten der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa sowie an die Teilnehmerstaaten der Wiener Verhandlungen über die beiderseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um für jede Seite annehmbare Vereinbarungen zu erreichen.

Unser Land setzt sich für eine friedliche Regelung der Situation im Nahen Osten, in Mittelamerika, in Südostasien und anderen Regionen, für die Beseitigung von Spannungs- und Konflikttherden zwischen Staaten ohne Einmischung in deren innere Angelegenheiten ein. Gemeinsam mit den anderen Völkern fordern die sowjetischen Menschen auf das entschiedenste die Gewährung der Unabhängigkeit für Namibia und die Beseitigung des Rassismus in Südafrika.

Gemeinsam mit anderen interessierten Staaten werden wir darauf hinarbeiten, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter, demokratischer Grundlage umzugestalten, auf alle Formen von Ausbeutung und auf die Ausnutzung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als politisches Druckmittel zu verzichten. Die UdSSR wird auch künftig all jene konsequent unterstützen, die gegen soziale und nationale Unterdrückung, gegen Rassendiskriminierung und Völkermord, für wahrhafte Demokratie und Gleichheit, für die realen Rechte und Freiheiten des Menschen ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion kämpfen.

Es ist in unserem gemeinsamen Interesse, aktiv zur weiteren Erhöhung der Rolle und der Wirksamkeit der Organisation der Vereinten Nationen als internationales Instrument des Friedens und der Sicherheit der Völker beizutragen, in Verwirklichung des in ihrer Charta verkündeten hohen Ziels, die künftigen Generationen vor den Schrecken eines Krieges zu bewahren und gemeinsam miteinander in Frieden, als gute Nachbarn zu leben. Wir begrüßen den Appell der UNO an die Völker und Staaten, den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus zu begehen. Damit würdigen wir das Andenken von Millionen Menschen, die im zweiten Weltkrieg ihr Leben gelassen haben.

Die heilige Pflicht derer, die am Krieg gegen den Faschismus teilgenommen haben, und derer, die nach seinem Ende geboren wurden, ist es, das Recht des Menschen auf Leben zu verteidigen.

In Anbetracht der hohen Mission aller Staaten, ihrer Parlamente und Regierungen bei der Erhaltung des Weltfriedens und im Bewußtsein der Verantwortung für das Schicksal der Welt und der Menschheit wendet sich die Sowjetunion mit dem Appell an alle Völker, Parlamente und Regierungen, der Stimme der Vernunft zu gehorchen, durch aktives gemeinsames Handeln das Abgleiten in eine nukleare Katastrophe aufzuhalten, einem neuen Krieg den Weg zu versperren und die Kernwaffen vollständig zu beseitigen. Die Sowjetunion ist bereit, jede Initiative und jeden Vorschlag im Interesse des Friedens zu prüfen.

Möge der 40. Jahrestag des großen Sieges den gemeinsamen Anstrengungen der Völker und Staaten zur Gesundung der internationalen Lage und zur Festigung des Friedens einen neuen mächtigen Impuls verleihen. Die Menschheit kann und muß im festen Vertrauen in ihre Zukunft das 20. Jahrhundert vollenden und in das 21. Jahrhundert eintreten.

ZENTRALKOMITEE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION

PRÄSIDIUM DES OBERSTEN SOWJETS DER UDSSR

MINISTERRAT DER UDSSR

DER SIEG, DER UNS STETS GEGENWÄRTIG IST

Lew BESYMENSKI, politischer Kommentator der "Neuen Zeit"

Dieser Festtag war nicht nur fällig, er war lebenswichtig! Das wußten wir schon lange. Wenn die Welt heute ein Fazit aus den Festlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestags des großen Sieges zieht, wird sie in dieser Überzeugung bestärkt, ja, diese Überzeugung ist auf eine neue Weise sinnvoll geworden.

Gewiß, es war von Anfang an klar, daß Formen und Art dieser Feier sehr verschieden sein werden. Das ist ja auch begreiflich: Jedes Volk und sogar jeder einzelne hat seine Gewohnheiten und Traditionen, besonders in bezug auf die Ehrung der Gefallenen. Wie aber der Sieg neben dem Persönlichen auch etwas Allgemeines war, so stand außer jedem Zweifel, daß er einen weiten Kreis menschlicher Interessen berühren mußte. Je näher der Mai 1985 rückte, desto weiter spannte sich dieser Kreis. Nicht von ungefähr appellierte die aus der Zerschmetterung des Faschismus hervorgegangene Weltorganisation, die UNO, feierlich an ihre Mitglieder, den Jahrestag der Niederwerfung des Faschismus und Nazismus, der Befreiung der Völker gebührend zu begehen.

Tief bewegt tat es das sowjetische Volk. Lange vorher hatte es schon dazu gerüstet. Es war ihm ein Bedürfnis, ein Bedürfnis seines großen Herzens, dank dem wir die beispiellosen, ungeheuerlichen Heimsuchungen durchzustehen vermochten. Die Tatsache, daß der Siegestag ein Fest- und Gedenktag des ganzen Volkes ist, symbolisiert nochmals die sozialistische Lebensweise. Wo, in welcher Gesellschaft ist eine derart unverfälschte, unformale, seelische Einheit möglich? Die durch bittere Verluste und den Siegesstolz vereinigten Sowjetvölker haben diese ihre besondere Eigenschaft durch ihre neue, in der Geschichte einzig dastehende soziale und internationale Gemeinschaft bekräftigt.

Wir ehren unsere Helden und die Helden anderer Völker. Der sowjetische Mensch ist nicht so geartet, daß er, sobald eine Gefahr vorbei ist, dem Helfer zu danken vergäße. Wer daran zweifeln sollte, der mag die Rede lesen, die Michail Gorbatschow am 8. Mai gehalten hat, und die darin ausgesprochene hohe Anerkennung für die Leistungen unserer Alliierten mit der empörenden Schweigsamkeit in den Dokumenten des Westens vergleichen.

In Moskau wurde gesagt: "Am Tage des Sieges würdigen wir den Heldenmut der Angehörigen der alliierten Armeen der USA, Großbritanniens und

Frankreichs. Niemals werden wir die Standhaftigkeit und den Mut des jugoslawischen Volkes und seiner Volksbefreiungsarmee vergessen. Unsere hohe Wertschätzung gilt dem selbstlosen Kampf des okkupierten, aber unbezwungenen Polens. Schulter an Schulter kämpften mit unseren Soldaten auf sowjetischem Boden und später auch bei der Befreiung ihrer Länder die polnische und die tschechoslowakische Armee. Ihren Beitrag zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus leisteten die Partisanen, die Patrioten im Untergrund und in der letzten Etappe des Krieges die Armeen Bulgariens und Rumäniens sowie Truppenteile Ungarns. Standhaft kämpften das albanische und das griechische Volk gegen die Okkupanten. Wir erinnern uns an den ungleichen Kampf, den die deutschen Kommunisten, alle Antifaschisten mutig gegen das Hitlerregime geführt haben. Die sowjetischen Menschen schätzen die Kühnheit der Kämpfer der Widerstandsbewegung hoch ein. In ihren ersten Reihen standen die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens, Norwegens, Dänemarks, Belgiens, Hollands und anderer Länder Westeuropas."

Kommen wir jetzt zu der Rede Ronald Reagans in Strasbourg, von der so viel hergemacht wird. In ihr erwähnte er die Siegesfeiern in Paris, New York, Washington und — Kalifornien. Nicht einmal für London fand er Worte, ganz zu

schweigen von anderen Hauptstädten. Dafür konnten die Urheber der NATO-Dokumente und viele westliche Politiker kein anerkennendes Wort, ja nicht einmal eine Erwähnung der Rolle über die Lippen bringen, die die UdSSR gespielt hat. Es geht uns nicht um den Ruhm. Das Heldenamt des Sowjetvolkes bleibt ungestört, auch wenn es von den NATO-Führern nicht erwähnt wird. Wer aber vorsätzlich darüber hinwegsieht, stellt sich selbst ein schlimmes Armutzeugnis aus.

Die letzten Monate waren ein Markstein im politischen und geistigen Leben und im moralischen Aufstieg der UdSSR. Nicht allein in Zeitungen und Zeitschriften, in neuen Büchern und Filmen begegneten wir der heroischen Vergangenheit. Tausende und aber Tausende Aussprachen von Veteranen mit der Jugend, Kundgebungen, Vorträge, andere Veranstaltungen und schließlich der 9. Mai selbst und die eindrucksvolle Parade auf dem Roten Platz gaben dem Leben in der UdSSR eine neue, tiefe Dimension.

Ich bin fest überzeugt: Kein sowjetischer Mensch konnte, als er am 9. Mai im Fernsehen die Marschkolonne in den damaligen Uniformen sah, sich dessen erwehren, daß ihm das Herz schneller schlug und die Augen feucht wurden. Es war, als seien die Gestalten auf den Gräbern gefallener Helden — angefangen von der Ausweichstelle Dubossekowo bei Moskau bis zum Park in Berlin-Treptow — von ihren Sockeln herabgestiegen und auf den Roten Platz gekommen. Dort sahen wir Kolonnen von Helden der Sowjetunion, Trägern des Ruhmesordens aller Klassen, Partisanen und Veteranen von der Arbeitsfront. So defilierte die Geschichte selbst im Marschtritt an uns vorüber.

Ich bitte, mir zu verzeihen, wenn ich jetzt etwas "rein Persönliches" sagen will, aber wenn ich über das kürzliche Fest nachdenke, drängen sich mir wie jedem Angehörigen der Kriegsgeneration diese Worte auf die Lippen. Wie schön war es, das Siegesfest zu feiern, während noch so viele von uns Veteranen am Leben sind, und der Jugend, die den Krieg nicht erlebt hat, die Wahrheit darüber berichten zu können. Die Zeit ist unerbittlich. Wer 1945 zwanzig war, ist jetzt sechzig. Viele sind noch älter. Aber auch jetzt ist die ergraute Kriegsgeneration aktiv am Leben der sowjetischen Gesellschaft und folglich auch an dem Fest beteiligt, das gleichsam eine Brücke zwischen den Generationen geschlagen hat.

V. o. n. u.: Amerikanische Kriegsveteranen am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow; Militärparade in Belgrad



Geschlossen haben die Völker der Länder der sozialistischen Gemeinschaft den 40. Jahrestag des Sieges begangen. Diese entstand in den Flammen des Krieges, als folgerichtige Fortsetzung des Kampfes der Völker, denen die Rote Armee zu Hilfe kam. Wojciech Jaruzelski sprach in dem Polen wiedergegebenen Wrocław und sagte:

"Hier eben, wo sich einst die Nazis austobten, fragen wir die jetzt wütenden Feinde des Sozialismus, wo sie denn hergekommen sind. Ob sie denn nicht wissen, wer dafür gesorgt hat, daß das polnische Volk alles überlebt hat. Wem es zu danken ist, daß hier, inmitten der Ruinen, polnische weiße Fahnen und polnische Namen erschienen."

Als Antwort auf diese berechtigten Fragen sind nicht allein in Polen, sondern in allen Ländern, die ihre Freiheit dem sowjetischen Heldentum verdanken, auf den Gräbern sowjetischer Soldaten Blumen erblüht. Hunderte von Delegationen, die unsere Völker austauschten, haben die Gemeinschaft und Freundschaft gefestigt. Diese Monate haben in einmaliger Prägnanz die Einheit der sozialistischen Länder, der Teilnehmerstaaten der Warschauer Vertragsorganisation, die jetzt ihr 30jähriges Bestehen begeht, vor Augen geführt.

Der Sozialismus hat nicht nur im Krieg gesiegt. In den letzten Monaten hat er seine Lebenskraft auch mit der Beherzigung der Lehren aus der Vergangenheit bewiesen. Hier nur ein Beispiel: War das Siegesfest für die deutschen Bundesbürger eine harte Prüfung und Ursache heftiger Differenzen, so war es für die sozialistische DDR kein Problem, ihren Platz unter den Feiernden zu finden. Sie hat an die schönsten Traditionen jener Söhne und Töchter des deutschen Volkes angeknüpft, die im Kampf gegen Hitler ihr Leben hingaben.

Bundeskanzler Kohl und Präsident Reagan haben sich andere Vorbilder ausgesucht: auf dem Friedhof der Wehrmacht und der SS in Bitburg. Diesen Friedhofsbesuch hat Ex-General Otto-Ernst Remer, ein Mann, der im Juli 1944 nicht zuletzt den Antihitlerputsch vereitelte, recht treffend kommentiert. Damals kam er Befehlen von Hitler und Goebbels ohne Widerrede nach. Jetzt stellt er sich eifrig schützend vor Reagan. "Das war schon lange fällig!" sagte er über den Besuch in Bitburg. "Wir sitzen schließlich alle im selben Boot: in der NATO." Tatsächlich hat die NATO mit ihrer "atlantischen", will sagen, antikommunistischen Philosophie auch das Siegesfest gröblich verfälscht.

Schon bei Beginn der Vorbereitungen zum Fest vertraten die UdSSR, die anderen sozialistischen Länder sowie die



V. o. n. u.: Parade in Prag; Parade in Warschau; Kundgebung in Mailand am Denkmal der sowjetischen Teilnehmer der italienischen Widerstandsbewegung

demokratischen Kräfte im Westen die Ansicht, daß das Siegesfest eine eindringliche Erinnerung an die Zeit der Zusammenarbeit in der Antihitlerkoalition zu sein hat, ein Auftakt zum Zusammenschluß aller Kräfte der Vernunft für die Verhütung eines neuen Krieges, der noch entsetzlicher sein würde als der zweite Weltkrieg. Denn die Völker der Welt stehen wieder einer gemeinsamen Gefahr — der Gefahr einer nuklearen Vernichtung — gegenüber.

Die Menschheit hat immer das Gefühl der Gemeinsamkeit und des gemeinsamen Empfindens gebraucht. Die Politik der Ausbeuter, die "trennen und herrschen" wollen, zieht von alters her darauf ab, Klassen und Völker in Gegensatz zu bringen, ja gegeneinander aufzuhetzen. Aber warum so weit zurückzuschauen? War der deutsche Nazismus etwa nicht ein Gipfel derartiger Politik, als er zuerst sein Volk in "Reine" und "Unreine" und dann die ganze Welt in eine "Herrenrasse" und in "Untermenschen" teilte?

Nichts eint so fest wie gemeinsamer Kummer. Nicht weniger die Freude darüber, schwere Zeiten gemeinsam durchgestanden zu haben. Dieses Gefühl erwachte während des Krieges und fand im Mai 1945 seinen stärksten Ausdruck.

Für uns, die wir das erlebt haben, ist dieses Gefühl unvergänglich. Gekannt haben es auch die vom Faschismus befreiten Völker Europas, darunter die Völker Westeuropas. Man hat sich größte Mühe gegeben, es abzutöten, sowohl im kalten Krieg als auch beim "Balancieren am Rande des Krieges", als man das heroische Sowjetvolk, das für den Sieg 20 Millionen Menschenleben opferte, als gefährlich hinstellte. Leider tut man das auch jetzt.

Der Historiker der Zukunft wird sich einer undankbaren Aufgabe gegenübersehen, wenn er darangeht, die Einstellung der herrschenden Kreise vieler westlicher Länder zum 40. Jahrestag des Sieges zu untersuchen. Erst wird er über die Versuche staunen müssen, das denkwürdige Fest überhaupt zu umgehen. Dann wird er sehen, wie die empörte Öffentlichkeit diese Versuche vereitelte. Es folgten — das wird er auch sehen — krampfhafte Manöver, um die Feier sinnlos zu machen, sie aus einem Tag des Sieges in einen Tag der Konfrontation umzuwandeln.

Im Mai 1985 konnten die NATO und ihr wichtigster Bestandteil, die USA, ohne Geschichtsklitterung nichts ausrichten. Wie wollte man heute die Völker, die die Befreiungsmission der UdSSR nicht vergessen haben, gegen sie aufhetzen? Wie kann man von einer "sowjetischen Gefahr für die Zivilisation" reden, wo unser Land sie ja gerettet hat und sie von denen bedroht war, die man jetzt in Bitburg ehrt? Wie kann man sich als edle Verteidiger von Gerechtigkeit und Frieden aufspielen, wenn man Hitlers Methoden in Vietnam, im Libanon, in Grenada und Nikaragua angewandt hat und noch anwendet? Ich könnte noch vieles fragen, und nicht von ungefähr hat der kanadische Reporter John Fraser so treffend im "Globe and Mail" geschrieben, daß "bei den Vorbereitungen zum Fest die westlichen Länder von einer grundfalschen Auffassung ausgehen. Die westlichen Spitzenpolitiker hatten angenommen, daß der größte Teil der Öffentlichkeit ihrer Länder den zweiten Weltkrieg mehr oder minder vergessen hat."

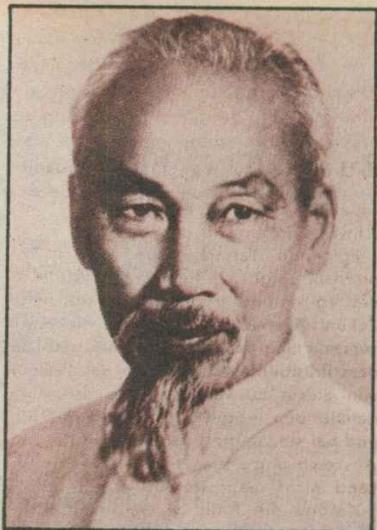
Glücklicherweise war das ganz und gar nicht der Fall. Die Erwartung, daß die Menschheit an Gedächtnisschwund leide, hat sich nicht bewahrheitet. Die letzten Monate zeigen doch wohl, wie schwer die Erfahrungen ins Gewicht fallen, die sich aus denen einzelner Angehöriger der Menschheit zusammensetzen. Die Veteranen der Kämpfe in den Ardennen und der Begegnung an der Elbe, die Flieger des Geschwaders "Normandie-Niemen" und die Teilnehmer der Murmansk Geleitzüge haben mit den sowjetischen Veteranen mühelos eine gemeinsame Sprache

gefunden. Wer in Leningrad auf dem Piskarjow-Friedhof oder an der Wolga auf dem Mamai-Hügel war, dem braucht man nicht erst zu erläutern, was die UdSSR zum Sieg beigetragen hat. Wer sein Haupt vor den Opfern von Dachau und Buchenwald neigte, ist dem Ruf zur "Aussöhnung" mit dem Nazismus nicht gefolgt. Sie fordern, daß alle Versuche bekämpft werden, den Nazismus und Hitlers Aggression weißzuwaschen und wiedererstehen zu lassen. Trotz des Kreuzzugs der antikommunistischen Propagandisten konnten weiteste Kreise in nahen und fernen Ländern dieser Tage die Wahrheit über den Sieg erkennen und ihn gebührend feiern.

Die Kalenderblätter flattern schnell davon, aber es gibt Tage, die uns stets gegenwärtig bleiben. Wenn wir uns um 40 Jahre zurückversetzen, lassen wir die Gegenwart nicht aus den Augen. Umgekehrt, wir schöpfen dabei Kraft für neue Aufgaben, mögen sie noch so schwierig sein.

Die Welt von heute ist kompliziert. Die Völker spüren wie noch nie den sengenden Atem einer neuen Kriegsgefahr. Er weht aus vielen Regionen, von Europa bis Lateinamerika und vom Nahen bis zum Fernen Osten. Von dieser Gefahr wurde auch am 40. Jahrestag des Sieges in Moskau offen gesprochen. Doch der lebenspendende Hauch des Sieges, der das Streben der Menschheit nach Frieden, Freiheit und Fortschritt ausdrückt, ist viel stärker als der Fäulnisatem der Kriegsgefahr.

Es besteht keine schicksalhafte Unausbleiblichkeit von Kriegen. Die atlantischen Konfrontationsstifter möchten das Gegenteil beweisen und die Völker ihrer Länder so vom energischen Antikriegskampf abhalten. Das Sowjetvolk aber appelliert an alle: Vergeßt die Lehren der Geschichte nicht! Kriege muß man verhüten, ehe sie angefangen haben. Der Sieg muß uns als höchstes Gut der Menschheit stets gegenwärtig sein.



Einen grünen Winkel in Hanoi sucht jeder Gast auf. Millionen Vietnamesen waren schon dort. Der Zustrom der Besucher versiegt nicht, denn immer neue seiner Enkel, wie Ho chi Minh die jungen Menschen seines Landes nannte, wachsen heran.

Jenseits des Gitters um das riesige Gelände des Präsidentenschlosses gehen wir auf schmalem Pfad hinunter zu einem winzigen Teich. Darin spiegelt sich das kleine Holzhaus, in dem der Präsident nach acht Jahren als Partisan, in denen Höhlen und Bambushütten seine Unterkünfte waren, seine letzten Jahre verlebte.

Das schlichte Häuschen steht, wie gesagt, neben dem Schloß, in dem die offiziellen Feierlichkeiten abgehalten und Empfänge gegeben werden. Von draußen sieht man durchs Fenster auf dem Schreibtisch Bücher Lenins, von denen sich der große vietnamesische Revolutionär nie trennte.

Die Spur, die ein Führer seines Volkes in der Geschichte hinterläßt, besteht nicht nur in dem, was er selbst und seine Anhänger zu Lebzeiten geleistet haben. Ho chi Minh hat viele Jahre für die Befreiung seines Volkes und die Unabhängigkeit seines Landes gekämpft. Er strebte diesem Ziel trotz unsäglicher Schwierigkeiten und Heimsuchungen, aber stets mit Siegesgewißheit zu, wie er am 10. Jahrestag der Gründung der Demokratischen Republik Vietnam sagte, als das vietnamesische Volk bereits die französischen Kolonialisten niedergeworfen hatte und der lange, schwere Kampf für Frieden, Einheit und Unabhängigkeit vor ihm lag.

"Manche Leute fragen", sagte Ho chi Minh damals, "die Vaterländische Front hat ja ein gutes Programm, aber was soll man machen, wenn die amerikanischen Imperialisten und die Clique Ngo Dinh Diems nicht lockerlassen? Wir sagen: Ein Felsen rückt von selbst nicht von der Stelle. Wenn aber viele Menschen mit geeintem Willen und vereinten Kräften

INTERNATIONALES TREFFEN VON KRIEGSVETERANEN UND WIDERSTANDSKÄMPFERN IN MOSKAU

Am 25. April 1945 hatten Leutnant William D. Robertson von der 69. US-Infanteriedivision und seine drei Soldaten das Glück (das ist Robertson's Meinung), als erste mit sowjetischen Soldaten an der Elbe zusammenzutreffen. Begeistert, als Freunde schüttelten sie einander die Hände. 40 Jahre danach ist Robertson nach Moskau gekommen, zu einem internationalen Treffen von Veteranen des zweiten Weltkriegs und Teilnehmern des antifaschistischen Befreiungskampfes, das anlässlich des Jahrestags des Sieges über den Faschismus und den japanischen Militarismus stattfand.

Ehemalige Soldaten der alliierten Armeen, Partisanen, Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge versammelten sich in Moskau, um gemeinsam den 40. Jahrestag der Zerschlagung Hitlerdeutschlands zu begehen, der Gefallenen, der Kampfgenossen, ihrer Taten zu gedenken und sich miteinander auszutauschen.

Die Teilnehmer kamen aus 56 Ländern; neben Veteranen waren auch Vertreter von 10 internationalen Organisationen zugegen.

An den Festtagen konnte man Menschen mit Kampfauszeichnungen verschiedener Länder auf der Festsitzung im Kongreßpalast des Kreml und auf dem Roten Platz während der Parade sehen. In tiefer Sammlung standen sie am Grab des Unbekannten Soldaten. Zusammen mit den Moskauern bewunderten sie das feierliche Feuerwerk.

Dann tauschten sie im Rotbanner-Saal des Zentralen Hauses der Sowjetarmee ihre Meinungen über Fragen des Friedenkampfes und der Verhütung einer nuklearen Katastrophe aus. Fast jeder

Redner sprach darüber, wie tief die Liebe des Sowjetvolkes zum Frieden ist, den es um einen so teuren Preis — 20 Millionen Menschenleben — erkauf hat.

In den schweren Kriegsjahren konnten die Staaten der Antihitlerkoalition trotz der Unterschiede in den sozialökonomischen Systemen gegen den gemeinsamen Feind geschlossen vorgehen und schlugen ihn aufs Haupt. Heute, da die Gefahr eines Nuklearkrieges der gemeinsame Feind aller Völker der Welt ist, gilt es, erneut alle Kräfte zu vereinigen, um diese Gefahr zu beseitigen. Die Teilnehmer des Treffens berichteten darüber, was die Veteranen und ihre Organisationen dazu tun.

In der Grußadresse des Ministerrates der UdSSR, die Leonid Smirnow, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates, verlas, heißt es u. a.: "In der UdSSR schätzt man das Wirken der Veteranen in allen Ländern hoch ein. Sie leisten einen großen Beitrag zur Verhütung einer nuklearen Katastrophe. Die Treue der Kriegsveteranen und Widerstandskämpfer zu den Idealen des antifaschistischen Befreiungskrieges ist ein sicheres Unterpfand für die erfolgreiche Erfüllung ihrer wichtigen Mission: die Menschen im Kampf gegen Kriegsgefahr und Revanchismus einander näher zu bringen und zu vereinigen sowie die junge Generation in den Traditionen des Antifaschismus und der Völkerfreundschaft zu erziehen."

Das Treffen in Moskau hat die Entschlossenheit der Veteranen demonstriert, den Frieden zu behaupten, die Entspannung herbeizuführen, einen Nuklearkrieg abzuwenden.

M. TILEWITSCH

VOLL SIEGESZUVERSICHT

Zum 95. Geburtstag Ho chi Minhs

anpacken, dann mag er noch so groß und schwer sein, er fällt dennoch um."

Folgende Tatsache aus seinem Lebenslauf zeigt, wie fest er an die Stärke des Volkes und an die Einheit und helle Zukunft Vietnams glaubte. Die Nationalversammlung faßte 1963 den Beschuß, dem Präsidenten den Orden des Goldenen Sterns zu verleihen. Ho chi Minh dankte den Abgeordneten von Herzen und bat sie um die Erlaubnis, die höchste Auszeichnung erst anzunehmen, wenn das Land nicht mehr geteilt ist. Er sagte:

"Möge die Nationalversammlung der Bevölkerung des Südens gestatten, mir die höchste Auszeichnung an dem Tag zu überreichen, an dem der Süden restlos befreit, unser Land wiedervereint und bei uns Frieden eingezogen sein wird, an dem Tag, an dem Nord und Süd eine einzige Familie sein werden."

Seit zehn Jahren schon sind Nord und Süd eine einzige Familie. Wer durch das jetzige Vietnam von Lang Son im Norden bis nach Vung Tau im Süden gereist ist, wer in Betrieben mit Arbeitern und in Genossenschaften bei Ho-chi-Minh-Stadt mit Bauern gesprochen, wer gesehen hat, wie einträgliche vietnamesische und sowjetische Fachkräfte und Arbeiter auf dem Küstenschiff arbeiten, der kann nur so denken: Das vietnamesische Volk folgt dem Vermächtnis seines Führers und Lehrers, die von ihm erzogene kommunistische Partei ist auf dem rechten Weg. Mögen sich über dem Land auch Wolken zusammenballen, ein Symbol des Glaubens Ho chi Minhs sind und bleiben seine Worte: "Das vietnamesische Volk läßt sich nicht einschüchtern. Nichts geht über Freiheit und Unabhängigkeit."

In Hanoi sieht man viele Fahrräder. Die Nachfrage läßt ein Angebot entstehen. In den Straßen der Landeshauptstadt gibt es eine Art Fahrradservice. Ein Mann auf einer Fußbank mit einer Büchse Kleister, einigen Reservespeichen und einer Luftpumpe kommt für ein geringes Entgelt jedem zu Hilfe, dessen Drahtesel nicht laufen will. So einen Helfer in der Not lernte ich in der Nähe des Hotels kennen. In Erwartung des nächsten Kunden war er in die Lösung einer schwierigen mathematischen Aufgabe vertieft. Ich hockte mich neben ihn hin und las auf dem Umschlag seines Hefts: "Dai Xo", höhere Mathematik. Aus dem wird bestimmt etwas, dachte ich mir, denn schon mit etwas über 20 Jahren scheut er keine Arbeit und benutzt jede freie Minute zum Lernen.

Vor der Pagode am See des Wiedererlangten Schwertes forderte ich ein paar neben mir her laufende Jungen auf, sich zum Andenken knipsen zu lassen. Als ich das Foto geschossen hatte und die Jungen weggingen, trat ein junger Mann zu mir

und sagte in gutem Russisch: "Dürfte ich mich zusammen mit Ihnen fotografieren lassen?"

"Gewiß", sagte ich und fragte ihn, woher er Russisch kann.

"Ich studiere Russisch", lautete die Antwort.

Er war im fünften Jahr des Studiums. Wenn er fertig sei, wolle er nach Südvietnam gehen, um dort ein Lehramt anzutreten.

"Wieso nach Südvietnam?"

"Weil dort erst vor kurzem die Volksmacht errichtet worden ist und die Leute viel weniger als wir in Nordvietnam wissen, was für ein guter Freund uns die Sowjetunion ist. Das müssen sie unbedingt wissen. Je mehr ihnen von Ihrem Land und seiner uneigennützigen Hilfe bekannt wird, desto eifriger werden sie arbeiten und desto sicherer werden sie in die Zukunft schauen."

Die lange Rede brachte er in einem Zuge heraus und unterbrach sich nur einmal, um ein ihm passender scheinendes Wort zu suchen.

Einige Jahre hintereinander setzte sich Ho chi Minh am 10. Mai morgens hin, um an seinem Manuskript zu arbeiten. Am 20. Mai morgens, gleich nach seinem Geburtstag, steckte er das Geschriebene in einen großen Umschlag und ließ es bis zum nächsten Jahr darin. Das letzte Datum auf dem Manuskript ist der 10. Mai 1969.

Dieses Manuskript — das politische Vermächtnis Ho chi Minhs — verlas in der schweren Abschiedsstunde Genosse Le Duan. Ho chi Minh schrieb über seinen Traum, das ganze Land — Nord und Süd — zu durchreisen, die sozialistischen Bruderländer und die mit Vietnam befreundeten Länder aller Erdteile zu besuchen und ihnen für ihre freundliche Unterstützung und Hilfe zu danken. Es waren Gedanken über die Partei, über das feste Zusammenstehen, über Selbtkritik und Kritik, über die revolutionäre Moral und die Jugend, die den sozialistischen Aufbau fortfzusetzen hat. In dem Manuskript brachte Ho chi Minh auch seinen letzten Wunsch zum Ausdruck: daß die ganze Partei und das ganze Volk in eng geschlossenen Reihen für ein friedliches, geeintes, unabhängiges, demokratisches und gedeihendes Vietnam kämpfen sollen.

Mir fallen zwei Jungen aus Hanoi ein, die mir das vorwärtsstrebende Vietnam zu verkörpern scheinen. Zwar erwähnte keiner von beiden mir gegenüber Ho chi Minh, aber es war klar, daß sie seine Gedanken mit Herz und Hirn aufgenommen haben und deshalb wissen, wohin sie gehen, was sie tun und wie sie dem Volke dienen sollen.

B. PISTSCHIK

NIEDERLAGE DER CDU

Die Landtagswahlen am 12. Mai in Nordrhein-Westfalen waren für alle Parteien der Bundesrepublik das innenpolitische Ereignis des Jahres. In diesem größten Bundesland leben 17 Millionen Menschen (fast ein Drittel der BRD-Bevölkerung), zu ihm gehört auch das Ruhrgebiet.

Heute schlägt dieses industrielle Herz der BRD unregelmäßig. Die traditionellen Industriezweige wie Kohlenbergbau und Hüttenindustrie stecken in einer langwierigen Krise. Die Arbeitslosigkeit in den Städten des Ruhrgebiets erreicht 15-17%. In der Wahlkampagne schoben die CDU und die FDP die Schuld der SPD in die Schuhe, die seit nunmehr 19 Jahren die Landesregierung stellt. Die SPD ihrerseits verwies darauf, daß in erster Linie Bonn an der wachsenden Arbeitslosigkeit schuld ist. Seine "Sparsamkeit" auf Kosten der Sozialpolitik hat die Lage von Millionen Menschen stark verschlechtert.

Das Hauptergebnis der Wahlen ist die volle Niederlage der CDU, der größten Partei der Bonner Koalition. Sie erhielt nur 36,5% der Stimmen, das sind fast 7% weniger als bei den letzten Wahlen 1980. Die SPD hat einen großen Erfolg zu verzeichnen: 52,1% der Stimmen, was sie zur abermaligen Bildung der Landesregierung berechtigt. Die FDP ist nach einer fünfjährigen Unterbrechung erneut in den Landtag eingezogen.

Die Wahlen fanden nach dem Bonner Gipfel der Sieben und nach Reagans Besuch in der Bundesrepublik statt. Die CDU-Prominenz hatte geglaubt, daß die breitangelegte Propaganda der "Einheit des Westens" auf ant sowjetischer Grundlage und der amerikanisch-westdeutschen "Freundschaft" die Popularität ihrer Partei erhöhen würde. Besondere Hoffnungen setzte sie auf die "Aussöhnungszeremonie" in Bitburg. Aber wenn diese skandalöse Zeremonie auf dem Friedhof ehemaliger Wehrmachtssoldaten den Ausgang der Wahlen auch beeinflußte, dann ganz anders, als die CDU-Politiker hofften. Die breite Öffentlichkeit des Landes hat die "Aussöhnung" mit der Nazivergangenheit abgelehnt.

Vor zwei Monaten verlor die CDU die Landtagswahlen im Saarland. Große Verluste erlitt sie auch bei den Kommunalwahlen in Hessen. Die Schlappe in Nordrhein-Westfalen bestätigt: In der Bundesrepublik nimmt die Unzufriedenheit mit der Politik der Rechtskoalition zu.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent
Bonn

TRIUMPH BLIEB AUS

Zum Besuch Reagans in Westeuropa

Wladlen KUSNEZOW

Wenn die Menschheit anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges über den Faschismus an die harten, tragischen Lehren des zweiten Weltkriegs denkt, kann sie nicht umhin, auch daran zu denken, daß es gilt, eine neue Katastrophe abzuwenden und die Gesellschaft von heute vom Wettrüsten zu befreien.

Wie abstrus wirken da die krampfhaften Versuche gewisser unreifer Politiker im Westen, der Weltöffentlichkeit ihre eigene Auslegung und ihr eigenes Drehbuch zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges aufzuzwingen!

Hat die Geschichte sie gelehrt?

Nach 40 Jahren braucht es kein Feuerwerk und keine Feierlichkeiten zum Sieg mehr", verkündete US-Präsident Reagan. In diesem Sinne traf er in Westeuropa höchstpersönlich ein. Dasselbst hielt er am 8. Mai auf einer Sondertagung des Europäischen Parlaments eine Rede, die dem 40jährigen Jubiläum der Beendigung des zweiten Weltkrieges gewidmet war, nahm an der Konferenz der sieben führenden kapitalistischen Staaten teil und stattete der BRD, Spanien und Portugal Besuche ab.

Wie immer trat der Präsident viel und vor verschiedenem Publikum auf. In unverkennbarer Unterschätzung seiner Zuhörer redete er ihnen ein, den Krieg hätten jene gewonnen, die die zweite Front im letzten Moment eröffneten, als das Los des Hitlerfaschismus schon besiegelt war. Da erst eilten die Alliierten nach Europa, um vom Baum des Sieges möglichst viele Früchte zu pflücken. In seinen Reden erwähnte Reagan nicht einmal, welche Rolle die UdSSR im Krieg spielte und welches Opfer sie brachte — immerhin waren sie 60mal so hoch wie die der Amerikaner. Auch die Autoren der Bonner politischen Deklaration "Zum 40. Jahrestag des Endes des zweiten Weltkrieges", die auf der Konferenz der "großen Sieben" angenommen wurde, haben sich keine elementare Objektivität abringen können.

Nach all dem haben die Leute, die die Geschichte neu schreiben wollen, die Stirn zu sagen: "Wir haben aus der Geschichte gelernt." Was denn? Den Beitrag eines Staates zu vergessen, dem die Welt die Befreiung von der faschistischen Pest in erster Linie zu danken hat, was seinerzeit auch die amerikanischen und britischen Spitzenpolitiker zugaben? Die eigenen Verpflichtungen aus der Antihitlerkoalition zu vernachlässigen? Sich blasphemisch und zynisch zu verhalten, wenn die gefallenen

Kämpfer gegen den Faschismus im gleichen Atemzug mit "all denjenigen" genannt werden, "die damals durch Kriegshandlungen oder als Opfer ... ihr Leben verloren", wie es in der Bonner Deklaration heißt?

In Washington hat man schlecht aus der Geschichte gelernt. James Reston bezeugt: "Mr. Reagan hat in Geschichte nie gute Zensuren gehabt und war nie den Erinnerungen an das letzte halbe Jahrhundert und die damit verbundenen Leiden aufgeschlossen." Nicht besser steht es um Bonn. SPD-Bundessekretär Peter Glotz gelangt zu dem Schluß, die heutige Regierung sei unfähig, den historischen und politischen Sinn des 8. Mai 1945 zu erkennen. Wie es in einem Resolutionsentwurf der SPD-Bundestagsfraktion heißt, beeinträchtige eine solche Haltung die "Aussöhnung zwischen den Opfern der NS-Gewaltherrschaft und unserem Volk, aber auch zwischen unserem Volk und den Völkern, die Europa und uns in einem blutigen Ringen von der Gewaltherrschaft Hitlers befreit haben".

Die Spitzenpolitiker in Washington und Bonn entwickeln recht eigenartige und übrigens sehr ähnliche Vorstellungen von einer "Aussöhnung" in Europa. Gerade diese Vorstellungen lagen denn auch der für die ganze weite Welt bestimmte Show zugrunde, die die beiden Darsteller auf dem Friedhof in Bitburg aufzogen. Dort sind u. a. SS-Leute begraben, die Verbrechen in der UdSSR, in Polen und Frankreich, darunter auch an amerikanischen Militärangehörigen begangen hatten.

Wir wollen hier die beiden Hauptprotagonisten nicht charakterisieren. Lassen wir doch andere sprechen.

Die westdeutsche "Frankfurter Rundschau": "Es amtiert ein Präsident, der keinen Satz ohne Spickzettel formulieren kann, dessen politischer Horizont selbst von konservativen amerikanischen Kommentatoren auf die Ausdehnung eines Hollywooder Filmstudios eingegrenzt wird."

Kommentator J. Smith von der "Times" (London): "In den letzten Wochen hat Helmut Kohl die klassische Gestalt des kleinen Mannes auf einem großen Posten geschaffen."

Die "Aussöhner" trafen sich am Rhein und benetzten sich gegenseitig die Weste mit ihren Tränen. Wie eine amerikanische Fernsehgesellschaft meldete, sagte der Präsident dem Kanzler, daß ihm "die bedeutende Zunahme deutschfeindlicher Stimmungen in den USA leid tut". Kohls Antwort liegt nicht vor, auf jeden Fall hatte er allen Grund,

Gleiches mit Gleichem zu vergelten und dem Gast die wenig freundschaftlichen Gefühle seiner deutschen Landsleute gegenüber dem US-Kurs zu klagen.

Wie die "Schauspieler", so die Show. Weder die einen noch die andere hatten Erfolg. Selbst der zweihundertprozentige "Deutschen Welle" war es diesmal zu viel: In den USA, der Bundesrepublik und anderen Ländern löse Reagans offizieller Besuch Verwirrung, Unzufriedenheit und Unsicherheit aus, und es sei unfähbar, wie das die Regierungsapparate in Bonn und Washington hätten zulassen können. Wo Taktgefühl und geschichtliches Denken nötig gewesen seien, hätten sich gewisse Vertreter beider Seiten ungeschickt und leichtfertig verhalten. Ja, wenn es nur das gewesen wäre... Es gab nämlich schlimmere Dinge.

Die Aussöhnung über den Gräbern der faschistischen Banditen erfolgte unter großem propagandistischem Aufwand. Die Teilnehmer der Zeremonie spendeten einander Elogen, daß es nur so triefte. "Eine große Tat eines großen Präsidenten" (H. Kohl). "Eine bemerkenswerte Freundschaftsgeste", "die Geste des amerikanischen Präsidenten wird in die Geschichte eingehen" (dito). Der Präsident blieb nichts schuldig und überschüttete den Bundeskanzler und seine Bundesrepublik mit Komplimenten. Sie stehe an erster Stelle unter den "führenden Verteidigern von Freiheit und Frieden", und "kein anderes Land der Welt kann unsere Zukunft besser formen helfen".

Kurz, auf dem Friedhof spielte sich, wie NBC-Moderator Thomas Brokaw bemerkte, ein "Bitburger Gipfel" ab.

Pathetisch sagte Kohl: "Die Geschichte wird beweisen, daß er und ich, daß wir recht hatten. Hier sehen Sie einen Menschen, der uns die Hand reicht." Ja, die Welt sah in der Tat, wie die Knochenhand eines "unbekannten Nazis" gedrückt wurde. Die Welt war erschüttert. Auch empört, weil gewisse Leute auch noch 40 Jahre danach nichts dazugelernt haben.

Was haben nun der Präsident und der Bundeskanzler erreicht? Weder der eine noch der andere ist imstande, die Geschichte umzumodeln. Weder der eine noch der andere kann weißwaschen, was im Bewußtsein und Gedächtnis der Völker für immer braun ist. Eins steht aber fest: Die politische Karriere und der politische Ruf werden nach der "großen Aussöhnung" nicht gerade besser sein, und wenn auch die Hauptdarsteller von Bitburg bei denjenigen, denen sie ihre Schuld erlassen haben, Lorbeeren ernteten.

Es fragt sich doch, warum sich der Präsident mit einem Kranz nach Bitburg begab, trotz der Proteste im Kongreß und der Entrüstung der amerikanischen, der bundesdeutschen und der Weltöffentlichkeit? Starrsinn, eine Laune des "starken Mannes", der seine Beschlüsse nicht zu ändern gewöhnt ist? Möglich. Den Ausschlag dürfte jedoch etwas anderes gegeben haben. Bitburg beherbergt einen US-Luftstützpunkt, einen der größten nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Westeuropa, und gehört

zu den Orten, wo die größten Mengen amerikanischer Kernwaffen gelagert sind.

Gewiß, der Anhang des Präsidenten hat die politischen Friedhofs-Urkosten einkalkuliert, meint jedoch, letztendlich trotzdem doch auf seine Kosten zu kommen.

Es ist so, daß die anderen NATO-Staaten ihren Seniorpartner neuerdings nicht gerade durch ihren Gehorsam erfreuen. Immer wieder kommt die Unzufriedenheit zum Ausbruch, weil amerikanische Mittelstreckenraketen wei-

Deshalb kam im April vom anderen Atlantikufer wieder mal ein Anrainer: In einem Schreiben an die westeuropäischen Hauptstädte warnten die USA, wie Richard Burt, Assistent des US-Außenministers für Europa und Kanada, bestätigte, ihre europäischen Verbündeten vor beliebigen Diskussionen, die "zu Standpunkten führen könnten, die von denen der NATO" (lies: Washingtons) in Fragen der Rüstungskontrolle abweichen.

Aber mit Anrängern allein ist es nicht getan. In die atlantische Schulkasse muß ein "Liebling", ein "Primus" her, an dem sich andere ein Beispiel nehmen könnten. Und zwar muß das ein Primus sein, der sowohl mit dem Mentor zusammen als auch allein die Situation und die Stimmungen in der ganzen Klasse zu beeinflussen imstande wäre.

Die traditionellen "besonderen Beziehungen" zu Großbritannien haben den USA bisher nicht viel genutzt. Auch in London sekundiert man dem Herrn Klassenlehrer nicht immer und nicht in allem. Jetzt setzt man auf "Sonderbeziehungen" mit der Bundesrepublik und will dem eigenen militärischen Gewicht das Bonns hinzufügen. Eine solche vereinigte Stärke könnte die "Widerspenstigen", in erster Linie Frankreich, zähmen.

Washington will sich Bitburg bezahlen lassen. Bonn fordert Bezahlung für seine Vasallendienste. Die Großmachtambitionen der US-Leader kommen den großdeutschen Ansprüchen ihrer Bonner Gesinnungsgenossen entgegen. Und schon lesen wir in der politischen Deklaration der Sieben: "Wir sehen einem Zustand des Friedens in Europa entgegen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt." Wie das gesehen wird, wissen wir schon aus einem Artikel des erzrevanchistischen Blattes "Schlesier", der vor kurzem viel Staub aufgewirbelt hat: Durch Pershing 2 und Cruise Missiles (später, wie sie hoffen, auch durch den "raketen sicheren" Weltraumschild) gedeckt, wird die Bundeswehr zu einem "Ritt gen Osten" gedrängt...

Am Rhein berauscht man sich daran, daß es Bonn im gemeinsamen Dokument des Westens gelungen sei, die eigene Position im Hinblick auf die "offene deutsche Frage" festzuhalten. Der den Regierungskreisen nahestehende "General-Anzeiger" schreibt: Besonders begrüßt werde in Bonn der Umstand, daß die Konferenzeinnehmer die Helsinkier Entwicklung als den Weg zur Überwindung der Spaltung Europas und zur Regelung der deutschen Frage im Rahmen der europäischen Friedenseinrichtung anerkannt hätten.

So ist das. Sie wollen die Schlußakte, die die Unantastbarkeit, Unverletzlichkeit und Endgültigkeit der europäischen Grenzen verankert hat, in eine Handhabe zur Revision dieser Grenzen umwandeln. Die Bonner "politische Erklärung" widerspricht dem ganzen Inhalt der Schlußakte und ist Wasser auf die Mühle des westdeutschen Revanchismus.

Am 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus demonstrierten die Westeuropäer gegen die Politik der USA, für Frieden und Sicherheit

Foto aus: "Unsere Zeit" (BRD)

ter stationiert werden, und die neigen, wie der Zwischenfall in Heilbronn gezeigt hat, dazu, zu explodieren. Die Bemühungen des transatlantischen Wohltäters, seine Schützlinge mittels der "Strategischen Verteidigungsinitiative" Reagans gegen die sowjetischen SS-20-Raketen abzuschirmen, wurden in Westeuropa nicht nach Gebühr eingeschärfzt. Anders als in Washington, wagten einige Politiker, zu einer realistischen Beurteilung des sowjetischen Moratoriums für die weitere Stationierung von Raketen in Europa und der Tatsache, daß Gegenmaßnahmen als Antwort auf die nukleare "Nachrüstung" der NATO ausgesetzt werden, aufzufordern.

Die Kasernenhofdisziplin in der NATO läßt allmählich zu wünschen übrig, es wird eben nicht immer sofort pariert. Aber ein Zwist in der NATO untergräbt nicht so sehr das Selbstbewußtsein des "großen Bruders" wie vielmehr seine Strategie.

Ein beunruhigendes Signal für die friedliebende europäische Öffentlichkeit, das da aus Bonn kommt. Dieses Signal mahnt zu einer noch höheren Wachsamkeit.

Wo liegen die "Wurzeln" des Übels!

Die Autoren der Bonner Deklaration reden den Europäern ein, die Wurzel des Übels, die Hauptgefahr für den Frieden auf dem Kontinent sei seine "Teilung". Wohlgemerkt behaupten das gerade die Kräfte, die an der Spaltung Europas schuld sind. Auf diese Weise wird eine konstruierte, erdachte Bedrohung an die Wand gemalt, eine Bedrohung, die nicht existent ist. Man will die Europäer auf die falsche Spur bringen und von den Aktionen gegen die wahren Gefahren ablenken. Welches sind diese Gefahren?

Abkehr von der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit aus den 70er Jahren.

Die nukleare und nichtnukleare "Nachrüstung" der NATO, besonders im Hinblick auf das Erstschlagspotential.

Der Anspruch auf eine Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der politischen und territorialen Gegebenheiten des heutigen Europa.

Versuche, die sozialistische Gemeinschaft zu destabilisieren, wovon vor allem die nicht nachlassenden Intrigen gegen Volksopolen zeugen.

Einbeziehung der NATO in die US-Pläne einer Militarisierung des Weltraums.

Das sind die Wurzeln des Übels. Das sind die wahren Gefahren, nicht etwa eine "Teilung" des Kontinents, nicht der Umstand, daß in Europa Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung existieren. Eine solche "Teilung" hat die politische Zusammenarbeit während des zweiten Weltkriegs nicht verhindert. Eine solche "Teilung" war kein Hindernis, den Weg der Zusammenarbeit ganz Europas zu gehen. Sie hindert auch jetzt ein Zusammenwirken von Ost und West um des Friedens und der Abrüstung willen keineswegs.

Was braucht Europa gegenwärtig am meisten? Als Minimum: Einstellung der weiteren Hortung von Kernwaffen. Die UdSSR hat durch ihr einseitiges Moratorium über die Stationierung von Mittelstreckenraketen diesen Weg geöffnet. Als Maximum: den Stand der nuklearen Konfrontation auf dem Kontinent auf den Nullpunkt zu reduzieren. Kurz, der Übergang zur militärischen Entspannung, wie sie auch in der Schlußakte vorgesehen ist, tut not. Aber der Weg dazu wurde durch die NATO-Staaten, vor allem durch ihren Beschuß über die nukleare "Nachrüstung", versperrt.

Auf dem Boden einer militärischen Entspannung wäre das Vertrauen zu gewinnen, woran es in den Ost-West-Beziehungen so sehr mangelt, und eine wahre Aussöhnung ihrer Hauptinteressen — d. h. der Interessen der Sicherheit — zu erreichen.

Die Aussöhnung, von der im Westen im



Zusammenhang mit Reagans Reise die Rede war, eignet sich nicht zur Show. Wenn man von den Staaten der beiden Systeme spricht, ist die Aussöhnung eine historische Aufgabe. Doch hapert es daran, daß sich die derzeitige US-Administration mit jenen "aussöhnt", mit denen sie eigentlich nichts zu teilen hat, es hingegen ablehnt, nach einer Aussöhnung mit denen zu suchen, die von ihr zum potentiellen Gegner gestempelt werden.

Der US-Präsident betrat den europäischen Kontinent, auf dem der Faschismus zerschlagen worden war, nicht als Nachfolger und Fortsetzer jener Linie in der amerikanischen Führung, die die USA zu einem Mitglied der Antihitlerkoalition gemacht hatte. Leider traf er in einer anderen Eigenschaft ein: als Vertreter jenes Kurses der führenden US-Kreise, der seinerzeit Deutschland zur Neuausrüstung verhalf, weil man hoffte, seine Expansionsgelüste gegen den Osten zu kanalisierten. Gegenwärtig sollte man sich im Weißen Haus Gedanken darüber machen, wohin die Aussöhnung mit den ewig Gestrigten führen kann, die sich mit den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges nicht abfinden wollen.

Niemand würde etwas gegen eine Aussöhnung im Interesse des Friedens einwenden. Doch erhebt sich die logische Frage: mit wem, auf welcher Grundlage, zu welchem Zweck? Der Präsident schonte die Gefühle des "ehemaligen Gegners", hielt es aber nicht für möglich, sein Feingefühl auf einen Verbündeten auszudehnen, den man durch die Gründung der NATO, die Spaltung der Welt in einander gegenüberstehende Blöcke, den kalten Krieg und die heutige Konfrontation zu einem "einigen" gemacht hat. Uns geht es hier selbstredend nicht um den guten Ton. Es geht um die Politik. Die Aussöhnung mit einem "ehemaligen Gegner" kommt noch immer auf dem Boden eines tiefverwurzelten Antisowjetismus zustande. Nur daß dieser Boden jetzt mit Erstschlagsraketen übersät ist.

Ein solches Herangehen rückt die geschichtliche West-Ost-Aussöhnung in die Ferne, denn sie hat noch nicht eine Stufe erreicht, die den friedlichen Bedürfnissen des nuklearen, kosmischen Jahrhunderts entsprechen und eine zuverlässige Garantie der europäischen und internationalen Sicherheit bilden würde.

Selbst einige US-Kommentatoren, die den Präsidenten auf seiner Reise begleiteten, waren peinlich berührt, weil er "seine Aufforderung zur Aussöhnung schließlich in wohlbekannte Ausfälle gegen den Kommunismus umkehrte". Peinlich war es ihnen auch deshalb, weil dieser Aufforderung mit Waffenrasseln Nachdruck verliehen wurde, so daß die ganze Visite ausgesprochen militaristischen Charakter trug. Geht man in den USA nicht zu weit dabei, die Feindseligkeit gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten zu schüren?

Man gewinnt den Eindruck, daß jene Kreise im Westen, die seine Verhaltensweise gegenüber dem Osten bestimmen, die notwendige entscheidende Wahl noch

immer nicht getroffen haben. Sie haben bis jetzt noch nicht bestimmt, was für den Westen besser ist, die Zusammenarbeit oder die Konfrontation mit der UdSSR und deren Bündnispartnern. Sonst hätte es nicht so viel Inkonsistenz, Zwiespältigkeit, ja Doppelzüngigkeit in der Europapolitik der NATO-Staaten, in ihrer Einstellung zu den Angelegenheiten des Kontinents gegeben. Sonst hätte es auch nicht diese nihilistische Haltung gegenüber dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus gegeben, die der offizielle Westen, vor allem Washington, einnahm.

Im Bericht "Europa und die Welt" des Hudson-Instituts (eines der größten amerikanischen "brain trusts", die den Regierungskreisen nahestehen) heißt es, daß die USA "es nicht vermögen, einen risikolosen Weg zwischen einer Aussöhnung mit der UdSSR und der Feindseligkeit ihr gegenüber zu finden".

Die alten Dogmen und Illusionen sind zählebig, sie bremsen den Übergang zu neuen Vorstellungen, zu einem neuen Denken, wie es in unserem nuklearen und kosmischen Jahrhundert erforderlich ist. Im Westen führen sich manche Leute noch immer auf, als schreibe Europa nicht die 80er, sondern die 20er oder 30er Jahre. Oder vielleicht die 50er Jahre des kalten Krieges. Schicksalsschwere Fehler, die bisher Europa noch nie bekommen waren und aus denen gewisse Kräfte eben erst zu lernen begonnen haben, werden wieder begangen. Wieder heckt man Methoden aus, die militärische Überlegenheit über den "potentiellen Gegner" zu erlangen.

Wer ist der "Sündenbock"?

Im Weißen Haus, State Department und Pentagon plante man, die Reise des Präsidenten würde sein "persönlicher Triumph" sein, und die Aktien der amerikanischen Außenpolitik würden sofort hochklettern. Auch rechnete man mit einer beeindruckenden Demonstration der "Einheit des Westens" und der "atlantischen Solidarität", weil man darauf aus ist, ein Gegengewicht zur UdSSR, zur gesamten sozialistischen Gemeinschaft zu schaffen. Man hoffte sogar auf "harmonische Beziehungen" in der NATO und zwischen der NATO und Japan, das sich ihr zunehmend anschließt.

Und was ist daraus geworden?

Die NATO-Partner der USA und Japan weigerten sich, Washingtons abenteuerlichen Kurs in Mittelamerika zu unterstützen.

Trotz aller Bemühungen konnte Reagan seine Partner nicht soweit bringen, daß sie seine "Strategische Verteidigungsinitiative" in befriedigendem Grad unterstützen. Frankreich ließ sich von ihrem "überseesischen Kavalier" nicht hofieren. Bundeskanzler Kohl allein neigte wohl dazu, sich mit der "modernen Technologie" verführen zu lassen, die Washington seinen NATO-Partnern verspricht.

Der Herr des Weißen Hauses meinte, einen festen Termin für neue Verhandlungen

mit den EG-Ländern und mit Japan über die "Beseitigung von Handelsschranken" in der Tasche zu haben. Das amtliche Washington behauptet, gegen den Protektionismus zu sein. Der Präsident gab den europäischen Partnern und Japan sogar zu verstehen, daß die Festsetzung eines Datums für die Handelsunterredungen vor allem für sie selbst nötig sei, damit er die Chance habe, "wachsendem Druck im US-Kongreß für protektionistische Maßnahmen zur Beschränkung des amerikanischen Marktes vor einer Überschwemmung von Einfuhren vor allem aus der EG und Japan entgegenzuwirken". Aber wer mit den Zoll- und sonstigen Barrieren in den USA schon bekannt ist, fällt auf so etwas nicht so leicht herein. Sie wissen, warum die USA es so eilig haben. Sie möchten alle fremden Märkte für ihre Waren offen haben, ohne jedoch an Gegenseitigkeit zu denken. Auf jeden Fall durchschaut der französische Präsident Mitterrand das amerikanische Manöver: den amerikanischen Agrarzeugnissen den Weg nach Westeuropa zu ebnen — auf Kosten der dortigen Bauern.

Die Haltung von Paris, die in Rom und einigen anderen europäischen Hauptstädten Sympathie hervorruft, hat dem US-Präsidenten die Karten durcheinandergebracht. Außerdem machte Paris seine Zustimmung zu den Handelsgesprächen (ohne einen genau festgesetzten Termin) von der Zustimmung der USA abhängig, andere Verhandlungen — über eine Reform des Währungs- und Finanzsystems des Westens — aufzunehmen. Washington aber zögert sein Ja dazu schon seit Jahren hinaus, weil das die Monopolstellung des Dollars beeinträchtigen könnte. Zum Schluß erinnerten die Partner das Weiße Haus beim Bonner Treffen daran, daß sie noch immer auf die in Aussicht gestellte Senkung der hohen Bankzinsen und auf eine Verringerung des Haushaltsdefizits warten.

Nein, der US-Präsident hat keinen Triumph mit nach Hause gebracht und ist auch nicht der unbestreitbare Mann Nr. 1 der westlichen Allianz. Er mußte mit dem Schein einer "völligen Einheit" und "Harmonie" in dieser Allianz vorliebnehmen. Die Beharrlichkeit der Partner bei der Vertretung ihrer Interessen, die Massenmanifestationen der Öffentlichkeit gegen die Politik der Reagan-Administration haben am Drehbuch der Reagan-Reise beträchtliche Korrekturen vorgenommen. Nicht von ungefähr beurteilte die westeuropäische und amerikanische Presse den "triumphalen" Besuch als Fiasco, politischen Mißserfolg, Schlappe u. ä. Im Ergebnis sind die politischen Aktien des Weißen Hauses gefallen. Nun wird nach Schuldigen gesucht, die die nötige propagandistische Deckung des Staatsbesuchs nicht gesichert haben.

Der Sündenbock wird wohl gefunden werden. Finden sie aber den Mut, sich zu gestehen, daß nicht so sehr die Propaganda versagte (sie ist übrigens plump) wie vielmehr die "hohe Politik" Washingtons.

In der zweiten Maihälfte trifft
Premierminister Rajiv Gandhi zu einem
offiziellen Besuch in der UdSSR ein

KONTINUITÄT UND VERÄNDERUNGEN

Leonid SHEGALOW, Alexander USWATOW

Eindrücke von Delhi, Bombay, Madras und Kalkutta, diesen so verschiedenen Großstädten, und von Begegnungen mit Menschen aus verschiedenen sozialen und politischen Schichten verhelfen zu einer Vorstellung davon, was das Leben dieses großen asiatischen Landes ausmacht. Doch sind seine Städte nur Inselchen im uferlosen Bauernmeer, und das Land selbst ist so weit und vielfältig, daß man sich sehr bald genötigt sieht, sich nur auf die Hauptprobleme und -tendenzen des heutigen Indien zu konzentrieren. Hinzu kommt, daß das Land seit einem halben Jahr einen neuen Premierminister, Rajiv Gandhi, hat.

"Dynastiewirtschaft! Nehru-Gandhi-Clan!" Solche Vorwürfe kamen von der indischen bürgerlichen Opposition und den prowestlich orientierten Intellektuellen im vorigen Herbst, als in dem 700-Millionen-Land im Ergebnis tragischer Begebenheiten eine Wachablösung stattfand. Am 31. Oktober fiel Indira Gandhi einem Meuchelmord zum Opfer. Am Abend desselben Tages wurde ihr Sohn als Regierungsoberhaupt vereidigt. Aber schon wenige Tage später gab der 40jährige Premierminister, noch vor kurzem Zivilflieger und dann einer der Generalsekretäre der Regierungspartei Indischer Nationalkongreß (I), bekannt, daß im Dezember allgemeine Parlamentswahlen stattfinden sollen.

Der Wille der Wähler, die die Vertretung der Partei Gandhis im Unterhaus auf 80% aller Sitze erhöhten, verankerte nicht nur die Tatsache der demokratischen Machtübergabe und machte nicht nur die Vorwürfe dynastischer Ambitionen gegenstandslos. Das Land stimmte für die Fortführung des Kurses Jawaharlal Nehrus und Indira Gandhis, das Land verknüpfte ihn mit dem heutigen Vertreter dieser patriotischen Familie, die viel zur Erringung der Unabhängigkeit Indiens, zu seinem unbestreitbaren Fortschritt beigetragen hat. Im Besitz seines Mandats bekannte sich der neue Premierminister fest zu diesem Kurs. Sein Kredo sei die

Verbindung von Kontinuität und Veränderungen. Die Kontinuität betreffe die Ideale und ideologischen Zielsetzungen, den politischen Kurs. Die Veränderungen bezögen sich auf ihre Umsetzung, damit Indien möglichst bald an der wissenschaftlich-technischen Revolution vom Ende des 20. Jahrhunderts partizipiere und "in Kategorien der Zukunft denken lerne".

Wirtschaftliche Sorgen

Sehr viel Beachtung findet hier die Ausarbeitung des Haushalts für das laufende Finanzjahr, das erste des 7. Fünfjahrsplans (1985-1990). Seine wichtigsten Charakteristika lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen.

Die erste umfaßt die Erhöhung des Niveaus der nicht steuerpflichtigen Einkünfte der Bevölkerung, was etwa einem Viertel der Steuerzahler zugute kommen wird, die Versicherung von Bauern- und Farmerwirtschaften gegen Mißernten oder Naturkatastrophen und eine Regelung der Rentenversorgung. In Kraft bleiben diverse Programme für die Entwicklung ländlicher Gegenden und die Bekämpfung der Armut.

Die zweite Gruppe von Maßnahmen bezieht sich auf den Kampf gegen die Steuerhinterziehungen, die sich die Geschäftsleute zuschulden kommen lassen. Nach einigen Berechnungen macht dieses "schwarze Geld" bis zu 40% des Bruttoinlandsprodukts aus. In der Hoffnung, daß sie ihre Einkünfte nunmehr ehrlich angeben und mehr Mittel in der Modernisierung und Erweiterung der Produktion investieren, werden die Steuersätze für die Vermögendsten etwas gesenkt. Die Zukunft wird lehren, ob diese Hoffnung begründet ist, hat doch das Privatkapital in seinen Beziehungen zum Staat noch nie ein soziales Bewußtsein entwickelt. Gleichzeitig werden den nicht rentablen Unternehmen alle Regierungssubventionen entzogen.

Und schließlich wird das Privatunternehmertum gefördert. Die Gesellschaften dürfen jetzt ihre Vermögenswerte, deren Überhöhung sie dem Antitrustgesetz ausliefer, weit höher setzen. Die Produktionsbereiche, die keine staatliche Lizenz benötigen und folglich auch nicht zu bezahlen brauchen, sind erweitert worden. Einige Wirtschaftszweige, die bisher zum staatlichen Sektor gehörten, sollen demnächst dem indischen Privatkapital und ausländischen Konzernen zugänglich sein. Wie in Indien erläutert wird, dürfe man diesen Schritt wagen, weil der indische staatliche Sektor im Rahmen der "gemischten Wirtschaft" bereits die Kommandohöhen an sich gebracht habe und etwa 25% des Nettoinlandsprodukts erzeuge.

Im April gab die Regierung eine wesentliche Milderung der Importbeschränkungen bei ausländischer



Rajiv Gandhi nach dem Wahlsieg
seiner Partei

Aus: "India Today"

Technik und Technologie bekannt. Auch die Bedingungen für ausländische Investoren sind liberalisiert worden. Wie jedoch R. Gandhi auf einem vor kurzem in Delhi abgehaltenen Seminar des Konsortiums westlicher Industrieller betonte, werde es zu keiner bedingungslosen "Eröffnung" des indischen Marktes für das Auslandskapital kommen. Die Regierung wolle die ausländischen Investoren einzeln prüfen, insbesondere eingedenk der tragischen Ereignisse in Bhopal. Die Klage übrigens, die die indische Regierung vor kurzem im amerikanischen Gericht gegen die Union Carbide, welche viele Tausende Opfer verschuldet hat, angestrengt hat, enthält eine zugesetzte politische Verallgemeinerung: Indien fordert vom Schuldigen eine Kompensation "in einer Höhe, die ausreicht, um im weiteren die

Union Carbide und jede andere transnationale Gesellschaft daran zu hindern, daß sie die Rechte und die Sicherheit ihrer Aufenthaltsländer egoistisch, böswillig und verantwortungslos mißachten".

In seinen Ansprachen hebt R. Gandhi immer wieder hervor, auch in seinem Interview für eine indische Zeitung, daß "der staatliche Sektor niemals vom privaten in den Hintergrund gedrängt wird. Der staatliche Sektor ist und bleibt die Grundlage unserer Entwicklung... Er muß in den führenden strategischen und mit der Infrastruktur verbundenen Bereichen und, wenn nötig, in der Produktion der wichtigsten Waren bestehen." Zugleich zeigt sich der neue Premierminister, ebenso wie zu ihrer Zeit Indira Gandhi, darüber besorgt, daß im staatlichen Sektor schwerwiegende Mängel weiterbestehen, z. B. die unbefriedigende Arbeitsproduktivität und der überhöhte materielle Aufwand je Produktionseinheit.

Anfang Mai fand eine Tagung des Allindischen Kongreß-Komitees, des obersten Organs des INC(I), statt. Die wirtschaftliche Resolution bestätigt die Treue der Partei zu der prinzipiellen Politik Jawaharlal Nehrus und Indira Gandhis als "Leiter des Kampfes für eine mächtvolle und unabhängige Wirtschaft".

Bekräftigt wurde "das von J. Nehru dem Land gesetzte Ziel, den Sozialismus aufzubauen, um der Armut ein Ende zu setzen ... , da unter den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Indiens keine andere Methode die Probleme des Volkes zu lösen vermag". Zugleich heißt es, daß "dem staatlichen Sektor bei der Entwicklung eine zentrale Rolle gehört" und daß "das Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit einherzugehen hat". Dem Privatsektor wurden konkrete Aufgaben gestellt: die Produktionskosten zu senken, die Qualität der Erzeugnisse zu verbessern, die Bedürfnisse der Bevölkerung vollständiger zu decken und die Ressourcen für Investitionen zu mehren.

Wie die "Amrita Bazar Patrika" (Kalkutta) schreibt, wurde also auf der Tagung des obersten Organs des INC(I) "der Verdacht endgültig beseitigt, die neue Parteiführung wolle die bekannten Positionen links vom Zentrum aufgeben".

Licht und Tunnel

Als im März die Abgeordneten zu den örtlichen gesetzgebenden Organen in der Hälfte der Unionstaaten gewählt wurden, sprach man in Indien von "allgemeinen Miniwahlen". In der Tat beteiligten sich

an ihnen über 75 Prozent der Wahlberechtigten. Die Opposition wollte diese Möglichkeit benutzen, um Revanche für die schwere Niederlage bei den allgemeinen Wahlen vom Dezember zu nehmen. Sie war bemüht, die Wahlkampagne auf lokale Probleme zu konzentrieren und die Wähler von der Frage der nationalen Einheit und territorialen Integrität des Landes abzulenken. Gerade unter dieser Lösung errang aber der INC(I) im Dezember seinen beispiellosen Sieg. Diesmal setzte die Kongreßpartei erneut auf die hohe politische Bewußtheit der Bevölkerung und siegte in 8 von den 11 Unionstaaten. In drei davon, darunter in den großen südlichen Staaten Karnataka und Andhra Pradesh, war die Kongreßpartei in der Minderheit. Somit haben nur 7 von den 22 Unionstaaten gegenwärtig eine Verwaltung ohne INC(I)-Beteiligung.

Der INC(I) ist nach wie vor die einzige gesamtnationale Partei, die allgemeines Ansehen genießt. Dennoch haben sich Tendenzen zum Regionalismus verstärkt, und das könnte die Beziehungen zwischen der Zentralregierung und den 7 Unionstaaten, in denen der INC(I) nicht in den örtlichen Machtorganen vertreten ist, und auch die Regierungsschritte zur Festigung der nationalen Einheit stören.

Indessen war die Frage der Einheit noch nie so akut wie heute. Im Nordosten, in Assam, ist es noch immer unruhig, obwohl vor kurzem Verhandlungen zwischen der Regierung und den führenden Vertretern der örtlichen Nationalisten über eine Regelung aufgenommen wurden. Im Westen, in Gudscherat, kommt es zu — manchmal — erbitterten — Zusammenstößen zwischen den Kasten. In Dschammu und Kaschmir, also im Norden, bestehen Spannungen zwischen den einzelnen Völkerschaften.

Doch der gordische Knoten in der Innenpolitik ist noch immer das Pandschab, wo die Umtreibe der separatistisch und extremistisch verhetzten Sikhs die Lage äußerst gespannt machen. Im Frühjahr gab R. Gandhi Maßnahmen zur weiteren Industrialisierung dieses Unionstaates bekannt. Bald darauf machte die Regierung der dortigen religiösen und ethnischen Partei Akali Dal mehrere größere Zugeständnisse. Die Partei vertritt die Oberschichten der Sikhs, hat es jedoch vermocht, auch zahlreiche einfache, namentlich junge Anhänger der Sikh-Religion in ihr antinationales Treiben einzubeziehen.

Und wiederum spielen sich die Ereignisse nach dem saftsam bekannten Drehbuch ab: Unter dem Druck der extremistischen Kreise fordert die Akali Dal abermalige Zugeständnisse, droht mit einem "Marsch auf Delhi" und lobpreist Indira Gandhis Mörder. Hier verweist man darauf, daß die Extremisten eine besonders unnachgiebige Haltung eingenom-

BIOGRAPHISCHES

PRÄSIDENT DER GRIECHISCHEN REPUBLIK

CHRISTOS SARTZETAKIS



Untersuchung, die zwei Nach dem Sturz der Militärdiktatur wurde er in seine Jahre dauerte, erwies sich, daß auch die Behörden, Funktionen wiedereingerichtet; war später Mitglied darunter hohe Polizeibeamte, in das Verbrechen verwickelt waren. Trotz des als November 1982 Mitglied Druckes und direkter Drohung konnte Sartzetakis des Obersten Gerichte durchsetzen, daß nicht nur Griechenlands.

1965 wurde Sartzetakis zur Weiterbildung nach Paris entsandt, aber zwei Jahre später, nach dem Militärputsch in Griechenland, vom Regime der "schwarzen Obristen" abberufen und seines Amtes enthoben. In den Jahren der Militärunterstützung und von der KP Griechenlands unterstützt (aus Gründen des Berufsstatus gehört Sartzetakis selbst keiner Partei an). Am 29. März wählte das griechische Parlament ihn mit 180 von 300 Stimmen für die nächsten fünf Jahre zum neuen Präsidenten der Griechischen Republik. Die Abgeordneten der rechten Oppositionspartei Neue Demokratie waren der Abstimmung ferngeblieben.

Geboren 1929 in Saloniki. Studierte Jura an der dortigen Aristoteles-Universität. Nach 1955 Tätigkeit als Anwalt, Unter- suchungsrichter, Richter.

Ch. Sartzetakis wurde 1963 bekannt, als er die Untersuchung in Sachen des von Reaktionären begangenen Mordes an Grigoris Lambrakis, Parlamentsabgeordneter der Linkspartei EDA, Patriot und Friedenskämpfer, führte. Bei der



Im Schwermaschinenbaubetrieb Ranchi arbeiten sowohl indische als auch sowjetische Fachkräfte

Foto: TASS

men haben und daß die Versöhnungsschritte der Regierung besonders aktiv abgelehnt werden, nachdem in Washington Hearings über — "die Einhaltung der Menschenrechte" im Pandschab durchgeführt worden sind. Zugleich dringen immer mehr Diversanten aus dem benachbarten Pakistan, die dort von CIA-Ausbildern in Lagern neben afghanischen Konterrevolutionären gedrillt werden, in diesen Unionstaat ein. Sie werden von außen unterstützt, sabotieren die Pandschab-Regelung, ja man hat den Eindruck, daß sie va banque spielen. Vor kurzem haben sie der Akali Dal einen neuen Vorsitzenden gegeben, den Vater des berüchtigten Extremistenchefs Bhindranwale, der im vorigen Sommer die Situation im Pandschab bis zum Erhitzen brachte, so daß die Zentralregierung Truppen vorschicken mußte.

Im April wurde R. Gandhi über die Situation im Pandschab gefragt:

"Sehen Sie ein Licht am Ende des Tunnels?"

"Ja. Aber ich sehe auch den Tunnel."

Die wütenden Extremisten lassen von ihren Umtrieben nicht ab. Bald da, bald dort fallen Schüsse; das sind Terroristen, die die inneren Spannungen noch mehr anheizen, und zwar nicht nur im Pandschab. Davon zeugen die -zig Explosionen, die sie nach dem 10. Mai in Delhi und einigen anderen nordindischen Städten auslösten. Und wiederum führen die Fäden ins Ausland. Die Operation "Destabilisierung Indiens" wird fortgesetzt.

Die Hindernisse auf dem Weg der unabhängigen indischen Lokomotive, die durch den Tunnel dem Licht entgegenrollt, sind nur für jene von Vorteil, die die Regierung R. Gandhis durch innere Probleme von friedensdienlichen Aktivitäten in der Weltarena ablenken wollen. Aber nach allem zu urteilen, gedenkt der neue Premierminister nicht,

dem Druck der inneren Reaktion oder dem Druck von außen nachzugeben. Den imperialistischen Ausfällen gegen Indien setzt er die Entschlossenheit gegenüber, den Kurs von Nehru und Indira Gandhi auch auf der internationalen Szene zu aktivieren. In hiesigen Kreisen verweist man auf eine Besonderheit der jüngsten Sitzung des Koordinationsbüros der nichtpaktgebundenen Länder in Delhi, die die Namibia-Frage behandelte, ausgesprochen antiimperialistische Beschlüsse faßte und den USA eindeutig die Hauptschuld an der Tragödie des namibischen Volkes gab. Die Besonderheit also besteht darin, daß auf Forderung R. Gandhis zur Realisierung der Tagungsbeschlüsse keine Sonderkommission eingesetzt wurde. Für diese Realisierung kämpft Indien selbst. Auf diese Weise hat der derzeitige Vorsitzende der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu verstehen gegeben, daß er sich die Willkür der USA in den internationalen Angelegenheiten nicht gefallen lassen will.

Ebensowenig will er sich mit den Versuchen der USA abfinden, Indien in einen Ring von feindlichen Staaten einzuschließen. Am wichtigsten unter ihnen ist Pakistan, das in einen "strategischen Konsensus" mit den USA hineingewünscht worden ist, während sein Territorium jetzt faktisch einen Umschlagsplatz für die amerikanische interventionistische Eingreiftruppe darstellt. Die massiven amerikanischen Waffenlieferungen für Pakistan (im Rahmen der militärisch-wirtschaftlichen Hilfe an dieses Land für insgesamt 3,2 Md. Dollar) werden in Indien als eine ernsthafte Gefahr für seine Sicherheit empfunden; zudem peitschen sie das Wettrüsten in Südasien und lassen für Verteidigungszwecke Mittel ausgeben, die so sehr für die Vorrätsbewegung nötig sind.

Washington benutzt also den pakistischen Faktor als Hauptmittel zum Druck auf Indien. Bei den jüngsten Hörungen auf dem Kapitol legte der namhafte amerikanische Asienexperte Selig Harrison einige "Bedingungen" für Indien dar; wenn dieses sie erfülle, könnten die USA als Gegenleistung ihre Beziehungen zu Pakistan "modifizieren". Erstens müsse Indien die Präsenz der US-Fliegerkräfte im Indikraum als "rechtmäßig" anerkennen. Zweitens der Umwandlung Diego Garcias in einen Stützpunkt des Pentagon im Indik zustimmen. Drittens die Forderung aufzugeben, in jeden indisch-pakistanischen Vertrag eine Klausel darüber aufzunehmen, daß keine der Seiten ihr Territorium für fremde Militärstützpunkte zur Verfügung stellt. In den indischen Regierungskreisen wird konstatiert, daß die "Bedingungen" absolut unannehmbar sind. Wie es heißt, hat Rajiv Gandhi die Absicht, bei seinem im Juni bevorstehenden US-Besuch der amerikanischen Seite zu erklären, daß die

Lieferungen neuester Waffen an Pakistan wie auch der Unterhalt der in Pakistan befindlichen afghanischen Konterrevolutionäre der Stabilität in der Region abträglich sind und Indiens Vorstellungen von normalen zwischenstaatlichen Beziehungen nicht entsprechen.

Erstarkende Freundschaft

Es gibt einen anderen Typ der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie sind, wie die Teilnehmer der in Delhi durchgeführten Versammlungen und Meetings der Öffentlichkeit zum 40. Jahrestag des Sieges in Europa betonten, als Ergebnis der Zerschlagung des Hitlerfascismus und des Zusammenbruchs des Kolonialsystems entstanden und bestehen zwischen den sozialistischen und den jungen Nationalstaaten.

Ein Beispiel sind die Beziehungen zwischen Indien und der UdSSR. Im Gespräch Michail Gorbatschow mit Rajiv Gandhi am 13. März in Moskau wurde dem Wunsch unserer beiden Länder Ausdruck gegeben, diese fruchtbaren Beziehungen zu erweitern und zu vertiefen. Sie beruhen auf der zuverlässigen Basis des sowjetisch-indischen Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit. In einem Interview für die pakistaniische Zeitung "Muslim", äußerte sich R. Gandhi anerkennend über diesen Vertrag, der, wie er hervorhob, kein Militärbündnis ist und sich gegen kein anderes Land richtet, sondern vielmehr den Interessen von Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit dient.

Buchstäblich jeder Inder weiß, wie groß der Beitrag der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens war. Ihr Resultat sind ca. 60 bereits ihrer Bestimmung übergebene wirtschaftliche Großobjekte. Ende April fand in Moskau die 9. Tagung der sowjetisch-indischen Regierungskommision für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt. Der indische Delegationsleiter, Innenminister Chavan, zog ein Fazit aus dem Wirken der Kommission: "Wir haben in einer herzlichen Atmosphäre fruchtbare Verhandlungen durchgeführt. Die Tagung wurde zu einem Markstein in unserer Zusammenarbeit."

Die Inder, mit denen wir in letzter Zeit sprechen konnten, zweifeln nicht daran, daß der bevorstehende UdSSR-Besuch des indischen Regierungschefs, seine Begegnungen und Gespräche in Moskau das sowjetisch-indische Verhältnis, unsere vielfältige Zusammenarbeit und unser politisches Zusammenwirken auf eine neue, höhere Stufe heben werden, was zur Sache des Friedens beitragen und im Interesse unserer beiden Völker liegen wird. Dasselbe erwarten auch die Sowjetbürger von R. Gandhis Besuch.

Delhi--Moskau

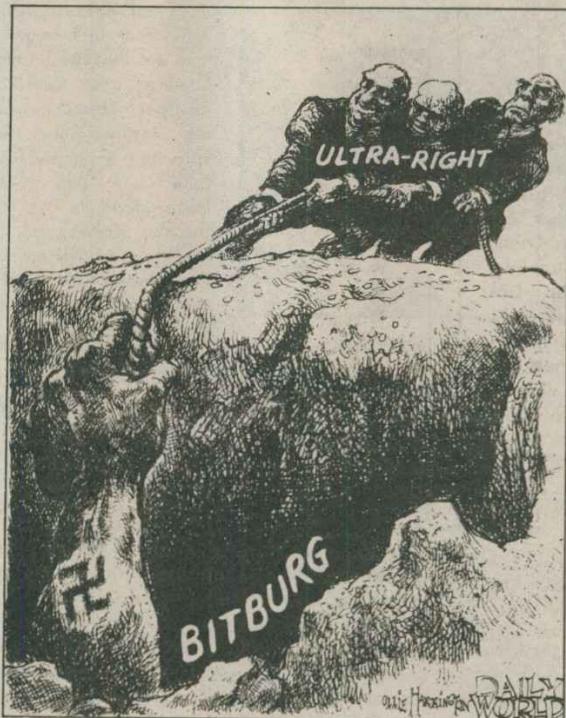
BEFEHLSEMPFÄNGER TOKIO

Vergessen sind die früheren Kränkungen und Differenzen. Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone präsentierte sich auf dem kapitalistischen "Weltwirtschaftsgipfel" in Bonn als treuer US-Verbündeter. Niemand machte sich so für den amerikanischen "Sternkriegs"-Plan stark wie Nakasone. Dabei legte er sich laut "Tokyo Shimbun" so ins Zeug, daß der Schluß naheliegt: "Nakasone bietet sich als Auftragnehmer Washingtons an und ist bemüht, den amerikanischen Auftrag bestmöglichst auszuführen."

Der Premier benutzte seine Europareise auch noch, um Westberlin zu besuchen und den Wiederaufbau der ehemaligen Botschaft des kaiserlichen Japan, eines Symbols des aggressiven Bündnisses zwischen dem Hitlerfascismus und dem japanischen Militarismus, persönlich zu inspizieren. Jetzt soll dort ein "japanisch-deutsches Zentrum" eröffnet werden.

Alles spricht dafür, daß Japans Aktionen der letzten Monate kein Zufall waren. Sie fügen sich in den politischen Kurs, den Washington und Tokio gemeinsam verfolgen. Vor einigen Monaten hatte der US-Botschafter in Japan, Michael Mansfield, in einem "Exklusivreferat" unumwunden erklärt, Japan und die USA müßten sich "heute ihre strategischen Verpflichtungen teilen, um den größtmöglichen Beitrag zur Stärkung des gesamten westlichen Bündnisses zu leisten". Die Zeit sei gekommen, global zu denken. Es reiche nicht, die eigenen "Selbstverteidigungskräfte" zu verstärken, man müsse vielmehr den USA in aller Welt helfen. Tokio gehorchte und ging eifrig ans Werk.

M. LEONIDOW



Die Zeremonie in Bitburg

Aus: "Daily World" (USA)

HEIMKEHR DER GROSSBESITZER

An einem schönen Frühlingstag waren die Bauern von Alcacovas (Portugal) schon früh auf den Beinen. Doch aus der Feldarbeit sollte nichts werden. Soldaten der Nationalgarde, 20 Jeeps, über ein Dutzend gepanzerte Fahrzeuge und scharfe Hunde versperrten ihnen den Weg. Den Bauern wurde "geraten", nach Hause umzukehren.

Am nächsten Tag die gleiche Szene. Als Herren der Lage erwiesen sich die Brüder Fernandes, ehemalige Großgrundbesitzer.

Nationalgardisten auf dem Gelände einer Genossenschaft Foto aus: "Avante" (Portugal)

Eben sie waren zusammen mit schwerbewaffneten Nationalgardisten gekommen, um den Bauern das ihnen gehörende Land fortzunehmen. Vor 1975 war es lange nicht bearbeitet worden. Erst nach der Agrarreform schlossen sich die Werktätigten zu Genossenschaften zusammen und kultivierten

die Böden. Jetzt gehen die Felder an die Großgrundbesitzer zurück.

Das Dorf Alcacovas ist da keine Ausnahme. Überall in Südportugal, in der Agrarreformzone, überfallen Nationalgardisten die Dörfer und nehmen den Bauern Boden, Vieh, landwirtschaftliche Geräte

und Maschinen fort. So wurden den Genossenschaften im Bezirk Montemor-o-Novo (Provinz Alentejo) ca. 40 000 Hektar, also fast die Hälfte ihres Besitzes, geraubt.

Die im Juli 1976 installierte Regierung begann mit den Attacken gegen die Agrarreform. Von den 500 Genossenschaften sind bereits viele ruiniert. Auch die folgenden Regierungen taten alles, um die Genossenschaften zu zerschlagen. Besonderen Eifer entwickelt das derzeitige Koalitionsbündnis. "Die Regierung führt einen offenen Krieg gegen die Agrarreform", schrieb eine portugiesische Zeitung. Ja, einen Krieg gegen die demokratischen Errungenschaften des portugiesischen Volkes!

W. KOLTSCHIK



BEKA
HAN

Einen
USA fü
ten sch
Seine
ganz u
der Prä
kämpf
nalität k
durch,
einstige
fische
mes, di
die Flu
trägt zu
ten Kri

Der
Econom
in den
organis
tischen
Adler",
Cowboy
vom Sai
Cao Ky
er Kapi
Villa in
aus. Un
fen sind
tengene

Laut
siert d
Landsle
herauszu
versive
nisiert
Konto
systema
rfälle au
ten, die
terstütze
Amerika
te mit V
tersucho
chen in
werden
Morden.
v. J. der
man, Vo
nischen
senschaf
mit Viet
hatte ihr
der Erm
sorglich
Gebrau
derweise
Präsident
ischen
Banden

IFT

Preis zahlten die in ihnen entfesselten Krieg in Vietnam. wirken bisweilen noch. So führte Ausschuß zur Beorganisierten Krimi- eine Untersuchung endes ergab: Die krische und politische Saigoner Regi- der US-Armee auf genommen wurde, me der organisierte bei.

rift "Far Eastern Now" zufolge agiert das ganzes Netz gut

enden mit so exotischen wie "Schwarzer R" und "Saigoner R" von ihnen wird ex-Premier Nguyen Van Tho. Heute dirigiert die Leichen von seiner Kleinstadt Orange den Erfüllungsgehilfen ehemalige Marionetten

aussagen terroristischer "Elite" ihre aus ihnen Geldern, mit denen subversiv in Vietnam organisiert werden sollen. Auf das Banden kommen

Einschüchternde und brutale Übernahme der Emigranten und Banditen nicht unbedingt. Auch viele e sich für Kontakte oder für die US-Kriegsverbrecher im Land einzusetzen, von Überfällen und wurde im Oktober

reicher Prof. Cooper, der des Amerikakomitees für wissenschaftliche Zusammenarbeit gebracht. Das FBI einige Wochen vor dem gewarnt und für sich eine Pistole, sich in deren Händen. Bezeichnete sich besagter Schuß, die polizei der Saigoner versuchen.

N. TOPURIDSE



RUHE IN NORDIRLAND

Sie schlugen ihn lange, mit sadistischer Lust. Prügeln ihn halbtot. Doch nicht genug damit. Sie stülpten ihm einen Plastiksack über den Kopf und jedesmal, wenn er ohnmächtig wurde, brachten sie ihn wieder zu Bewußtsein, dann ging alles wieder von vorn los.

Er kam ins Krankenhaus und der Hals in Gips. Als die Folterspuren zu heilen begannen, holten sie ihn erneut aufs Polizeirevier...

Der Name des Folteropfers ist Paul Caruana, katholisch, wohnhaft in Nordirland. Das, was sich hier abspielt, unterscheidet sich kaum von der Praxis des RSA-Rassistenregimes. Obgleich die Polizeiwillkür in den letzten Jahren etwas abgeschwächt wurde, laufen die neuen Bestimmungen dem "Guardian" zufolge nur darauf hinaus, daß die Verdächtigen bei Verhören nicht aus dem fliegenden Hubschrauber gestoßen werden. Dafür werden Elektroschock und andere raffinierte Foltermethoden immer noch praktiziert. Die hiesigen Gesetze geben der Polizei freie Hand: Jeder Verdächtige kann bis zu einer Woche festgehalten werden, ohne daß gegen ihn Anschuldigungen erhoben werden.

Paul Caruana ist nicht das einzige Opfer... Mitte August 1984 begann sich die Polizei für ihn zu interessieren. Zu eben dieser Zeit gingen Einwohner Nordirlands auf die Straße, um ihren Protest gegen die bereits 15 Jahre andauernde Präsenz britischer Truppen in Nordirland zu bekunden. Daraufhin wurde der Repressionsapparat mobilisiert, die Demonstranten mit Plastikkugeln empfingen. 20 Personen wurden verletzt, der 22jährige Sean Downs getötet.

Jetzt haben die britischen Behörden AP zufolge eine offizielle Untersuchung des Falls Caruana durchgeführt. Wohl um zu zeigen, daß dieser Fall angeblich eine Ausnahme ist, daß die Gespräche Großbritannien-Republik Irland über eine Nordirlandlösung in vollem Gang

sind, vor allem aber, daß in Nordirland alles ruhig ist?

Kürzlich wurde aus der nordirischen Stadt Strabane der Tod von drei Iren gemeldet. Sie wurden durch MPi-Salven von Banditen der "Sicherheitskräfte" Nordirlands durchlöchert.

J. KARAULOW

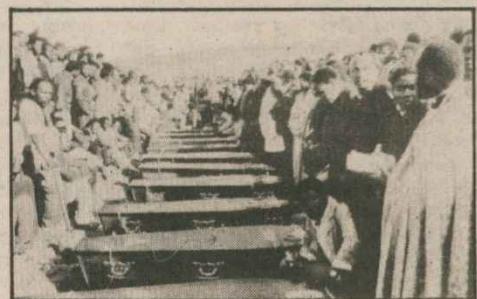
Zeichnung: W. Tschakiridis

DER GEWÖHNLICHE RASSISMUS

Es vergeht kein Tag, daß aus der RSA nicht weitere Gewaltakte an Afrikanern gemeldet werden. Mal hier, mal dort eröffnen Polizei und Soldaten das Feuer auf friedliche Demonstranten, wonach die Toten und Verletzen flink gezählt werden. Meistens "irrt" man sich dabei. In den amtlichen Mitteilungen wird die Zahl der Opfer stark heruntergespielt. So geschah es in Langa, wo die Polizei am 21. März eine friedliche Prozession von Afrikanern unter Beschluß nahm. Dabei seien "nur 19 Personen" getötet worden.

Polizeiminister Louis Le Grunge erklärte im Parlament, die "Ordnungskräfte" hätten in Langa Schußwaffen zur Selbstverteidigung eingesetzt, als sie von 4000 mit Steinen und Molotow-Cocktails bewaffneten Afrikanern angegriffen worden seien. Einige Abgeordnete glaubten dem Minister nicht und verlangten eine Untersuchung.

Was stellte sich dabei heraus? Vor allem, daß es doppelt soviel Tote gegeben und sich Polizisten in den Panzerwagen befunden hatten, vor allem aber, daß die Afrikaner, die an einer Beisetzung



Beisetzung von Apartheidsopfern in Elthenhage (RSA)

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

teilnehmen wollten, weder Steine noch Molotow-Cocktails bei sich hatten. Als die Teilnehmer des Trauerzuges geflüchtet waren, legten die Soldaten den Toten Steine in die Hände. Sie prügeln selbst Verletzte zu Tode, um sich lästiger Zeugen zu entledigen.

Der Minister hat es mit Erklärungen und der Bestrafung der Mörder nicht eilig. Sie tun nach wie vor ihren Dienst.

L. SKURATOW

DEN WELTFESTSPIELEN ENTGEGEN

Unser Korrespondent interviewte Wladimir AXJONOW, den Vorsitzenden des Komitees der Jugendorganisationen der UdSSR und Vizevorsitzenden des Sowjetischen Vorbereitungskomitees für die 12. Weltfestspiele der Jugend und der Studenten.



Frage: Wie denken Sie über die Bedeutung der internationalen Festivalbewegung und ihren Ursprung?

Antwort: Sie ist noch jung, besteht noch nicht einmal 40 Jahre, hat aber im Kampf der demokratischen Jugend und Studentenschaft für einen festen Frieden, für die nationale Unabhängigkeit der Völker und für sozialen Fortschritt schon viel Erfahrung gesammelt. Bei jedem bisherigen Festival standen die Gegenwartsprobleme im Brennpunkt, jedes suchte nach Lösungen für sie zum Wohle der Menschheit und war ohne Überreibung ein historisches Ereignis, eine Gelegenheit, breite Massen der Jugend für die aktive soziale und politische Beteiligung aufzubieten. Als Ausdruck des Bestrebens der Jugend aller Länder, ihre Rechte zu behaupten und gegen Imperialismus und Reaktion, Kolonialismus und Neokolonialismus zu kämpfen vereinen die Weltfestspiele die demokratische Jugend und Studentenschaft im Kampf gegen die Kriegsgefahr und für einen gerechten und festen Frieden unter den Völkern. Meiner Ansicht nach ist das die ausschlaggebende Aufgabe der Festivalbewegung, eine Aufgabe, die nichts an Aktualität eingebüßt, sondern in der jetzigen äußerst komplizierten Weltlage besondere Bedeutung gewonnen hat.

An der Wiege der Festivalbewegung standen der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) und der Weltstudentenbund (WSB). Die Londoner Konferenz (1945), auf der der WBDJ gegründet wurde, beschloß auch, ein großes Jugendtreffen zu veranstalten, das, falls

erfolgreich, zur Tradition werden könnte.

Das 1. Festival in Prag hatte 17 000 Teilnehmer aus 71 Ländern. Die weiteren Schauplätze waren Budapest, Berlin, Bukarest, Warschau, Moskau, Wien, Helsinki, Sofia, wieder Berlin und schließlich Havanna als Schauplatz der 11., repräsentativen Festspiele. Die 18 500 Delegierten aus 145 Ländern repräsentierten die größte Anzahl von Jugend- und Studentenorganisationen, nämlich 2000. Sie beteiligten sich an den Vorbereitungen und an der Veranstaltung der Spiele.

Sie widerspiegeln die jeweiligen Probleme der Menschheit. Die Delegierten forderten Einstellung der US-Aggression in Indochina, Verbot der Kernwaffentests und Aufhebung der Kolonialregimes in Asien und Afrika. Bei den Festspielen manifestierte sich die Solidarität der fortschrittlichen Jugend mit dem tapferen Kampf der Völker Ägyptens, des Kongo, Chiles und El Salvadors, mit allen Kämpfern gegen die aggressive und reaktionäre Politik des Imperialismus. Die Weltfestspiele feierten das Ende des Koreakriegs und den Sieg des vietnamesischen Volkes, sie begrüßten das Entstehen unabhängiger Staaten in Afrika und die internationale Anerkennung des sozialistischen deutschen Staates, und sie freuten sich über die Erfolge, die das revolutionäre Volk des freiheitlichen Kuba erzielte. Kein Ereignis in der Welt blieb von der Festivalbewegung unbemerkt, jedes bewegte die Delegierten.

Frage: Jetzt steht die demokratische und fortschrittliche Jugend der Welt vor den 12. Weltfestspielen. Sie ist vom Leninschen Komsomol nach

Moskau eingeladen. Was hat den Beschuß veranlaßt, das Festival hier abzuhalten?

Antwort: Er beruht auf der Einstellung der sowjetischen Jugend zu den Welttreffen der Jugend und Studenten, zur Festivalbewegung, die eine ausgezeichnete Form zur Gewinnung breiter Jugendmassen für eine tatkräftige soziale und politische Beteiligung, für die schöpferische Beteiligung an der Lösung aktueller Probleme ist. Der Beschuß hängt unmittelbar auch mit der Art der internationalen Beteiligung des Leninschen Komsomol und der anderen sowjetischen Jugendorganisationen zusammen, die vom Komitee der Jugendorganisationen der UdSSR erlassen sind. Die sowjetische Jugend arbeitet mit mehr als 1350 Landes-, Regional- und Weltorganisationen der Jugend und der Studenten verschiedener politischer, ideologischer und religiöser Anschauungen aus 140 Ländern, also mit einem sehr weiten Kreis, zusammen.

Charakteristisch für den jetzigen Stand unserer internationalen Verbindungen ist, daß sie vor allem auf die Lösung der Hauptaufgabe der demokratischen Jugendbewegung orientiert sind, zur Bannung der Gefahr eines Kernwaffenkriegs beizutragen. Die Jugendfestspiele waren stets ein wichtiger Faktor der heutigen Antikriegsbewegung. Es erübrigt sich zu sagen, wie wichtig von diesem Standpunkt aus die bevorstehenden Festspiele angesichts der beispiellos angewachsenen Gefahr eines Kernwaffenkrieges sind. In der Erkenntnis, wie notwendig ein Dialog, eine weitgehende Verständigung und Zusammenarbeit der Jugend verschiedener Observanz im Kampf gegen die drohende Nuklear-Katastrophe, für einen gerechten, demokratischen Frieden sind, hat der Leninsche Komsomol die Initiative dazu ergriffen, die 12. Weltfestspiele in Moskau abzuhalten.

Frage: Hier finden sie schon zum zweiten Male statt. Wie wird sich das diesmalige Jugendtreffen von dem unterscheiden, das 1957 in Moskau stattfand?

Antwort: Dazwischen liegen mehr als 25 Jahre. Die Zeit, die alles wandelt, hat natürlich auch die Bewegung der Jugendfestspiele nicht

unverändert gelassen. Vor allem hat sich der Kreis der Teilnehmer mit den Jahren erheblich ausgedehnt. Beispielsweise beteiligten sich an der Vorbereitung und Abhaltung der Festspiele in Havanna von 1978 erstmals einflußreiche Kräfte der internationalen Jugendbewegung wie der Weltbund der Jungsozialisten (WBJ), der Rat der europäischen nationalen Jugendkomitees (EJK) und einige andere Organisationen. Ich kann also mit Bestimmtheit sagen, daß die kommenden Moskauer Spiele insbesondere mit der politischen Vielfältigkeit ihrer Teilnehmer die von 1957 weit übertreffen werden, was sich natürlich auf das Festivalprogramm auswirken wird: Der Themenkreis der Diskussionen und Zusammenkünfte wird vielseitiger und gehaltvoller sein. Vermutlich wird es nicht ohne hitzige Diskussionen, ohne verschiedene, ja bisweilen entgegengesetzte Ansichten und Argumente abgehen. Das Wertvolle an solchen Jugendtreffen ist aber gerade die Gelegenheit zu einem freien Meinungsaustausch, bei dem jeder die Anschauung des anderen achtet und ihn zu verstehen bemüht ist. Das ist jetzt so wichtig wie noch nie!

Frage: Das Streben der Jugend nach Einheit im Kampf gegen die Kriegsgefahr kommt schon in der Festivallosung "Für antiimperialistische Solidarität, für Frieden und Freundschaft!" und im Festivalappell an die Jugend und die Studenten der Welt zum Ausdruck. Kommen sie bei einer Mehrheit der Jugend- und Studentenorganisationen gut an?

Antwort: Unter dieser Losung trafen sich die Abgesandten der Weltjugend bei den Festspielen in Berlin und Havanna. Seit die Festivalbewegung besteht, waren gerade sie die repräsentativsten.

Die weltpolitische Entwicklung und der Verlauf der Vorbereitungen zu den 12. Weltfestspielen bestätigen, daß die Lösung aktuell ist. Deshalb waren die Teilnehmer im Februar v. J. in Havanna in der Sitzung, die das Internationale Vorbereitungskomitee (IVK) gründete, für ihre Beibehaltung. Das war übrigens die repräsentativste Sitzung vor den vorhergegangenen Festspielen: Sie hatte 186 Teilnehmer, das waren Delegierte von Landes-, Regional- und Weltorganisationen der Jugend und der Studenten aus 92 Ländern.

Auch die jüngsten Sitzungen des IVK haben gezeigt, daß für die kommenden Festspiele ein zunehmendes oder sogar beispielloses Interesse besteht. An der 4. IVK-Sitzung in Moskau (28. März bis 1. April) nahmen Vertreter von 131 Landesvorbereitungskomitees sowie von Landesjugend- und -studentenorganisationen aus 125 Ländern, 42 internationalen und regionalen Jugend- und Studentenorganisationen und nichtstaatlichen Verbänden teil. Diese Zusammenarbeit bei den Vorbereitungen hat in vielen Ländern junge Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Liberale und Radikale sowie Vertreter der Antikriegsbewegung, der Gewerkschaftsjugend, der Grünen und einer Anzahl anderer politischer Strömungen der Jugendbewegung in den Landes-VK zusammengeführt. In manchen Ländern beteiligen sich auch konservative Jugendverbände an den Vorbereitungen.

Frage: Die Voraussetzung dafür, daß die politische Zusammensetzung der Teilnehmerschaft bedeutend erweitert werden konnte, und die Grundlage für die Zusammenarbeit von Jugend- und Studentenorganisationen ganz verschiedener politischer Richtungen ist die Erkenntnis, daß es dringend notwendig ist, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten und die Gefahr eines Kernwaffenkriegs zu bannen. Anscheinend ist es für die kommenden 12. Weltfestspiele kennzeichnend, daß in die Vorbereitungen Antikriegsvereinigungen der Jugend einbezogen werden, nicht wahr?

Antwort: In der Tat, die Antikriegsbewegung ist ein Kennzeichen unserer Zeit. Die Menschen machen auch deshalb gegen die Gefahr eines Kernwaffenkrieges Front, weil die Vernichtung alles Lebenden auf Erden durchaus im Bereich des Möglichen liegt. Auch deshalb, weil wegen der Politik des Militär-Industrie-Komplexes Milliarden verpulvert werden, die die Völker der frei gewordenen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas so dringend für den Bau von Schulen, Kranken- und Wohnhäusern, für die Stärkung ihrer Wirtschaft und schließlich zur Förderung der Menschen brauchen. Die militaristische Politik des Imperialismus, der Spannungsherde anfacht, Kriege anzettelt und versucht, den Freiheitsdrang der Völker abzuwürgen, ist für Millionen und aber Millionen Menschen eine Tragödie. Für die Werktätigen und die Jugend ist sie eine schwere Last. Deshalb eben ist die antimilitaristische Ausrichtung der kommenden Festspiele unlösbar mit ihrer dem Geist der Festspieltraditionen entsprechenden ausgeprägten antiimperialistischen und humanistischen Ausrichtung verbunden.

Einen besonderen Klang hat das Antikriegsthema der kommenden Festspiele durch den 40. Jahrestag des großen Sieges über den Faschismus, den wir unlängst gefeiert haben. Was die Völker vor 40 Jahren durchmachten, darf nicht vergessen werden. Die Zeit kann die Erinnerung an die zahllosen Opfer des zweiten Weltkriegs nicht tilgen. Dieser Jahrestag ist zweifellos noch ein Anlaß zu ernstem Nachdenken über die Zukunft der Erde.

Die 12. Weltfestspiele finden im Internationalen Jahr der Jugend statt. Die Festspielvorbereitungen und die Festspiele selbst werden — wovon wir fest überzeugt sind — ein großer Beitrag zur Verwirklichung der Devise des Jugendjahres "Anteilnahme, Entwicklung, Frieden!" sein.



Darin liegt ein tiefer Sinn der Weltfestspiele: Sie sollen bei der Jugend den Glauben an die Zukunft, das Vertrauen auf ihre eigenen Kräfte, ihre Bestimmung und ihr Talent sowie ihre Überzeugung stärken, daß sie das Leben auf der Erde für sich und für spätere Generationen erhalten müssen, trotz den im Westen oft kultivierten Stimmungen, daß alles aussichtslos und daß ein globaler Waffenzusammenstoß unvermeidlich sei.

Frage: An was für Veranstaltungen werden die Delegierten und Gäste der 12. Weltfestspiele teilnehmen können?

Antwort: Alle Entscheidungen über die Festspiele werden vom IVK und seinem Arbeitsorgan, der Ständigen Kommission, getroffen, die aus Vertretern der Landes-VK aus 34 Ländern sowie von 9 Welt- und Regionalorganisationen der Jugend und Studenten verschiedener politischer Richtung gebildet worden ist.

Wichtig für die 12. Weltfestspiele war die von mir schon erwähnte 4. IVK-Sitzung, auf der ein detailliertes Festspielprogramm bestätigt worden ist. Das hat viel zu bedeuten: Zum ersten Mal ist vier Monate vor den Festspielen so ein Programm gemeinsam von allen an den Festspielen beteiligten Kräften aufgestellt worden. Jetzt haben jedes Landes-VK und das IVK die Möglichkeit, das verantwortungsvolle letzte Stadium der Festspielvorbereitungen einzuleiten.

Auf dem Festpielkalender, der vom 27. Juli bis zum 3. August 1985 läuft, hat jeder Tag sein Thema, seine Devise. Traditionsgemäß wird ein Tag dem Gastgeberland, also der UdSSR, gewidmet sein.

Die Veranstaltungen werden in 15 thematischen Festspielzentralen vorbereitet. Sie werden den verschiedensten Interessen der Delegierten entsprechen. Zu den Zentralen gehören: je eine für Frieden und Abrüstung, für antiimperialistische Solidarität, für die Rechte der werktätigen Jugend, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für die Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Von großer Bedeutung ist angesichts des 40. Jahrestags des Sieges über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus die antifaschistische Zentrale. Aufschlußreich und gehaltvoll wird das Programm der Zentrale für junge Wissenschaftler und Künstler, für Touristen und Sportler sein. Eine hat die UNO zum Thema und wird die Devise des Internationalen Jahres der Jugend erläutern. Vorgesehen sind Diskussionen, Konferenzen, Gespräche am

rounden Tisch, künstlerische Darbietungen und verschiedene Ausstellungen.

Im Rahmen des Programms und im Sinne der Festspieltraditionen wird ein antiimperialistisches Tribunal abgehalten. Da werden Studenten und andere junge Menschen das verbrecherische Treiben des Imperialismus und der Reaktion gegen unabhängige Staaten und Völker brandmarken.

Leider ist es unmöglich, das ganze Festspielprogramm aufzuzählen. Ich kann aber mit Gewißheit sagen, daß es nicht allein interessant und gehaltvoll, sondern vom Standpunkt der brennenden Gegenwartsprobleme auch sehr nützlich sein wird.

Frage: Stimmt die Behauptung der westlichen Presse, daß die sowjetischen Behörden nach eigenem Ermessen entscheiden werden, wer nach Moskau kommen darf und wer nicht?

Antwort: Selbstverständlich werden die Jugend- und Studentenorganisationen mit der Einreise in die UdSSR keinerlei Schwierigkeiten haben. Die Sowjetunion hält sich stets freudlich an den Sinn wie den Buchstaben der KSZE-Schlußakte, deren Unterzeichnung sich während der Weltfestspiele zum 10. Male jähren wird. Wir sind überzeugt, daß die Festspiele von 1985 zeigen werden, daß die Jugend, unabhängig von ihren politischen, weltanschaulichen und religiösen Anschauungen, für den Geist von Helsinki ist, wo zu einem konstruktiven Dialog und zur Zusammenarbeit für internationale Sicherheit aufgerufen worden ist.

Wer ein Land in Moskau vertreten wird, das bestimmt nur das Vorbereitungskomitee des betreffenden Landes. Soviel wir wissen, geht es diesen Komitees darum, in die Delegationen vor allem Leute aufzunehmen, die zu den Festspielen einen konstruktiven Beitrag leisten bzw. zu leisten bereit sind.

Frage: Haben Sie bei den Festspielvorbereitungen Schwierigkeiten?

Antwort: Wie jedes große Werk, so ist auch die Vorbereitung der Festspiele nicht ganz einfach. Man hat alle Hände voll zu tun und auch gewisse Schwierigkeiten.

Zunächst einmal ist es der sehr kurze Termin für die Vorbereitungen. Von den Beschlüssen der 1. IVK-Sitzung bis zur Eröffnung der Festspiele sind es nur anderthalb Jahre.

Natürlich ist es kein Leichtes, bei den Vorbereitungen das rechte Maß für Kompromisse zu finden und zu erreichen, daß sich alle, die daran teilnehmen, über die wichtigsten

Fragen verständigen. Das alles sind aber Arbeitsschwierigkeiten, die, wie die Praxis zeigt, bewältigt werden können.

Leider gibt es aber auch andere Schwierigkeiten, die uns von den Gegnern der internationalen Festivalbewegung bereitet werden. Gewisse Kreise intensivieren die Bearbeitung der Öffentlichkeit in festivalfeindlichem Sinne. Es werden proimperialistische Gegenaktionen ebenfalls für 1985 geplant, das zum Jahr der Jugend erklärt worden ist.

Die imperialistischen und reaktionären Kreise strengen sich an, um das Ansehen der fortschrittlichen und demokratischen Jugendorganisationen zu erschüttern, die Antikriegsbewegung zu schwächen und auf der internationalen Jugendszene einen antisowjetischen, antisozialistischen Block zu schmieden.

Kein Wunder, daß die allermeisten Landes- und Weltorganisationen der Jugend und der Studenten, die sich über das Antidemokratische und die Spaltungsabsichten der sogenannten Weltkonferenz auf Jamaika vom April völlig klar sind, sich von ihr lange, bevor sie stattfand, distanzierten.

Das Ergebnis dieser Mache ist durchaus folgerichtig. Bei der Eröffnung des provokatorischen "Forums" in Kingston fand eine stürmische Protestdemonstration statt. Die dortige Polizei und Truppenteile ließen Tränengas ab und machten von der Waffe Gebrauch. Mehrere Jugend- und Studentenführer Jamaikas wurden festgenommen.

Die Debatte über das Hauptdokument, über die Deklaration von Kingston, wurde durch zahlreiche Skandale unterbrochen. Eine ganze Reihe von Delegationen war faktisch mundtot gemacht. Wegen der Zerwürfnisse verließen rund 20 Delegationen den Sitzungssaal.

Viele Delegationen lehnten die "Konferenz" wegen ihrer antidemokratischen Tendenz und der Unmöglichkeit, sich öffentlich zu äußern, grundsätzlich ab.

Mit einer derartigen Mache kontrastieren natürlich die höchst demokratischen Traditionen der Weltfestspiele und ihre hochsinnigen humanistischen Ideale.

Die Vergangenheit und Gegenwart der internationalen Festspielbewegung ist ausgefüllt vom Kampf der Jugend für ihre Rechte und Interessen. Sie bietet erhebende Aussichten auf eine Zukunft, für die sich die Jugend mit Geist und Herz einsetzt und für die die demokratische Jugend und Studentenschaft der Erde unwiderruflich ihre Wahl getroffen hat.

Die USA missbrauchen die von der Dürre verursachte Hungersnot und die Nahrungsmittelhilfe für ihre politischen Vorhaben

VERLEUMDUNG ALS ZUGABE

Die Regierung Äthiopiens bemüht sich sehr darum, die Folgen der schweren Dürre zu beheben. Vor allem sorgt sie dafür, daß die Nahrungsmittelhilfe aus dem Ausland unverzüglich denen zugestellt wird, die sie am dringlichsten brauchen. Objektive Beobachter äußern sich mit hoher Anerkennung darüber. So hat ein Vertreter des UNO-Büros für Nothilfe an Afrika nach einer Reise durch Äthiopien in New York erklärt, daß die Situation in vielen für die Flüchtlinge eingerichteten Lagern seit dem vergangenen Herbst "viel besser geworden" ist. Besonders gut war sein Eindruck vom Lager in Batie, in dem ausschließlich äthiopisches Personal beschäftigt ist.

Außerdem trifft die Regierung langfristige Maßnahmen. Im Gange sind Aufsturzungsarbeiten, der Bau von Dämmen und Terrassen, die Anlegung von Gewässern und die Nutzbarmachung von Brachland in den von der Dürre nicht betroffenen Gebieten. Dorthin sind etwa 300 000 Bauern umgesiedelt worden.

Zur Zeit halten sich in Äthiopien Hunderte von Vertretern westlicher Wohltätigkeitsorganisationen auf. Sie leisten im großen und ganzen nützliche Arbeit. Mengistu Haile Mariam, der äthiopische Staatschef, hat für die Hilfe bei der Bekämpfung der Katastrophenfolgen wiederholt gedankt.

Manche Leute aber beschäftigen sich mit Dingen, die, gelinde gesagt, nichts mit Wohltätigkeit zu tun haben.

So erschien z. B. die Falschmeldung, daß nicht alle angelieferten Nahrungsmittel zu den Opfern gelangen. Ein Korrespondent der "New York Times" will sogar festgestellt haben, daß sie nur ein Drittel davon bekommen. Goshu Wolde, der äthiopische Außenminister, hat dem Korrespondenten den Bescheid gegeben, daß tatsächlich viel von den in Westeuropa und den USA gesammelten Spenden — Getreide, Kleidung, Technik und Geld — ihre Bestimmung nicht erreichten. Ein Teil des Geldes sei für die "Renovierung der Hauptquartiere von Organisationen verbraucht" worden. Er hat verlangt, die Hilfesendungen direkt an die äthio-

pische Regierung und nicht an Privatorganisationen zu adressieren.

Einige Monate lang regte man sich im Westen künstlich darüber auf, daß Addis Abeba beschlossen hat, Bauern aus den Dürregebieten umzusiedeln. Man behauptete, das geschehe unter Zwang.

Die Wahrheit sieht jedoch so aus: Viele der Bauern, die nie wieder vom Hunger bedroht sein wollen, haben die Behörden buchstäblich angelebt, sie in fruchtbare Gegenden umzusiedeln. Dort gibt es viel freies Brachland und regnet es regelmäßig. Die Umsiedler bekommen landwirtschaftliche Geräte, Saatgut, Düngemittel und Nahrungsmittelfraktionen.

Schließlich mußten Leute von Wohltätigkeitsorganisationen zugeben, daß "die Äthiopier keine andere Wahl haben, als sich umzusiedeln zu lassen, denn die Nahrungsmittelhilfe ist begrenzt und kann das Ernährungsproblem nicht auf weite Sicht lösen".

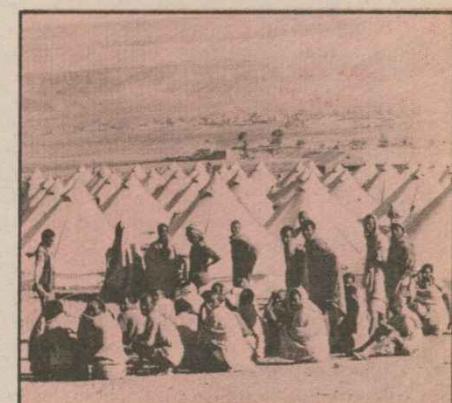
Die Verleumdung Addis Abebas hängt mit Versuchen zusammen, sich in dessen innere Angelegenheiten einzumischen. Das zeigte sich z. B. bei der Forderung, den Wohltätigkeitsmissionen die Möglichkeit ungehinderter Nahrungsmittellieferungen in die Gebiete zu garantieren, die "von Rebellen besetzt sind", womit man die separatistischen Banden in den Provinzen Eritrea und Tigre meint. Kurt Jansson, Assistent des UNO-Generalsekretärs für Nothilfe an Äthiopien, hat vorgeschlagen, einen "unbewaffneten Geleitzug unter der Fahne des Internationalen Roten Kreuzes hinzuschicken". Derartige Forderungen waren von der Verleumdungskampagne in der US-Presse begleitet, die behauptet hat, daß die äthiopischen Behörden Nahrungsmittel absichtlich nicht in die "rebellischen Provinzen" weiterleiten.

Die Ansinnen Janssons und anderer "Wohltäter" wurden von den Behörden Äthiopiens zurückgewiesen. Sie haben erklärt, daß es erstens keine Gebiete im Land gibt, die in Händen der Separatistengruppen wären, und daß zweitens die Bewohner Eritreas und Tigres trotz der

Versuche dieser Banden, die Zustellung der Nahrungsmittel dorthin zu vereiteln, sie dennoch bekommen, was übrigens die Botschafter Großbritanniens und Kanadas in Addis Abeba bestätigt haben.

Wenn sich gewisse Leute um einen ungehinderten Zutritt zu Eritrea und Tigre bemühen, so liegt ihnen natürlich nicht die dortige Bevölkerung am Herzen, sondern es geht ihnen um die Rädelsführer der Separatistengruppen: Durch Übergabe großer Getreidesendungen an diese Banden wollen sie deren Ansehen bei der Bevölkerung heben. Man erkennt eindeutig die Hand der CIA, deren Agenten in den Grenzgebieten Äthiopiens und des Sudan aktiv sind. Es sei daran erinnert, daß es die CIA war, die den Transport äthiopischer Bürger jüdischen Glaubens (Falaschen) aus Äthiopien nach dem Sudan und später nach Israel organisierte. Wie Präsident Reagans nächster Assistent, Donald Regan, öffentlich erklärte, gab der Präsident seinen Segen dazu.

Die Verleumdungskampagne gegen Äthiopien läßt die Verstimmung des



Unser Bild: Ein provisorisches Flüchtlingslager in der Provinz Tigre

Foto: ADN-TASS

Weißen Hauses darüber erkennen, daß die Getreidesendungen Washington keinen politischen Gewinn abwerfen. Die Associated Press fragte, ob sich die Getreidesendungen auf die Beziehungen der Regierung Äthiopiens zu den USA und den anderen Westmächten ausgewirkt haben, und ist zu dem Schluß gelangt, daß sich an der Politik Mengistu Haile Mariams wenig geändert hat. Hinter der "Humanität" Washingtons steckt der Versuch, mit Hilfe des Getreides einen Wechsel des in den USA mißliebigen äthiopischen Regimes herbeizuführen, das von den USA seit Beginn der Revolution von 1974 torpediert wird.

J. BOTSCHEKARJOW

INTERESSEN DER MINDERHEIT, INTERESSEN DER MILLIONEN

VASIL BILAK, MITGLIED DES PRASIDIUMS UND SEKRETÄR DES ZK DER KPTsch, ANTWORDTE AUF FRAGEN EINES KORRESPONDENTEN DER SCHWEDISCHEN ZEITUNG „ARBETET“. IM FOLGENDEN VERÖFFENTLICHEN WIR AUSZÜGE AUS DIESEM INTERVIEW.

Wie stehen die Bürger der CSSR dazu, daß die UdSSR SS-20-Raketen im Westteil Ihres Landes stationiert hat sowie dazu, daß die Menschen dort bei einem größeren Konflikt zur Zielscheibe für NATO-Raketen werden können? Weiß die tschechoslowakische Öffentlichkeit, daß SS-20-Raketen bereits dort stationiert sind oder in nächster Zukunft stationiert werden?

Die sozialistischen Länder waren in der ganzen Nachkriegszeit beharrlich darum bemüht, das Wettrüsten zu stoppen. Die USA stationierten auf dem Territorium der BRD zum Erstschlag bestimmte Mittelstreckenraketen, die die CSSR bedrohen. Was sollten wir machen? Sollten wir so tun, als sei das Kinderspielzeug, sollten wir ignorieren, daß es zu einer Verkürzung der Zeiten für einen Nuklearschlag auf wenige Minuten gekommen ist? Denken Sie denn, daß, wenn Atombomben auf die CSSR, Polen und Leningrad fallen, Schweden die Folgen nicht spüren werde?

Die USA wollen um jeden Preis militärische Überlegenheit erzielen, um den sozialistischen Ländern und dann der ganzen Welt ihren Willen aufzwingen zu können. Ihr Haß auf Sozialismus und Kommunismus ist Haß auf die Sowjetunion, da die UdSSR das Haupthindernis zur Verwirklichung ihrer Weltherrschaftsambitionen darstellt. Daß sie einen vernichtenden Erstschlag vorbereiten, verheimlichen sie nicht einmal sonderlich.

Die UdSSR hat zusammen mit den anderen Warschauer Vertragsstaaten bereits so viele Vorschläge vorgelegt, daß sie reichen würden, um einen ganzen Sammelband herauszugeben. Doch beiderlicherweise werden all diese Vorschläge im Westen verschwiegen oder verdeckt. Welche Politik ist vernünftiger?

Die amerikanische: aufrüsten — verhandeln — drohen — wieder auf der Erde und im Weltraum aufrüsten — schließlich auch den Himmel in ein Höllenfeuer zu verwandeln?

Oder die sowjetische Politik: Verhandlungen führen — ein Moratorium für

die Produktion von Weltraumwaffen verkünden — eine Atmosphäre des Vertrauens schaffen — die strategischen Offensivwaffen der UdSSR und der USA einzufrieren — die Raketenstationierung beenden — den Rüstungsstand bis hin zur vollständigen Beseitung von Nuklearwaffen senken — den Weltraum für die Bereicherung des friedlichen Lebens auf der Erde nutzen?

Was ist hier unklar? Was fürchten die USA? Zu behaupten, mit immer neuen Waffen könne der Frieden gesichert werden, ist eben so dumm wie mit der Vernichtung der Schulen das Analphabetentum bekämpfen zu wollen.

Oft wird gesagt, die USA hätten ja als erste die Atombombe gehabt und sie doch nicht eingesetzt. Jeder, der es wissen will, weiß, daß dies die Unwahrheit ist. Sie haben die Bombe zu einer Zeit eingesetzt, als die Ergebnisse des Krieges bereits klar waren. Die Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki sollte dazu dienen, Kernwaffen an Menschen zu erproben, und die Welt einschüchtern. Die Atombombe gegen die Sowjetunion einzusetzen, war damals undenkbar. Die USA hatten noch nicht genug Bomben, um die UdSSR vernichten zu können, vor allem aber hätten die Völker der Welt, auch das amerikanische Volk, damals nicht verstanden, wie man Atombomben auf einen Verbündeten werfen kann, der im Kampf gegen den gemeinsamen Feind die größten Opfer gebracht hat, auf ein Volk, das noch vor kurzem von US-Präsident Franklin D. Roosevelt als "Symbol des unerschrockenen Geistes der Völker der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" bezeichnet wurde. Deshalb war es notwendig, anfangs die Öffentlichkeit zu bearbeiten und Moskau in ein Schreckgespenst zu verwandeln. Ist die Hysterie des McCarthyismus schon vergessen?

Die böswillig aufgestellte Behauptung, der Sozialismus strebe ja ebenfalls nach der Vernichtung des Kapitalismus, ist völlig falsch. Nennen Sie doch zumindest ein Beispiel dafür, daß irgendeine sozialistische Regierung oder der Vertreter eines beliebigen sozialistischen Staates die Vernichtung der USA, Großbritan-

nien oder eines anderen kapitalistischen Landes anstrebe. Wir glauben, daß sich die Welt auf den Sozialismus zu bewegt. Das ist kein Fatalismus, sondern ergibt sich daraus, daß das Volk jedes Landes ein besseres Leben will und danach streben wird. Die kapitalistische Welt glaubt das nicht. Doch muß man deshalb Krieg führen? Wer recht hat, wird die Geschichte entscheiden. Wir zumindest wollen den Frieden, nicht aber einen Krieg. Die sozialistischen Länder treten für die Vernichtung aller Nuklearwaffen, der fremden wie der eigenen, ein. Mögen die USA die sowjetischen Vorschläge für die Mittelstreckenraketen annehmen, dann wird es Raketen auch auf dem Territorium der CSSR nicht geben. Oberdies geht es nicht um SS-20-Raketen, wie Sie sagten, sondern um sowjetische operativ-taktische Raketenkomplexe erhöhter Reichweite.

Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptgründe für die Vorgänge um den Frühling 1968 in Ihrem Land? War es vielleicht zu einer Abschwächung der Diktatur des Proletariats gekommen und hatte sich so ein Weg für andere politische Kräfte, nicht nur für die Kommunisten, aufgetan? Und ist die Diktatur des Proletariats eine unbedingte Notwendigkeit beim Aufbau des Sozialismus in der heutigen Tschechoslowakei? Wenn ja, dann aus welchen Gründen?

In der kapitalistischen Welt ist viel vom Recht auf umfassende Information die Rede. Nicht wir, sondern, soweit mir bekannt ist, der Präsident Finlands sprach seinerzeit als erster von einem Informationsimperialismus. Welche bürgerlichen Zeitungen, welcher bürgerliche Rundfunk- oder Fernsehsender haben wahrheitsgetreu über die Krise 1968 in der CSSR berichtet? Unser Volk weiß, was die Gründe für den konterrevolutionären Putsch in Chile waren, was zum Sturz des Schahregimes im Iran führte, was zur Ursache für den Bürgerkrieg in El Salvador wurde usw. Wenn ein so bedeutsames Dokument über die Krise in der Tschechoslowakei wie die "Lehren der krisenhaften Entwicklung in Partei und Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der KPTsch" den Völkern der kapitalistischen Länder, darunter auch dem schwedischen Volk, zugänglich wäre, müßten Sie nicht diese Frage stellen. In diesem Dokument sind die Hauptursachen der tschechoslowakischen Krise verallgemeinert... Es bietet eine wissenschaftliche Analyse, und keinerlei Versuche des Gegners können sie in Zweifel ziehen. Jeder Historiker, der die Vorgänge von 1968 wahrheitsgetreu beleuchten will, wird in diesem Dokument alle Informationen, die Wahrheit finden.

Die Absichten und Ziele der Konterrevolution in unserem Land waren ähnlich denen, die die Konterrevolution in Ungarn 1956 verfolgte, nur die Taktik unterschied sich und war den tschechoslowakischen Bedingungen angepaßt. Um die breiten Massen des tschechoslowakischen Volkes zu betrügen, für die der Sozialismus zur Lebensnotwendigkeit ge-

worden war, wandte sich die Reaktion nicht gegen den Sozialismus, sondern trat für dessen "Verbesserung" ein. Wer hätte etwas dagegen gehabt? Doch ihre "Verbesserung" bestand darin, die Prinzipien zu beseitigen, ohne die der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann. So sollte die revolutionäre Partei, die sich von der wissenschaftlichen Weltanschauung leiten läßt, in eine Art rechtsrevisionistischen Klub verwandelt werden. Die Freundschaftsbande zur Sowjetunion sollten abgebrochen, die außenpolitische Ausrichtung der CSSR verändert werden. Auch die kapitalistische Produktionsweise sollte wiederhergestellt, die CSSR aber allmählich von der sozialistischen Staaten-gemeinschaft isoliert werden.

Das, was Sie in Ihren Fragen andeuten, zeugt von Uninformiertheit über die wahre Entwicklung der CSSR. Unser politisches System ist zutiefst demokratisch. Es umfaßt die wichtigsten Klassen und sozialen Gruppen, die politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, vereinigt in der Nationalen Front. Ist Ihnen bekannt, daß es in der CSSR noch vier weitere Parteien gibt, die ihre Abgeordneten in den Repräsentationsorga-nanen aller Ebenen besitzen, d. h. in den Nationalausschüssen, den Nationalräten der Republiken und in der Föderativen Versammlung?

Dort, wo das Kapital regiert, besteht eine Diktatur der Bourgeoisie. Das ist die Diktatur einer Minderheit gegen die Mehrheit. In der CSSR gibt es bereits kein Proletariat mehr, sondern eine Arbeiterklasse, die die herrschende Klasse ist. Die Arbeiterklasse hat Verbündete, und ihre Avantgarde — die Kommunistische Partei — achtet darauf, daß die Machtinstrumente dem ganzen Volk dienen. Das Prinzip, daß das Volk selbst regiert, ist in der Verfassung des Landes verankert, ist geltendes Recht.

Fast alle Menschen in Schweden mei-nen, die westlichen Länder würden vielen eine größere Freiheit geben als die osteuropäischen. So wird oft angeführt, daß ein Schwede offen den schwedischen Regierungschef kritisieren und ihn einen "Halunken, Lügner oder Gauner" nennen kann, während es z. B. unmöglich ist, daß ein CSSR-Bürger das gleiche über seinen Regierungschef oder Präsidenten sagt. Wodurch unterscheiden sich die Redefreiheit und die Menschenrechte in der CSSR gegenüber den westlichen Ländern, z. B. Schweden? Worin bestehen sie?

Denken können sie natürlich so, doch das bedeutet noch nicht, daß sie recht hätten. Ich selbst habe unter der kapitalistischen Ordnung gelebt und weiß, welche Rechte und Freiheiten, welche Demokratie die Werktätigen besaßen. Und dabei präsentierte sich die kapitalistische Tschechoslowakei vor München so gern als "demokratischer" Staat. Doch ist es etwa ein Anzeichen von Freiheit und Demokratie, daß ein Bürger seinen Regie-rungschef als "Halunken, Lügner oder

Gauner" bezeichnen kann? Sie haben recht, in der CSSR kann ein Bürger derartiges nicht sagen, da ein "Halunken, Lügner oder Gauner" bei uns nicht Regierungschef werden kann. Der Präsi-dent und der Regierungschef der CSSR können nicht über derartige Eigenschaften verfügen. Sie sind Vertreter des Volkes... Einen Menschen aber zu beleidigen, ihn grundlos einen Halunken, Lügner oder Gauner zu nennen — das demonstriert nicht Freiheit, sondern mangelnde Erzie-hung. Das ist eine Grobheit, die geahndet werden kann. Wenn jemand Sie so beleidigen würde, könnten Sie den betreffenden mit Fug und Recht wegen Beleidigung verklagen.

Die Frage der Menschenrechte ist so, wie sie in den USA formuliert wird, ein großer Betrug. Sie wurde erfunden und dient als demagogisches Instrument, um die Unmenschlichkeit der eigenen Aus-beuterordnung zu verdecken. Haben die schwarzen Einwohner der RSA das Recht, ihr Land zu regieren? Können die Palästinenser von ihrem Heimatrecht Ge-brauch machen? Haben die Menschen Recht auf Wohnraum? Warum schlafen Millionen unter freiem Himmel, haben nicht das Recht auf kostenlose Bildung, medizinische Befreiung, auf ein Stück Brot? Haben die Menschen das Recht auf Arbeit, das Recht auf ein würdiges Leben, darauf, nicht von Almosen abhängig zu sein? Warum können Millionen Menschen diese Rechte nicht verwirklichen?

Wir behaupten nicht, bei uns in der Tschechoslowakei sei in der Epoche des Aufbaus des entwickelten Sozialismus alles so geschehen, wie es sein sollte, doch die Geschichte kennt bislang keine Gesellschaftsordnung, die den Menschen größere Rechte geben würde, als die sozialistische Gesellschaftsordnung.

Weit verbreitet ist in Schweden auch die Meinung, die Bürger z. B. der Tschechoslowakei hätten nicht die Möglichkeit, frei in ein Land ihrer Wahl zu reisen - ob in den Urlaub oder zur Arbeitsaufnahme - und dann wieder in die Heimat zurückzukehren. Die Möglichkei-ten einer Umsiedlung, wenn überhaupt, gelten als beschränkt. Wodurch erklären sich solche Schwierigkeiten? Bei Ge-sprächen in Ihrem Land erhielt ich die Antwort, all das seien Devisenfragen. Doch wie weit hängt eine solche Einschränkung mit der Gefahr einer "ideologischen Ansteckung" zusammen, wenn die tschechoslowakischen Staatsorgane die freie Ausreise aus der Be-fürchtung heraus, der Einfluß der bürger-lichen Gesellschaft könne sich negativ auf den Aufbau des Sozialismus in Ihrem Lande auswirken, einfach nicht erlauben!

Auch diese Frage bestätigt, wie falsch die Vorstellungen in Schweden über die Tschechoslowakei sind — als lebten Sie irgendwo tief in Afrika, nicht aber in Europa. Ich weiß nicht, wie viele schwedische Bürger alljährlich Urlaubsreisen ins Ausland antreten. Aus der CSSR reisen jedes Jahr 5 bis 6 Millionen Urlauber und

750 000 Dienstreisende aus. In den ca. 100 Erholungsheimen der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung verbringen 650 000 Menschen ihren Urlaub, und 400 000 Kinder erholen sich in den Pionierlagern der Gewerkschaften. Es gibt bei uns keinen Betrieb, der nicht ein eigenes Erholungsobjekt hätte (und das nicht nur in der CSSR, sondern auch im Ausland), wo alljährlich Millionen Werktätige und ihre Kinder ihren Urlaub und freie Tage verbringen. In den Kurorten weilen jedes Jahr 450 000 bis 500 000 CSSR-Bürger zur Behandlung, wobei sie nur einen geringen Teil der Kosten selbst tragen. Zudem erholen sich Zehntausende in Hotels und Touristenhe-imen, Hunderttausende haben eigene Ferienhäuser... Dabei hat die CSSR wenig mehr als 15 Millionen Einwohner. Wir verhehlen nicht, daß die Devisenfrage gewisse Komplikationen schafft. Wir wol-ten keine Kredite zur Finanzierung von Weltreisen aufnehmen, sondern müssen dieses Geld selbst erarbeiten. Sie können all das mit der Lage in Ihrem eigenen Land vergleichen.

Wenn wir eine Parallele zum reichsten kapitalistischen Land ziehen wollten, würde sich ergeben, daß jedes Jahr ca. 37 Prozent der Amerikaner den Urlaub außerhalb der USA verbringen müßten, doch bislang reisen nur 7 bis 8 Prozent der US-Bürger ins Ausland. Irgendwo las ich, jedes Jahr würden 16 bis 17 Millionen Touristen die USA besuchen. Die kleine Tschechoslowakei nimmt alljährlich um eine Million mehr ausländische Gäste auf.

Warum meinen Sie, daß wir den Einfluß der bürgerlichen Gesellschaft so ent-sätzlich fürchten? Das Gute, was es in den bürgerlichen Ländern gibt, fürchten wir nicht und übernehmen es freudig. Bürger-liche Überreste aber haben wir genug auch bei uns zu Hause. Doch in eben dieser bürgerlichen Gesellschaft gibt es auch viele Übel, und wie eine kluge Mutter ihre Kinder vor schlechtem Einfluß, z. B. von Klassenkameraden oder Freunden schützt, so will auch unsere Ge-sellschaft ihre Bürger vor dem Einfluß des Gewaltkults, vor Rauschgift und ähnlichem bewahren...

Leider wissen Sie wenig über die Geschichte unserer Völker. In der zweiten Hälfte des 19. Jh. und im ersten Drittel des 20. Jh. zwang die Armut Millionen unserer Vorfahren zum Verlassen der Heimat. Gott sei Dank gehört das alles heute der Vergangenheit an. In der Tschechoslowakei gibt es keine Arbeitslosigkeit, die Menschen leiden keine Not, wissen nicht, was soziale Unsicherheit bedeutet. Die Bildung ist bei uns kostenlos und allen zugänglich. Viele kapitalistische Länder werben Fachkräfte aus anderen Staaten ab. Sie wissen, welchen Schaden das den meisten Entwicklungsländern zufügt... Warum sollten wir die Auswanderung unterstützen? Daß der Kapitalismus nicht daran interessiert ist, dem Sozialismus zu helfen, sondern daran, ihn zu schädigen, begreifen bei uns immer mehr Menschen.

LENINGRADS SCHÄTZE GERETTET

Albert PIN

Der vom Faschismus entfesselte Krieg hinterließ tief Spuren auch in der Kulturgeschichte der Menschheit. Die Barbaren zerstörten viele der ältesten Städte Europas, vernichteten und plünderten bedeutende Denkmäler und Meisterwerke der Weltkunst. Bezeichnenderweise stellte das Nürnberger Tribunal die Gaskammern von Auschwitz und die Zerstörung der Paläste in Leningrads Vororten in eine Reihe.

Die Leningrader, die mit Hilfe des ganzen Sowjetlandes die 900 Tage währende Blockade überstanden, vollbrachten eine beispiellose Heldentat. Hunderttausende gaben ihr Leben für die Stadt an der Newa, dafür, daß die Zeugen ihrer ruhmreichen Geschichte - die großartigen architektonischen Ensembles und Denkmäler - erhalten blieben. Eine wahre Großtat war auch die Wiederherstellung der, wie es schien, unwiederbringlich verlorenen Kunstschatze Leningrads.

Das Museum der Geschichte Leningrads in der Uferstraße der Roten Flotte. Fotos der Kriegsjahre: Die Skulpturen aus dem Sommergarten waren in Sicherheit gebracht, die berühmten Rosse von Kłodtows Anitschkow-Brücke lagerten unter der Erde, die Holzüberzüge auf den Sphingen vor der Akademie der Künste, das Denkmal für Peter I., eingefäßt von Holzplatten und Sandsäcken... Leningrad rettete seine Geschichte vor Bomben und Geschossen. Olga Bergolz sagte in einer Rundfunksendung: "Es gibt nichts Schrecklicheres und Traurigeres als einen Sockel ohne Denkmal. Die Statuen der großen Heerführer Suworow, Kutusow und Barclay de Tolly blieben auf ihren Plätzen am Marsfeld und vor der Kasaner Kathedrale. Sie halfen der Stadt zu kämpfen: Nahmen die Parade der zur Front rückenden Kämpfer ab, segneten sie für den gerechten Kampf und den kommenden Sieg."

Die Musen schwiegen nicht

Während der Blockade von Leningrad arbeiteten die Fabriken mit größtem Einsatz — Panzer, Kanonen, Granatwerfer, MGs und Geschosse wurden hergestellt. Die Akademie der Wissenschaften arbeitete. Komponisten, Schriftsteller, Dichter, Schauspieler und Musiker waren schöpferisch tätig... Wir erinnern uns: Am 9. August 1942 erklang im Großen Saal der Leningrader Philharmonie erstmals Dmitri Schostakowitschs 7. Sinfonie. Die Musen schwiegen nicht! Dem Tod, den Bomben und Geschossen der Belagerer, der Kälte und dem Hunger zum Trotz.

Die Ermitage lebte, arbeitete. Stellen Sie sich vor: 22 Kilometer muß man gehen, um die gesamte Ermitage zu besichtigen, von dort, von Schloßplatz aus aber bis zur

vordersten Linie waren es damals nur 14 km. In erbeuteten Dokumenten der 768. Division der Hitlerfaschisten (weitreichende Artillerie) wurde ein Plan Leningrads mit den eingetragenen Zielen für den Beschuß entdeckt. Der Schloßplatz war dort mit einem Halbkreis gekennzeichnet, die Ermitage als Ziel Nr. 9 markiert. Die Hitlerfaschisten nahmen den Musentempel immer wieder unter starken Beschuß. Eines der ersten Geschosse explodierte an dem Eingang mit den Atlanten. Doch die Atlanten hielten stand, so wie die Menschen aushielten.

Während der Blockade war das ganze Leben der Ermitage in den Bombenkellern des Winterpalais konzentriert. Dort lebten und arbeiteten die wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Kunstmaler. Der heutige Direktor der Ermitage, Akademiemitglied Boris Piotrowski, war stellvertretender Leiter des örtlichen Luftabwehrkommandos, schrieb zwischen seinen Einsätzen beim Licht einer Petroleumlampe das grundlegende Werk "Die Geschichte und Kultur von Urartu". An den verschiedensten Themen — westeuropäische Kunst, alte lateinische Handschriften, die Geschichte der alten Staaten des Orients — wurde gearbeitet... In der schwersten Zeit beging man hier das Jubiläum von Nisami Gjandschewi und wenig später auf einer Festsetzung anlässlich des 500. Geburtstags von Alischer Nawoi lauschten die Museumsmitarbeiter ihrem Kollegen Lebedew, der schon nicht mehr aufstehen konnte, doch in sich noch die Kraft fand, Nawois Verse in seiner Übersetzung zu rezitieren. Der bekannte Leningrader Architekt Alexander Nikolski skizzierte im Bunker Varianten des künftigen Siegesbogens. Diese Entwürfe werden jetzt im Museum neben den großen Bildern der Vergangenheit aufbewahrt.

Zwei Züge mit Schätzen der Ermitage rollten nach Osten. Die Kisten, die für den dritten Transport vorbereitet waren, konnten nicht mehr weggeschafft werden: Der Feind hatte die letzte Verbindung zwischen Leningrad und seinem Hinterland abgeschnitten. Nach Beginn der Blockade gelangten viele Kunstschatze zur Aufbewahrung in die Ermitage — Handschriften Lomonossows, Puschkins Bibliothek, Exponate aus den Vorstadtmuseen und Privatsammlungen.

Vor dem Krieg hatte Pawel Gubtschewski Gruppen durch die Ermitage geführt. Man hatte ihn nicht zur Armee eingezogen — wegen eines Herzleidens. Im Januar 1942 ernannte der damalige Direktor der Ermitage, Akademiemitglied Jossif Orbeli, den wissenschaftlichen Mitarbeiter Gubtschewski zum Leiter des Wachdienstes aller Museumsgebäude. Im Frühjahr, erinnerte er sich, befürchtete man, daß die Keller überflutet werden könnten, dort aber lagerte kostbares Porzellan. Mit dem Porzellan kamen die Mitarbeiter allein zurück, doch da tauchte ein neues Problem auf: Die Pferdeställe, wo großartige Möbelsammlungen aus dem Mittelalter und dem französischen Klassizismus lagerten, wurden überschwemmt. Da bat man die Kursanten einer Offiziersschule um Hilfe. Die jungen Burschen, Sibirier, brachten gemeinsam Sessel, Sofas und Tische in relative Sicherheit. Wie konnte Gubtschewski seinen Helfern danken? Er bot ihnen eine Führung!

"Niemand von ihnen hatte früher die Ermitage besucht, und da beschloß ich: Ich zeige ihnen die Museumskollektion nach den leeren Rahmen — waren ja dank Orbels kluger Anweisung alle Bilderrahmen an ihrer Stelle geblieben (was es später, nach der Blockade, ermöglichte, die Ausstellung innerhalb von 18 Tagen wiederherzustellen). Natürlich war das die erstaunlichste Führung meines Lebens! Wir gingen von Saal zu Saal, von Rahmen zu Rahmen, ich erzählte ihnen über die abgehängten Gemälde — in allen Einzelheiten, mit allen Licht- und Farbschattierungen und, Ehrenwort, ich spürte, daß sie die Bilder sahen! Ja, sie sahen — Rembrandt und Poussin, Cranach und El Greco, Cezanne. Welch großartiges, unvergängliches Erlebnis war die Ermitage für die jungen Soldaten!"

Am 27. Januar 1944 kündete der Salut über Leningrad von der endgültigen Befreiung der Stadt aus dem Würgegriff der Blockade.

Im September 1943 und im Februar 1944 hatte der bekannte englische Journalist Alexander Werth die Stadt an der Newa besucht. Er war in Petersburg geboren, hatte dort seine Kindheit verbracht. Von um so größerem Interesse ist sein dokumentarisches Buch "Leningrad", das er nach den lebendigen Eindrücken jener

ГРАЖДАНЕ! ПРИ АРТОБСТРЕЛЕ ЭТА СТОРОНА УЛИЦЫ НАИБОЛЕЕ ОПАСНА

beiden Reisen in den schrecklichen Kriegsjahren schrieb. Hier Auszüge aus dem Buch, das erstmals in London erschien.

"Anfang Februar kam ich zum zweiten Mal nach Leningrad mit einer Gruppe von Korrespondenten.. Die Leningrader strahlten vor Glück. Völlig erschöpft waren sie, doch voller Energie und schmiedeten Pläne für die Zukunft. An die 200 Soldaten halfen beim Wiederaufbau des Marien-Theaters, das bereits 1941 von einer Halbtonnensprengbombe und später von Geschossen getroffen worden war. Das Marien-Theater, wo die Pawlowa und Neshinski getanzt, wo Schaljapin gesungen hatte. Es wurde von Soldaten wiederaufgebaut, da es an Arbeitern mangelte.

Die Vororte Leningrads bieten ein tragisches Bild. Um die Stadt breitete sich eine wahre Wüste aus...

Das durch seine Stille so bezaubernde Pawlowsk und das erhabene Zarskoje Selo mit seinem wunderschönen Palais, das Rastrelli für Katharina II. baute, mit dem klassischen Säulengang der vom schottischen Architekten Cameron geschaffenen Galerie — und mit allen anderen Gebäuden, die das einmalige Ensemble des 18. Jh. bilden — alles liegt in Trümmern. Nur ein Teil des Katharinenpalais wurde nicht zerstört: Einige gefangenengenommene deutsche Pioniere mußten elf Zeitminen unter den Gemälden des Palastes entschärfen. Doch innen war alles geplündert. Die Faschisten hatten das Palais von Pawlowsk bei ihrem Rückzug niedergebrannt. Die meisten Bäume in den malerischen Parks von Zarskoje Selo und Pawlowsk, die der große Dershawin, später der junge Puschkin und schon viel später Innenkof Annenki, ein bekannter Dichter des Symbolismus besungen hatten, waren abgeholt. All das wird nie wiederhergestellt werden können!"

Die goldene Spitze

Die Stadt an der Newa hatte schrecklich gelitten. Würden all die Schätze der Weltkultur je wieder zum Leben erweckt? Vor dem Krieg standen 210 Denkmäler in Leningrad unter staatlichem Schutz. 187 von ihnen waren schwere Wunden zugefügt — wie Soldaten an der Front.

Es heißt, Architektur sei zu Stein gewordene Musik. Hier war sie, wie Akademiemitglied Dmitri Lichatschow zu



Recht bemerkte, die versteinerte Musik des Krieges. Nicht von ungefähr wurde eines der herausragendsten Denkmäler der russischen Architektur, die Admiraltät, deren Turm in die Medaille "Für die Verteidigung Leningrads" eingraviert ist, zum Symbol der Standhaftigkeit der Leningrader.

Verweilen wir vor diesem Turm, bewundern wir den Bogen des Triumphbogens, den durchsichtigen, gleichsam schwerelosen Würfel des zweiten Stockes, seine schlanken Säulen. Erfreuen wir uns an den himmlischen Sphären tragenden Seejungfrauen, an den antiken Helden, an der Stufenreihe unter der vergoldeten Kuppel. Bestaunen wir schließlich die goldene Spitze, auf der sich das berühmte Schiffchen mit seinen drei Masten dreht... Und versetzen wir uns in die Vergangenheit zurück, erinnern wir uns an jene, die ihr Leben eingesetzt haben, damit die Spitze der Admiraltät für alle Zeiten leuchtet und die Menschen von der Schönheit der Newa-Metropole gefesselt werden.

Als sich die Front Leningrad näherte, erhielt eine Sondergruppe unter dem Architekten S. Dawydow den Auftrag, die markantesten Spitzen und Kuppeln der Stadt zu tarnen. Man begann bei der Admiraltät: Ihre vergoldete Spitze war Orientierungspunkt für die feindliche Luftwaffe und Artillerie. Doch wie sollte man diese schwindelerregende Höhe bezwingen, um die Spitze mit einem Schutzbezug (man hatte schon nicht mehr die Zeit, ein Gerüst zu errichten) zu überziehen?

Der Gruppe wurde ein Fesselballon überlassen. Zwei Wochen lang versuchte Oberleutnant W. Sudakow, sich von ihm aus direkt der Spitze zu nähern und dort einen Block mit einem durchgezogenen Tau zu befestigen. Doch der starke Wind störte. Schließlich gelang es im Morgengrauen eines klaren Septembertages, den Block in 72 Meter Höhe zu befestigen. Alpinisten gingen ans Werk. Alois Semba und Michail Bobrow kletterten, sich gegenseitig absichernd, abwechselnd auf die Spitze und versahen die Wetterfahne, das Schiff, sowie Krone und Kugel mit Tarnüberzügen. Dann zogen sie mit einer Winde den halbtonnenschweren Schutzbezug aus Sackleinen hoch. Und da kamen den Männern Alpinistinnen zu Hilfe — Olga Firssowa und Alexandra Prigoschewa. Nachdem sie die Spitze mit dem Sackleinen überzogen hatten, nähten sie es fest und sicherten es mit Stricken. Doch da tauchte von der Schloßbrücke her ein faschistisches Flugzeug auf: Die Kugeln pfiffen an Olga Firssowa vorbei. Die Spitze war geschützt, aber am 18. September 1941 fielen die ersten Bomben auf die Admiraltät.

Das berühmte Baudenkmal mußte noch viele Male die Angriffe der faschistischen Luftwaffe und der weitreichenden Artillerie über sich ergehen lassen. Im April 1942 trafen gleich fünf Bomben auf einmal die Admiraltät, und vier Bomben explodierten auf ihrem Gelände. Opfer des Angriffs waren die Statuen unter der Kuppel, die die Himmelsrichtungen, die Jahreszeiten und die Naturgewalten darstellen. Von den 28 Kupferskulpturen wurden vier zerstört und 16 stark beschädigt. Im Januar 1943 verstümmelten Bombensplitter das wunderbare Hautrelief



"Die Gründung der Flotte in Rußland" ... Im Krieg wurden die Mauern der Admiraliät an 9 Stellen durchschlagen, an 16 Stellen wurden das Dach und der Dachstuhl beschädigt.

Nach jedem Angriff der Luftwaffe und jedem Artilleriebeschuß gingen die Verfeidiger der Admiraliät daran, die Zerstörungen zu beseitigen. Diesen schweren Auftrag hatte der Architekt W. Piljawska übernommen. Wahres Heldenamt zeigte der Bildhauer und Restaurator J. Troupjanski. Vom Hunger geschwächt, mit angeschwollenen Beinen und Armen, stieg der 60jährige Bildhauer mühsam auf die schwankende Leiter, um den Skulpturenenschmuck des Gebäudes zu retten. Welche innige Liebe zu seinem Werk, welchen Willen und welche Zukunftsgewißheit mußte man dafür haben! Und das alles trotz Hunger, Kälte, Bombenangriffen und intensivem Beschuß. In dem kürzlich in der Newa-Stadt erschienenen Buch "Die Wiederherstellung der Bauwerke Leningrads" wird eine erstaunliche Tatsache angeführt: Eine Kommission der Denkmalschutzinspektion, die das von J. Troupjanski restaurierte Hauptschlaf "Die Gründung der Flotte in Rußland" sah, wies darauf hin, daß die "Schleifen und Formen der wiederhergestellten Blumen ausgeführt" werden müßten. Das war im Sommer des Blockadejahres 1943.

Am 30. April des Siegesjahres 1945 leuchtete erneut die Nadel der Admiraliät auf. Am Vorabend des 1. Mai stiegen Olga Firssowa und ein neues Alpinistenkommando, Tatjana Wisel und Michail Schestakow, zur Spitze empor, um den Schutzbezug abzunehmen. Der Bezug fiel zu Boden, und ein Hurra donnerte über den Schloßplatz, wo sich die

Seeleute der Baltischen Flotte auf die Parade vorbereiteten.

Unmittelbar nach Kriegsende begann man mit der Restaurierung der Admiraliät. Eine große Arbeit wurde geleistet, um die Fassaden, das Interieur und den Skulpturenenschmuck des Hauptturms wiederherzustellen. 1952 hatte der Ziseleur Titow die Kupferstatuen über den Säulen des zweiten Turmstockes restauriert. Die vier von feindlichen Bomben zerstörten Statuen wurden nach von Troupjanski ausgeföhrten Modellen wiederhergestellt. 1954 gingen die Restauratoren an die Wiederherstellung der Spitze. Diesmal brauchten sie keinen Ballon, kein Seil: Mit Stoff beschlagene Leitern wurden aufgestellt, um die Vergoldung nicht zu beschädigen. Auch so gab es mehr als genug zu tun: Im Kupferblech des Belages hatte man viele Einschläge von Bomben- und Geschosßsplittern entdeckt. Die Fugen des Belages gingen auseinander, und darunter war Wasser eingedrungen. An vielen Stellen war auch die Vergoldung beschädigt. Die Vergoldung der Spitze und der Kuppel wurde erst später vollständig wiederhergestellt — in den Jahren 1976 und 1977, zum 60. Jahrestag des Großen Oktobers.

Kugel, Krone und Schiffchen auf der Spitze wurden abmontiert und in einer Werkstatt restauriert. In der Kugel fanden sich Dokumente: Zeitungen des Jahres 1886, eine Kupferplatte mit kurzer Beschreibung der damals ausgeführten Restaurierungsarbeiten sowie Zeitungen des

Jahres 1929, als wiederum an der Spitze gearbeitet wurde. All diese Materialien wurden in eine Metallschatulle zusammen mit neuen Dokumenten gelegt — mit dem Text des Entwurfes der sowjetischen Verfassung, Zeitungen und einer Beschreibung der Restaurierung von 1977. Die Schatulle wurde in die Kugel eingelassen, und von einem Gerüst aus wurden sie und die Krone an ihren früheren Plätzen angebracht.

Das Schiffchen aber wurde per Hubschrauber montiert. Am 19. Juli 1977 erlebten Tausende von Leningradern, wie das Segelschiff mit seiner neuen strahlenden Vergoldung feierlich in einem offenen Wagen zum Schloßplatz gefahren wurde. Dort wurde es an ein vom Hubschrauber aus herabgelassenes Tau befestigt und in die Luft gehoben. Mit größter Präzision setzte der Pilot die kostbare Fracht auf dem Montageplatz ab, und vorsichtig wurde das Schiffchen an der Spitze befestigt. Die goldene Spitze der Leningrader Admiraliät leuchtete wieder.

Viele Leningrader dürften sich auch an diesen bewegenden Augenblick erinnert haben, als der Stadt 1984 die Europäische Goldmedaille als Auszeichnung einer internationalen Jury für die legendäre Großtat der Rettung und Wiederherstellung der Architekturenkmäler überreicht wurde.

Ein wahres Wunder

"Keine Metropole, keine Großstadt unserer Erde", betonte Akademiemitglied Dmitri Lichatschow, "hatte und hat einen so großartigen, so kostbaren Kranz von Palästen, Villen, Parks in den Vororten, eine solche entzückende Vielfalt der Umgebung wie Leningrad. Die Städte des Mittelalters waren von Festungsmauern, Forts, umgeben, die übrigens auch Klosterwände dienten. In die Städte der Neuzeit sind neben Villen und Vorortpalästen des Adels rücksichtslos und chaotisch die Fabrikvorstädte eingedrungen. Die Vororte entstanden nach den Städten. Doch keine Stadt hatte in ihrer Umgebung so viele Meisterwerke der Kunst, wie Petersburg-Leningrad, denn in den Architekturenkmälern befanden sich die bedeutendsten Werke der Malerei, der Bildhauerei und der angewandten Kunst.

Rußlands 'militärische Hauptstadt', wie Puschkin Petersburg nannte, legte sich nur

von der Seeseite her eine uneinnehmbare Festung, Kronstadt, zu, doch auch diese Festung wurde zu einem Domizil der Künste... Welch erhabene Architektur, welch malerische Lage... auch in Kronstadt selbst sind die Docks Peters I. und der Park nicht weniger beeindruckend als viele Bauten in Oranienbaum oder Strelja.

Einer der Gründe dafür, warum um Petersburg-Leningrad eine so herrliche Umgebung entstand, war, daß Petersburg und seine Vororte im Gegensatz zu allen anderen Städten der Welt gleichzeitig gebaut wurden. Petersburg entstand, umgeben von den Künsten. Und die Kunst sollte Petersburg nicht durch Festungsmauern von der übrigen Welt trennen, sondern im Gegenteil die Stadt mit allen Weltkulturen vereinen. Diese Tradition wurde auch später weitergepflegt. Um Petersburg herum entstanden Dutzende Parks und in ihnen Bauten antiken und mittelalterlichen Charakters, im türkischen, chinesischen, italienischen, englischen, holländischen und schottischen Stil. Das entsprach der internationalen Herkunft ihrer Schöpfer. Hier arbeiteten französische, italienische, englische, schottische, holländische, deutsche und natürlich russische Meister — Vertreter aller kunstbeflissenen Länder, der fortschrittlichsten im 18. und 19. Jh. Und gerade diese internationale Umgebung ließ die Vororte unserer Stadt typisch russisch werden. Ist ja die russische Kultur dem Ausland gegenüber offen. Hat denn nicht Puschkin seine nationale russische Dichtkunst in Kenntnis der besten Werke der Weltliteratur geschaffen: von der Antike bis zu Byron und Andre Chenier, vom islamischen Orient bis zu Italien, Spanien und Portugal?"

Die friedlichen Vorstädte, Paläste, zerbrechlich wie Porzellan, und die herrlichen Parks sollten nicht nur Leningrad, sondern die gesamte Weltkultur gegen die Nazis schützen. Die Kunst wurde zu einem Schauplatz erbitterter Schlachten. Der Feind vermochte nicht weiter als Petershof vorzudringen, über Puschkin und Pawlowsk kam er nicht hinaus, er blieb am Rande von Strelja stecken, wurde vor den Parks von Oranienbaum zum Stillstand gebracht. Doch um welchen Preis! Unsägliche Opfer brachte auch die Kunst auf dem Altar des Sieges dar.

Der Leser wird sich an A. Werths traurige Worte erinnern: "All das wird nie mehr wiederhergestellt werden!". So dachte nicht Werth allein. Die Verluste seien, wie angesehene ausländische Experten konstatierten, als irreparabel zu bezeichnen, und damit müsse man sich abfinden. Doch die Leningrader waren da anderer Meinung. Die Jahre vergingen, das Wunder geschah: Die Ensembles von Pawlowsk, Puschkin und Petrodwores erstanden aus den Ruinen. Und wieder hat Leningrad seine weltberühmten Vororte.

Bereits in den so schweren Blockadejahren dachten die Leningrader daran, die so

stark in Mitleidenschaft gezogenen Kunstschatze wiederherzustellen, bereiteten sie sich auf die mühsame Arbeit vor, die Können wie Inspiration fordert. Bereits lange vor Kriegsende, im November 1943, wurde eine besondere Lehranstalt für Architekten und Kunstmaler eingerichtet, an der 15jährige Jungen und Mädchen aufgenommen wurden: künftige Kunstmaler, Bildhauer und Former, Holz- und Steinschmiede, die sich das Können der Meister der Vergangenheit aneignen sollten. In jenen Tagen, als der Unterricht an der Lehranstalt begann, explodierten auf den Straßen Leningrads noch feindliche Geschosse. Eines von ihnen ging am Schuleingang nieder. Seine Splitter töteten sieben junge Menschen, die davon geträumt hatten, der Kunst dienen zu dürfen. Sie starben wie Soldaten.

Das Wunder des Wiederaufbaus vollzog sich mit den geschickten Händen der Restauratoren, dank dem Einsatz und der Selbstlosigkeit der Museumsmitarbeiter und Kunsthistoriker, die ebenfalls eine sehr komplizierte Arbeit ausführten — sie suchten die von den Besatzern aus den Palastmuseen geraubten Kunstschatze.

... Vom Frühjahr 1944 an und bis Kriegsende wurde Anatoli Kutschumow ebenso wie andere Museumsmitarbeiter fast jeden Monat von der Staatlichen Inspektion für den Schutz der Denkmäler Leningrads auf Dienstreise geschickt — mit folgendem amtlichen Schreiben: "Wir bitten alle Zivilbehörden und Truppenteile, die sich dort befinden, wo Museumsexponate sein können, Genossen Kutschumow jegliche Unterstützung dabei zu erweisen, die Museumsschätze zu erhalten und abzutransportieren, ihm Transportmittel zu überlassen..."

Anfang Mai 1944 kam Kutschumow in ein Dorf gleich hinter Pawlowsk. Leere, verlassene Hütten, fast keine Menschen. Kutschumow interessierten die Häuser, wo die Faschisten gestanden hatten und sich ihr Stab befand. Viele Hütten suchte er auf. Ein alter Mann riet ihm, sich noch ein weiteres Haus anzusehen... und dort, auf dem Dachboden, entdeckte Kutschumow Gemälde, verknickt, verstaubt und verdeckt. Unter ihnen auch das berühmte Porträt Peter I., das I. Tanauer, einem Zeitgenossen des Zaren, zugeschrieben wird. Peter ist da in seiner ganzen Größe, vor dem Hintergrund einer Schlacht, dargestellt. Das Gemälde war stark beschädigt, die Farbe blätterte ab, unten fehlten einige Zentimeter. Doch welch Glück, daß dieses Bild wiedergefunden wurde!

Mal hier, mal dort — nicht selten in Erdhütten und Unterständen — wurden die bedeutendsten Kunstschatze aus von den Hitlerfaschisten geplünderten Museen entdeckt. Alle Meisterwerke wurden sorgsam gelagert.

Im April 1945 entdeckte Kutschumow in Riga 463 von den Faschisten gestohlene Bilder (darunter Werke von Kramskoi,

Makowski, Kustodijew und Jaroschenko), an die 8000 Kameen, Glaswände, Mosaikarbeiten und Heiligenlämpchen. Die Kunstschatze aus Gatschina, Pawlowsk und Petershof kehrten heim. Später gelang es Kutschumow, in Berlin das berühmte Parkett ausfindig zu machen, das den Lyons-Saal und das Spiegelzimmer des Katharinenpalais in Puschkin zierte.

Die ersten sieben Säle des Palastmuseums von Pawlowsk wurden im Sommer 1957 wieder den Besuchern zugänglich. Seine vollständige Wiederherstellung aber brauchte volle 25 Jahre. Pawlowsk, das erste der wiederaufgebauten Palast- und Parkensembles in Leningrads Vororten, wurde zu einer Art Schule, wo viele Restauratoren zur künstlerischen Reife fanden.

Unglaublich schwer ist es, das, was unwiederbringlich verloren schien, wiederzuerwecken. Nicht leicht ist es, die Manier und Maltechnik eines Künstlers aus ferner Vergangenheit zu verstehen und, nachdem man diese Werke neugeschaffen hat, den Betrachter glauben zu machen, daß das nachgeschaffene Werk dem Original nicht nachsteht. Würde man alle Skizzen, Bilder, Muster und Kartons, die bei den Restaurierungsarbeiten in Pawlowsk ausgeführt wurden, aneinanderreihen, ergäbe das eine 1 Meter hohe und 10 km lange Strecke. Eine solche, fürwahr titanische Arbeit, haben die talentierten und selbstlosen Kunstmaler, Vergolder, Steinmetze und Bildhauer geleistet.

Dem Restaurator Anatoli Treskin und seinen Mitstreitern gelang es sogar, das, was es... nicht gab, wiederherzustellen. Im früheren Palast von Pawlowsk hatte der Thronsaal schmucke Wände, einen Parafußboden und eine weiße Decke. Pietro Gonzago, ein bekannter Meister der Ornamente und der Parkarchitektur, vermochte nur eine kleine Skizze der Decke anzufertigen: Paul I. wurde ermordet, und der Palast interessierte die neuen Herrscher nicht mehr. Treskin fand in Archiven Skizzen der verschiedensten Dekorationen und Ornamente von Gonzago und vermochte zu beweisen, daß die Bemalung der Decke mit Ornamenten durchaus realisierbar ist. Die 400 Quadratmeter große Decke ist heute ein wahres Schmuckstück des Thronsaales wie des gesamten Palastes.

... Die wiedererstandene Schönheit lebt und erfreut die Menschen, die Großtat der Leningrader, ihre heroische Arbeit zur Wiederherstellung der wertvollen Kunstschatze aber geht weiter. In den 40 Jahren seit Kriegsende wurde das Wertvollste, was die faschistischen Barbaren zerstört hatten, wiederhergestellt. Doch noch sind nicht alle Wunden geheilt. Das Echo des Krieges ist in der Stadt an der Newa noch zu vernehmen. Es erinnert an die Leiden der Stadt und ihrer Menschen, an die Verluste und an den Sieg des Humanismus über die Kräfte des Bösen.

DIE USA BREMSEN

Am 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus denken wir auch daran, daß er den europäischen Völkern die Möglichkeit brachte, nicht nur ihre Zukunft unter den Verhältnissen des Friedens aufzubauen, sondern auch miteinander zusammenzuarbeiten. Vor 10 Jahren wurden die Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlichen sozialen Systems in der Schlußakte von Helsinki festgelegt. Einer ihrer Abschnitte gilt der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern sowie den USA und Kanada in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz. Mehrere Bestimmungen der Schlußakte wurden 1983 im Abschlußdokument des Madrider Nachfolgetreffens weiterentwickelt und konkretisiert. Die Gesamteuropäische Konferenz und das Madrider Treffen untermauerten den Ausbau der bi- und multilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der UdSSR und den anderen RGW-Ländern einerseits und den westeuropäischen Staaten.

Alles in allem haben die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West einen guten Stand. So nahm der Handelsumsatz zwischen der UdSSR und den westlichen EG-Mitgliedern 1984 um fast 8% zu. Etwas schwieriger gestaltet sich die mehrseitige Zusammenarbeit, obwohl ein Mechanismus für ihren Ausbau seit langem besteht: die UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), 1947 gegründet, ursprünglich als Hilfe für die europäischen Staaten beim Wiederaufbau ihrer kriegszerstörten Wirtschaft. Jetzt ist die ECE faktisch das einzige UNO-Organ, das den Zweck hat, die mehrseitige Ost-West-Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen — Handel, Wissenschaft und Technik, Umwelt, Energetik, Landwirtschaft, Industrie, Wohnungsbau usw. — zu fördern. Wichtig ist, daß sich die KSZE-Staaten und die ECE-Mitglieder fast völlig decken. Somit ist die ECE ein wichtiger Mechanismus des gesamteuropäischen Prozesses.

Sie hat inzwischen solide Erfahrungen bei der mehrseitigen Zusammenarbeit gesammelt und kann auf viele nützliche Initiativen zurückblicken. Besonders fruchtbar waren die 70er Jahre, die Zeit der Entspannung. Damals schlug die UdSSR in der Kommission vor, gesamteuropäische Konferenzen über den Umweltschutz, die Energetik und das Verkehrswesen abzuhalten. Die Ergebnisse der ECE-Tätigkeit hätten bedeutender sein können, aber die USA und ihre wichtigsten NATO-Partner sehen die

Zusammenarbeit im ECE-Rahmen vor allem im Lichte der antikommunistischen Konzeptionen, und die schreiben vor, die wirtschaftlichen Beziehungen des Westens mit den sozialistischen Ländern einzuschränken. Daran hielten sich die atlantischen Bündnispartner auch auf der vor kurzem in Genf abgeschlossenen 40. ECE-Tagung.

Washington bringt allerlei vor, um diesen Kurs zu rechtfertigen, am häufigsten die These, die sozialistischen Länder betrieben eine "Politisierung" der Kommission. So wird ihnen vorgeworfen, daß sie auf die Gefährlichkeit der Stationierung neuer US-Kernraketen in Westeuropa für die normalen, darunter die wirtschaftlichen Beziehungen in Europa hinweisen. Diese politische Frage gehöre, behaupten die westlichen Vertreter, nicht in den Kompetenzbereich der ECE. Eine merkwürdige Logik! Die Kommission besteht ja nicht im luftleeren Raum. Das politische Klima in Europa wirkt sich auf die Zusammenarbeit ihrer Mitgliedsstaaten unmittelbar aus. Und umgekehrt fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Staaten, wie die vorjährige ECE-Tagung konstatierte, "die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt".

Kennzeichnend ist auch die Haltung des Westens zu den ECE-Tagungen. Die 40. Tagung begann anderthalb Tage später als vorgesehen, weil die Delegierten der führenden NATO-Länder ein unwürdiges Kesseltreiben um den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus und den 40. Jahrestag der Gründung der UNO veranstalteten. Sie wollten die Frage des Jubiläums von der Tagesordnung gestrichen haben. Als ihnen das mißlang, versuchten sie, in ihren Stellungnahmen die historische Bedeutung des Sieges und die Rolle der UdSSR bei seiner Erringung totzuschweigen oder herabzumindern.

Wie die Diskussion in Genf zeigte, steht das nicht in ihren Kräften. Die Delegierten der sozialistischen Länder betonten, daß der 40. Jahrestag des Sieges und das gleiche Jubiläum der UNO dem Kampf gegen die nukleare Gefahr, für die Entspannung auf wirtschaftlichem Gebiet einen neuen Impuls verleihen muß. Ähnlich sprachen sich die Vertreter einiger westlicher Staaten aus. Entgegen dem Druck der USA wurde in die Hauptresolution der Tagung ein Passus aufgenommen, der beinhaltet, daß der 40. Jahrestag der UNO eine neue Etappe des festen und allgemeinen Friedens, der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung,

des Fortschritts und der Unabhängigkeit der Völker einleiten muß. Die wichtige Rolle der ECE als Instrument für die Verwirklichung der Prinzipien und Ziele der UNO-Charta, die Umsetzung der Schlußakte von Helsinki und des Abschlußdokuments von Madrid wurde in der Resolution begrüßt. Sie verweist ferner auf die Notwendigkeit, das Potential der ECE zum Ausbau der mehrseitigen Zusammenarbeit in der Region voll zu nutzen.

Neben der Hauptresolution nahm sie 14 weitere Dokumente zu konkreten Problemen an. Erstmals in den letzten Jahren wurden Beschlüsse zum Ausbau von Handel und industrieller Zusammenarbeit gefaßt; 1985 sollen spezielle Expertenberatungen über die industrielle Zusammenarbeit und die Perspektiven des Ost-West-Handels für die 80er Jahre stattfinden. Auch wurden Beschlüsse über die Landwirtschaft gefaßt; sie behandeln vor allem die Mechanisierung der Agrarproduktion, die Verhütung der Umweltverschmutzung sowie die Qualität und Fruchtbarkeit der Böden. Auch weitere ECE-Beschlüsse sind darauf gerichtet, die mehrseitige Zusammenarbeit in Energetik, Standardisierung, Statistik und bei der Festlegung der allgemeinen Wirtschaftsperspektive bis zum Jahr 2000 zu aktivieren.

Doch hätten die Ergebnisse der 40. Tagung gewichtiger sein können, hätten die führenden westlichen Länder, vor allem die USA, nicht versucht, die mehrseitige Zusammenarbeit in so wichtigen Fragen wie der Energetik, der Wissenschaft und Technik und dem Transportwesen zu behindern. Die US-Vertreter suggerieren den westlichen Ländern den Gedanken, die ECE-Tätigkeit bringe nur den sozialistischen Staaten Nutzen, dem Westen aber nicht. Dabei gab die 1979 auf Initiative der UdSSR durchgeführte Umweltschutzkonferenz der Erweiterung des ECE-Wirkens auf diesem Gebiet neuen Auftrieb. Und nach den Ergebnissen des Bonner Treffens der sieben führenden westlichen Länder zu urteilen, beschäftigt sie dieser Aspekt der mehrseitigen Zusammenarbeit sehr. Als die UdSSR die Einberufung gesamteuropäischer Konferenzen über Energetik und Verkehr vorschlug, ließ sie sich ebenfalls nicht von ihren eigenen Interessen leiten, sondern von der Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Staaten zu intensivieren. Tatsachen zeugen davon, daß die Behauptung vom einseitigen Interesse der Sowjetunion am Ausbau der ECE-Tätigkeit durch und durch verlogen ist.

N. JEWGENJEW,
I. ORSKI

"NEUE ZEIT" 21.85

ERKLÄRUNG

DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER ZUR LAGE IN DER INTERNATIONALEN ARBEITSORGANISATION

Die sozialistischen Länder, Mitverfasser dieser Erklärung, messen der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der ILO große Bedeutung bei. Gerade dieser Umstand erklärt die Tatsache, daß sie zahlreiche konkrete Vorschläge eingebracht haben, die auf die Verwirklichung der in den ILO-Statuten festgelegten Ziele und auf den Einsatz aller Möglichkeiten dieser Organisation zur Festigung des internationalen Friedens und zur Verteidigung der Lebensinteressen und Rechte der Werktätigen ausgerichtet sind. In der ILO wurden Konventionen und Empfehlungen erarbeitet und beschlossen, die im großen und ganzen den Interessen der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften entsprechen. Die Organisation leistet einen gewissen Beitrag zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, das schändliche Apartheidsystem abzuschaffen. Gewisse nützliche Arbeit wird auch zu bestimmten Problemen der Arbeits- und Sozialpolitik geleistet. Als Ganzes sind jedoch nach unserer Einschätzung die Ergebnisse der Aktivitäten der ILO und der Leitung des Sekretariats unbefriedigend. Die Tätigkeit dieser Organisation bedarf einer grundlegenden Änderung.

Konzeption und Struktur der ILO entstanden in ihren Grundzügen bereits 1919 und seitdem wurden keine nennenswerten Änderungen vorgenommen. In der Organisation bleibt de facto der Umstand unbeachtet, daß heute sozialistische Staaten und Entwicklungsländer zu ihren Mitgliedern gehören. Nach wie vor dient die ILO im Grunde genommen nur den Interessen des kapitalistischen Gesellschaftssystems und versucht dessen Wille und Ordnung anderen Staaten aufzuzwingen.

Das Prinzip der Dreiseitigkeit entspricht in seiner jetzigen Form nicht mehr der realen Situation in den Mitgliedstaaten. Mehr noch, es wird zur Diskriminierung nichtstaatlicher Vertreter vieler Länder eingesetzt.

Diese anormale Situation in der ILO ruft bei den sozialistischen Ländern ernsthafte Besorgnis hervor. Die Aktivitäten

* Die Erklärung wurde von RGW-Mitgliedstaaten (außer Rumänien) auf der 10. Tagung der Ständigen Arbeitsgruppe des Exekutivkomitees des RGW gebilligt (Februar 1985, Moskau), an der die stellvertretenden Außenminister und Außenhandelsminister teilnahmen. Anfang Mai wurde die Erklärung in Genf als offizielles Dokument der ILO verbreitet.

dieser Organisation kommen zur Zeit in folgendem zum Ausdruck:

— Fragen, die lebenswichtige Interessen der Werktätigen berühren, in erster Linie das Recht auf Leben und Arbeit, werden offenkundig ignoriert, ihre Bedeutung herabgewürdigt;

— Versuche werden unternommen, diese Organisation für übelgesinnte politische Zwecke gegen sozialistische und andere fortschrittliche Länder, zur Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten auszunutzen;

— die Diskriminierung sozialistischer Länder nimmt uns die Möglichkeit einer vollinhaltlichen Mitarbeit in der ILO; ihre Gremien faßten eine Reihe von voreingenommenen Beschlüssen; für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Länder und interessierter Seiten in der ILO fehlen die notwendigen Voraussetzungen und Möglichkeiten.

Diese Umstände führen zur Unterminierung des universellen Charakters der ILO und dazu, daß ihre praktische Tätigkeit den statutbedingten Zielen immer weniger entspricht.

1. Die ständig wachsende Arbeitslosigkeit in den nichtsozialistischen Ländern bringt Leiden, Krankheiten, Hunger und Verzweiflung für alle Arbeitslosen, ob sie nun ihre Arbeit verloren oder gar keine gefunden haben, was von der ILO sofortige wirksame Maßnahmen verlangt. Der Beitrag der ILO zur Lösung dieses Problems bleibt jedoch, milde ausgedrückt, ziemlich bescheiden, da sie ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Beschäftigung in eine Unzahl von zweitrangigen Fragen und Projekten verzettelt. Das vor einigen Jahren angenommene "weltweite Beschäftigungsprogramm" hatte keinen nennenswerten Einfluß auf die Lösung des Arbeitslosenproblems in der nichtsozialistischen Welt.

Die ILO zeigte auch dort keine Erfolge, wo sie eigentlich verpflichtet wäre, das erste Wort zu sagen — nämlich bei der Förderung einer Konvention, die das Recht auf Arbeit feststellt, dieses Grundrecht des werktätigen Menschen, das von der UNO bereits 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und 1969 in der Erklärung über soziale Fortschritt und Entwicklung proklamiert wurde. Das Internationale Abkommen von 1966 über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte ordnete es in den Wirkungsbereich des internationalen Rechts ein. Die ILO hat bis jetzt auch die Entwicklungsländer bei ihrer Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit ungenügend unterstützt.

Die Internationale Arbeitsorganisation zeigt unzulängliche Aktivität auch in solchen wichtigen Fragen wie: Schutz der Einnahmen der Werktätigen vor Inflation und Gewährleistung von gewerkschaftlichen Freiheiten in Betrieben transnationaler Konzerne. Die bisherige Tätigkeit auf diesen Gebieten trägt nicht einmal dazu bei, die wahren Ursachen für die Interessen- und Rechtebeschneidung der Werktätigen aufzudecken, um damit ihnen bei der Verteidigung ihrer Rechte zu helfen.

Die genannten Fragen sind von herausragender Bedeutung für die Werktätigen der überwiegenden Mehrheit aller Mitgliedstaaten der Organisation, trotzdem werden sie nicht zum Gegenstand der ILO-Konventionen erhoben, ungeachtet der zahlreichen Vorschläge der sozialistischen Länder; und das beeinträchtigt wesentlich die Möglichkeiten der ILO, ihre satzungsgemäßen Aufgaben in der heutigen Zeit zu lösen.

2. In ihrem Kompetenzbereich muß die ILO die Lösung akuter Fragen der Gegenwart fördern, in erster Linie durch ihren Beitrag zur Erhaltung und Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, zur Abwendung einer nuklearen Katastrophe und zur Zügelung des Wettrüstens, das als schwere Bürde auf den Werktätigen lastet. In letzter Zeit können wir jedoch beobachten, wie in der ILO die Aktivitäten, die mit der Friedens- und Abrüstungsproblematik im Zusammenhang stehen, vorsätzlich eingedämmt werden. Unter anderem unternimmt die ILO — im Gegensatz zu anderen spezialisierten Institutionen — keine erforderlichen Schritte zur effektiven Verwirklichung der UNO-Resolution A 38/188j über organisatorische Maßnahmen in Fragen des Abrüstungsprozesses und anderer diesbezüglicher Resolutionen und Beschlüsse der UNO, wie auch ihrer eigenen.

Die Veröffentlichung einiger Beiträge zu sozialökonomischen Aspekten der Abrüstung und die Durchführung eines Forschungsauftrages kann man bei einer so respektablen internationalen Organisation wie der ILO wohl kaum als einen gebührenden Beitrag zur Abrüstung bezeichnen. Die ILO-Tätigkeit auf dem Gebiet der Erforschung der Probleme des Friedens und sozialökonomischer Aspekte der Abrüstung bedarf einer solideren Finanzierung. Zur Durchführung der Resolution über ökonomische und soziale Aspekte der Abrüstung, angenommen auf der Generalkonferenz der ILO 1981, machten die sozialistischen Länder den Vorschlag, ein Sonderprogramm der ILO "Sozialökonomische Aspekte der Abrüstung" auszuarbeiten, in dessen Rahmen die Sichtung und Analyse der vorhandenen Informationen vorgenommen, internationale Symposien und Beratungen, auch auf regionaler Ebene, zu Fragen der sozialökonomischen Aspekte der Abrüstung abgehalten werden. Ungeachtet der entsprechenden Vorschläge fortschrittlicher Kräfte hielt es weder der Verwaltungsrat noch der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes (IAA) für angebracht, die Implementierung der genannten Resolution in Gang zu setzen.

Gleichzeitig und ganz besonders in den letzten Jahren sind wir Zeugen breit angelegter Antikriegsaktionen der Werktätigen in vielen Ländern der Erde, ihres wachsenden Bewußtwerdens der Gefahr eines nuklearen Konfliktes. Die Meinungen von Millionen arbeitender Menschen, ihrer Gewerkschaften, ja sogar die Äußerungen auf den internationalen ILO-Generalkonferenzen zu dieser wichtigsten Gegenwartsfrage zu ignorieren, bedeutet aber den bewußten Verzicht der ILO auf die Interessenvertretung und -berücksichtigung der Werktätigen.

Die sozialistischen Länder erwarten von der ILO, daß sie ihren gebührenden Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit für Frieden und Abrüstung leistet. Das sollte unter anderem in Verbindung mit dem von der UNO zum Internationalen Jahr des Friedens proklamierten Jahr 1986 sowie bei der Vorbereitung der ILO-Generalkonferenz seinen Ausdruck finden.

3. Reaktionäre Kräfte nutzen die Organisation zu ideologischen Diversi onen gegen die sozialistischen Länder,

versuchen, sich unter dem Vorwand der Kontrolle über die Einhaltung von ILO-Konventionen in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Sie versteigen sich dabei bis zu den in den internationalen Beziehungen unzulässigen Forderungen nach Änderung der politischen und sozialen Strukturen in den sozialistischen Ländern.

Die Verpflichtung der ILO ist es, gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu fördern, doch in der Tat ist sie unfähig, die Bedingungen dazu in ihrem eigenen Kompetenzbereich zu schaffen und verwandelt sich, genau genommen, in ein Werkzeug zur Sprengung einer solchen Zusammenarbeit.

Die anrüchige Rolle der ILO zeigte sich besonders deutlich bezüglich der Volksrepublik Polen. Die Organisation ergriff ganz offen die Partei der dem sozialistischen Polen am feindlichsten gesinnten imperialistischen Kreise, wurde zum Werkzeug der größten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VRP, zum Werkzeug der Destabilisierung der Lage im Lande. Die Regierung der VRP, sozialistische und andere Länder hatten die ILO wiederholt vor ernsthaften Folgen einer Fortsetzung der antipolnischen Kampagne gewarnt. Ungeachtet dessen faßte der Verwaltungsrat der ILO im November 1984 einen weiteren polenfeindlichen Beschuß, der in erster Linie durch Stimmen der Vertreter westlicher Länder, Unternehmer und reformistischer Gewerkschaftszentralen zustande kam. Danach sah sich Polen gezwungen, seine Mitgliedschaft in der ILO aufzugeben.

Die Behandlung der sogenannten "polnischen Frage" in der ILO bestätigt eine Vertiefung der strukturellen und politischen Krise dieser Organisation. Solche Aktivitäten schaffen Hinderisse auf dem Wege einer gleichberechtigten Zusammenarbeit von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, sie lassen das eigentliche Wesen dieser Organisation zweifelhaft erscheinen und können den Anfang ihres Zerfalls bedeuten.

Die sozialistischen Länder bekunden ihre uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung für die Haltung und Handlungen der Volksrepublik Polen, die gegen die von imperialistischen und anderen reaktionären Kräften in der ILO entfachte antipolnische Kampagne gerichtet sind. Sie werden entsprechende Maßnahmen ergreifen, diesen Kräften zu begegnen, gegen sie einen entschiedenen Kampf zu führen, damit die Organisation nicht zum Instrument des Antikommunismus wird, durch Verzerrung ihrer Ziele, durch das Ausrichten ihrer Aktivitäten gegen lebenswichtige Interessen der werktätigen Massen, gegen die sozialistische Gemeinschaft und alle fortschrittlichen Kräfte der Welt.

4. Die sozialistischen Staaten und eine Reihe anderer Länder kritisierten wiederholt die Schaffung und Tätigkeit des sogenannten Kontrollmechanismus der ILO, der die Überwachung der Anwendung internationaler Arbeitsgesetze zur Aufgabe hat. Anstatt den Mitgliedstaaten bei der wirkungsvollen Anwendung der internationalen Arbeitsgesetze im Sinne konstruktiver Zusammenarbeit, Verständigung und des Dialogs zu helfen, verwandelte sich der sogenannte Kontrollmechanismus immer mehr zu einem gegen eine bestimmte Ländergruppe gezielten Gerichtshof. Auf den Generalkonferenzen der Jahre 1983 und 1984 brachten die sozialistischen Länder Vorschläge zur Modifizierung des sogenannten Kontrollmechanismus der ILO ein. Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde die Komponente der Zusammenarbeit in der Organisation stärken, die heute Konfrontationserscheinungen untergeordnet ist. Sie würde den Kontrollmechanismus verbessern und demokratisieren, ihm das Vertrauen aller Mitgliedstaaten gewähren. Der Generaldirektor ignorierte jedoch vollständig die Meinung derer, die sich während der 70. Tagung der Arbeitskonferenz dafür aussprachen, nach Verbesserungsmöglichkeiten für die Tätigkeit des bestehenden Kontrollmechanismus zu suchen.

Wir weisen entschieden Behauptungen zurück, wonach die sozialistischen Länder in den Kontrollorganen der ILO Anspruch auf eine Sonderstellung erheben. Wir treten konsequent

für eine objektive Tätigkeit dieser Organe ein, dafür, daß sie unvoreingenommen die Realitäten des Sozialismus und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung unserer Länder anerkennen und keinen Schatten irgendwelcher Art auf unsere Wirklichkeit und unsere Errungenschaften auf dem Gebiet der Sozialpolitik werfen, die zum Wohl aller Werktätigen verwirklicht wird. Der gravierende Unterschied bei der Behandlung von Reklamationen und Beschwerden, die sozialistische und imperialistische Staaten betreffen, ist nicht zu übersehen. Von ersteren wird praktisch bei jeder Gelegenheit eine Änderung der Grundlagen ihrer Gesellschaftsordnung verlangt; sei es Gewährleistung des gewerkschaftlichen Pluralismus oder seien es die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und regierenden Parteien. Gleichzeitig wird die grobe Verletzung der Rechte der Arbeiter in den kapitalistischen Ländern tiefgeschwiegen oder zynisch gerechtfertigt, wie es z. B. bei der Zerschlagung der Fluglotsengewerkschaft in den USA der Fall war.

Vertreter sozialistischer Länder werden zu wichtigen Gremien des sogenannten Kontrollmechanismus der ILO nicht zugelassen, so zum Beispiel in das Komitee für Koalitionsfreiheit des Verwaltungsrates.

5. Die sozialistischen Länder sind äußerst interessiert, die bestehende Gliederung der ILO und ihre Arbeitsmethoden so zu modifizieren, daß sie den politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten der modernen Welt entsprechen.

Gegenwärtig wird die Rolle der Internationalen Arbeitskonferenz, des höchsten Gremiums der ILO, in ihrer Bedeutung herabgewürdigt; die Zusammensetzung des Verwaltungsrates erfolgt unter Verletzung der allgemein anerkannten UNO-Prinzipien der Gleichberechtigung. Privatkapitalistische Unternehmer blockieren durch ihre Mehrheit die Beteiligung von Vertretern aus Betrieben sozialistischer Länder im Verwaltungsrat. In diesem Zusammenhang bringen Organisationen, durch Leiter sozialistischer Betriebe repräsentiert, ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß ihnen gleichberechtigte Teilnahme an den ILO-Aktivitäten auf allen Ebenen versagt wird. Die sozialistischen Länder werden ihre Anstrengungen fortsetzen, um im Laufe der Demokratisierung des ILO-Gefüges solche Beschlüsse durchzusetzen, die die Interessen der einzelnen Länder berücksichtigen.

6. Die nationalen Gewerkschaftszentralen der sozialistischen Länder sind über die harthäckige Weigerung der Leitung des ILO-Sekretariats zutiefst besorgt, einen Beitrag zur Organisierung der Zusammenarbeit und Verständigung zwischen Gewerkschaftsbewegungen verschiedener politischer Richtungen zu leisten.

Das IAA weigert sich, wahrheitsgetreue Informationen über die Rolle der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft der sozialistischen Länder, über ihre Rechte und Möglichkeiten in den Ländern des Sozialismus zu verbreiten; mit der Begründung — diese Informationen seien tendenziös. Sogar dem bescheidenen Vorschlag, ein Symposium über die Lage der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern durchzuführen, wurde mit einem entschiedenen Nein begegnet. Sicherlich verfügen die nationalen Gewerkschaftszentralen unserer Länder über ausreichende Möglichkeiten, die Weltöffentlichkeit über ihre Tätigkeit auch anderweitig zu informieren, dennoch ist die Organisation nach unserer Überzeugung den an ihrer Arbeit beteiligten Ländern gegenüber verpflichtet, die Verbreitung von Lügen und Äußerungen zu unterbinden.

7. Bei Neubesetzungen der wählbaren Ämter in ILO-Gremien wird das geographische Rotationsprinzip nicht konsequent angewandt, dabei ist die Diskriminierung sozialistischer Länder offensichtlich. Jeder Vernunft spottend wird sozialistischen Ländern der Vorsitz in wichtigen Ausschüssen der Internationalen Arbeitskonferenz verwehrt, und mit dem Amt des Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurden sie während der ganzen Mitgliedschaft in der ILO nicht ein einziges Mal

betraut. In keiner anderen Organisation des UNO-Systems ist Vergleichbares zu finden.

Anlaß zu ernster Besorgnis der nationalen Gewerkschaftszentralen sozialistischer Länder gibt die Diskriminierung ihrer Vertreter bei der ILO. Diesbezüglich genügt allein der Hinweis, daß Vertreter der Gewerkschaften der sozialistischen Länder in den ILO-Gremien und wählbaren Ämtern unterrepräsentiert sind. Kein Vertreter der Gewerkschaften der sozialistischen Länder wurde bis jetzt zum stellvertretenden Vorsitzenden der Internationalen Arbeitskonferenz der ILO bzw. ihrer Ausschüsse gewählt.

Für ein normales Funktionieren der ILO ist eine gerechte Zusammensetzung der Gremien, in denen die Teilnehmerzahl limitiert ist, von großer Bedeutung. Dennoch ist dieses Problem noch lange nicht gelöst. Ein prägnantes Beispiel hierfür liefert die unausgewogene Zusammensetzung der Branchenausschüsse. Seit vielen Jahren wird in der ILO über Festlegung von Kriterien verhandelt, wonach diese Ausschüsse gebildet werden sollten. Ein gerechtes, unbenachteiligendes Verfahren der Verteilung von Sitzen in den Branchenausschüssen ist jedoch bis heute nicht erarbeitet worden, da die westlichen Länder ihre privilegierte Stellung nicht aufgeben wollen.

8. Bürger einer begrenzter Zahl westlicher Länder besetzen die Schlüsselstellungen im IAA, wodurch das allgemein anerkannte UNO-Prinzip der gleichberechtigten Verteilung von Ämtern nach geographischen Gesichtspunkten verletzt wird. Der Generaldirektor des IAA weigert sich harthäckig, wirkungsvolle Maßnahmen zur Berichtigung dieser Anormalität zu ergreifen. Die ungerechtfertigte Mehrheit der Vertreter westlicher Länder im IAA verleiht der ILO eine bestimmte politisch-ideologische Ausrichtung, die eine ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Mitgliedstaaten der Organisation nicht zuläßt. Nicht zufällig werden sowohl in der praktischen Tätigkeit als auch in den Publikationen der ILO die reichhaltigen Erfahrungen sozialistischer Länder bei der Lösung von Sozial- und Arbeitsproblemen absichtlich verschwiegen. Im Ergebnis wird die ILO in zunehmendem Maße zum Werkzeug der Propaganda und der Verbreitung westlicher Entwicklungsmodelle der Gesellschaft, der sogenannten sozialen Partnerschaft, gerichtet gegen die grundlegenden Interessen der Werktätigen. Solche Situation in einer Organisation, die Universalitätsansprüche stellt, kann nicht geduldet und muß dringend geändert werden, damit das Sekretariat das Vertrauen aller Mitgliedstaaten gewinnen kann.

9. Die Anstrengungen der ILO müssen auf die Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen in verschiedenen Regionen der Welt ausgerichtet sein. Die Aktivitäten der Organisation in Europa haben z. Z. die Talsohle erreicht. Aber gerade die Zusammenarbeit der Länder Europas mit ihren reichen, vielseitigen Erfahrungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung, der Gewerkschaftsbewegung, der Lösung von Arbeits- und Sozialproblemen könnte eine große Bedeutung für die ILO-Mitglieder haben. Die von den europäischen sozialistischen Staaten wiederholt eingebrachten konkreten Vorschläge zur Aktivierung dieser Tätigkeit sowie zur Schaffung der nötigen organisatorischen Voraussetzungen dafür (z. B. Bildung eines europäischen Konsultativkomitees) sind bis jetzt in die Programme der ILO nicht aufgenommen worden. Die Beschlüsse der ILO über regionale Zusammenarbeit, darunter diejenigen, die auf der 3. Europäischen Regionalkonferenz gefaßt wurden, werden einseitig, unausgewogen und mit politischen Vorteilen für den Westen verwirklicht. Die sozialistischen Länder bestehen darauf, daß die ILO konkrete Maßnahmen zur Entwicklung einer konstruktiven und gleichberechtigten Zusammenarbeit europäischer Länder ergreift.

10. Bedenklich in der Tätigkeit der ILO erscheint die steigende Unterstützung der Unternehmerorganisationen, was unweigerlich zur Beschniedigung der Bedürfnisse von Arbeiter-

organisationen führt. Sozialistische Länder gehen davon aus, daß Unternehmerorganisationen in der ILO bestimmte Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, die von der ILO ausgearbeiteten Sozial- und Arbeitsgesetze zur Verbesserung der Lage der Werktätigen in ihren Betrieben anzuwenden. Alle Versuche, die Probleme der Arbeiter und der Unternehmer in der ILO gleich zu behandeln, widersprechen der Satzung, ja dem Sinn der Existenz dieser Organisation und werfen die Frage auf, welchen Interessen die ILO heute eigentlich dient: denen des Kapitals oder der Arbeit.

Selbstverständlich können auch Unternehmer ihre spezifischen Probleme haben, wie Betriebsverwaltungsfragen, Organisation des Arbeitsprozesses u. ä., die in der ILO behandelt werden können und auch behandelt werden, aber dies darf nicht auf Kosten der eigentlichen Aufgabe dieser Organisation geschehen und schon gar nicht als Hilfeleistung für Unternehmerorganisationen.

11. Programme für technische Zusammenarbeit verschlingen einen wachsenden Teil der finanziellen Mittel der ILO, das reguläre Budget eingeschlossen. In Anbetracht dessen muß die von der Leitung des IAA in diesem wichtigen Tätigkeitsbereich betriebene Politik ernste Besorgnis hervorrufen.

Einerseits zeichnet sich in der ILO eindeutig eine Tendenz der Bevorzugung solcher Projekte ab, die die wirtschaftliche Selbständigkeit der Entwicklungsländer gefährden und als Grundlage der Tätigkeit von Privatunternehmen des Westens, ganz besonders der transnationalen Konzerne, in diesen Ländern dienen. Auf dem Gebiet der technischen Hilfeleistung wurde die ILO in eine immer größere Abhängigkeit von internationalen Finanzzentren hineingezogen, die als Instrument der neokolonialistischen Politik des Imperialismus in den Entwicklungsländern fungieren.

Andererseits werden die sozialistischen Länder von der Teilnahme an technischen Hilfeprojekten der ILO vorsätzlich ausgeschlossen. Die Leitung des IAA hindert unter zahlreichen Vorwänden die Organisation an der Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten, u. a. daran, die Dienste der Fachleute aus den sozialistischen Ländern und ihren großen Erfahrungsschatz beim sozialen und wirtschaftlichen Aufbau zu nutzen.

Die Stellung der sozialistischen Länder zu Fragen der technischen Hilfe im Rahmen der ILO ist allgemein bekannt. Sie treten für solche Aktivitäten auf diesem Gebiet ein, die das sozialökonomische Wachstum der Entwicklungsländer begünstigen und nicht zur weiteren Abhängigkeit ihrer Wirtschaft

besonders von transnationalen Konzernen kapitalistischer Industriestaaten führen würde. Die technische Hilfe der ILO muß in enger Verbindung mit den nationalen sozialökonomischen Plänen der Entwicklungsländer stehen.

Die sozialistischen Länder sind bereit, an der technischen Hilfe der ILO für Entwicklungsländer aktiv teilzunehmen, auf gerechter Grundlage und im Rahmen des ILO-Statuts.

12. Die sozialistischen und auch andere Länder äußerten wiederholt ihre Besorgnis über die Verwendung des ILO-Budgets. Sie sind der Ansicht, daß die Organisation wirksame Maßnahmen zur Stabilisierung ihres Budgets ergreifen muß; eine strikte Regelung der Ausgaben, verbunden mit Sparsamkeit, besonders bei den administrativen Ausgaben, muß erzielt werden. Die ILO-Projekte, vorausgesetzt, sie entsprechen den Bedürfnissen und Erfordernissen der heutigen Zeit, können und müssen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln abgewickelt werden; Voraussetzung dafür sind eine flexiblere Handlungsweise der Organisation und der Verzicht auf veraltete und uneffektive Programme.

Die sozialistischen Länder verlangen von der ILO, daß sie die Effektivität ihrer Arbeit erhöht, daß sie substantielle soziale Fragen, die von lebenswichtigem Interesse für die Werktätigen in aller Welt sind, zum Schwerpunkt ihrer Tätigkeit macht, daß sie eine echte Kooperation ohne Diskriminierung auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialprobleme zwischen allen Ländern und interessierten Seiten ermöglicht, daß sie bei der Festigung des Friedens und im Kampf um Abrüstung mitwirkt.

Andernfalls wird sich die Organisation immer weiter von dem Weg entfernen, der zu ihren Hauptzielen, zur Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen und zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialprobleme führt. Sie wird sich noch weiter von den breiten Massen der Werktätigen entfernen und schließlich zum Objekt politischer Manipulationen werden.

Die sozialistischen Länder bekunden ihre Bereitschaft, bei der grundlegenden Verbesserung der Tätigkeit der ILO voll mitzuwirken, damit sie den in ihrem Statut verankerten Verpflichtungen wirkungsvoll nachkommen kann.

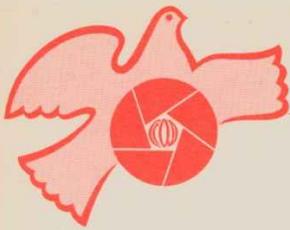
Das Außenhandelsunternehmen
VNESHTORGREKLAMA verfügt
über eine 20jährige Erfahrung
bei der Erfüllung von Werbeaufträgen
für ausländische Firmen in der UdSSR.

WIR BIETEN IHNEN UNSERE ZUSAMMENARBEIT AN— DEN WIRKSAMSTEN WEG AUF DEN SOWJETISCHEN MARKT

VNESHTORGREKLAMA bietet:

- Kontakte mit Vertretern von potentiellen Kunden und Organisationen, die bei der Entscheidung über einen Kauf mitwirken.
- Beratung bei der Marktforschung für einzelne Waren und Dienstleistungen.
- Aufbau von kompletten Werbekampagnen.
- Werbung in der sowjetischen Fachpresse.
- Veranstaltung von Werbesymposien und Präsentationen.
- Außen- und Innenwerbung (Verkaufswerbung, Werbung in Sportstätten).
- Direct Mail.
- Herausgabe und Vertrieb von Werbe- und Informations-Sonderdrucken.
- Anzeigen im Handbuch „Businessman's Moscow“.
- Werbung im Rundfunk.
- Public Relations.
- Andere Werbedienstleistungen, die in der UdSSR üblich sind.

SOWJETISCHE
AUSSENHANDELS-
WERBEORGANISATION
VNESHTORGREKLAMA
UdSSR, 113461 Moskau, ul. Kachowka 31.
Telegrammадressе:
Moskau, Vneshtorgreklama
Telefon: 121-04-34
Telex: 411265



FRIEDE DER WELT!

des Sieges über den Faschismus gewidmet.

Von den eingesandten mehr als 2000 Fotos wählte die Jury etwa 600 aus. Bekannte Berufsfotografen und Amateure aus mehr als 30 Ländern haben ihre Arbeiten vorgestellt, unter ihnen Meister wie Maciej Billewicz aus Polen, George Rodger aus Großbritannien, Henri Cartier-Bresson aus Frankreich, Robert Capa aus den USA. Der Grand Prix wurde den Arbeiten „Für unsere Heimat!“ von Anatoli Garanin, UdSSR (s. NZ 14/85), und „In Vaters Werkstatt“ von Lajos Soos, Ungarn, zuerkannt.

In vielen Fotos finden der Kampf der Völker für ihre Freiheit, Unabhängigkeit und die soziale Gerechtigkeit, der Protest gegen das Wettrüsten, gegen die Politik von Willkür, Gewalt, Rassismus

und Apartheid ihren Niederschlag.

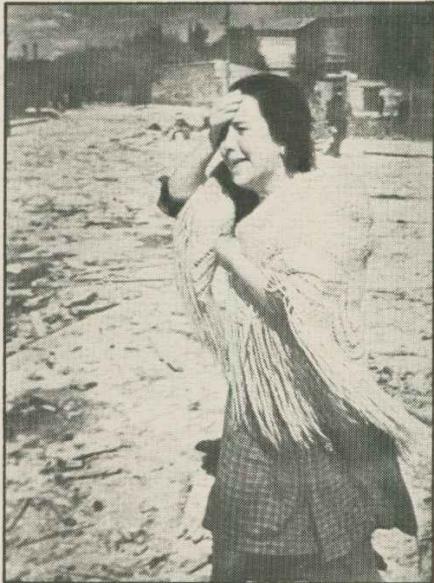
Die Arbeiten sowjetischer Frontreporter zeigen den harren Alltag des Krieges.

Die Fotos stammen aus verschiedener Zeit, aus den Kriegsjahren wie auch aus unseren Tagen. Die Sujets sind verschieden: ein lachen-

des Kind und eine Mutter am Grab ihres in Kampf gefallenen Sohnes; Treffen von Kriegsveteranen und junge Erbauer der Baikal-Amur-Magistrale; Bild einer alten Frau und Manifestation für das Kernwaffenverbot; die Weitern der Heimat und ein betende Strauß an einem Obelisk. Doch sind alle Bilder von dem einen Gedanken getragen: Es gibt keine heiligere Aufgabe als den Schutz des Friedens.

In Moskau wird die internationale Fotoausstellung „Friede der Welt“ gezeigt. Ihr Motto lautet: „Für Frieden, Humanismus, sozialen Fortschritt und Völkerfreundschaft“. Die Initiatoren waren der Verband der Sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland, die Direktion internationale Fotoausstellungen dieses Verbandes, die Zeitung „Moskauer Nachrichten“, die Zeitschrift „Kultur und Leben“ und das Haus der Freundschaft mit den Völkern des Auslands. Die Ausstellung ist dem 40. Jahrestag

S. Gurarij
(UdSSR):
Odessa 1941



Lajos Soos (Ungarn): In Vaters Werkstatt



G. Rodger (Großbritannien): Empfänger gesucht.
Coventry, November 1940

Robert Capa (USA): 1944. Jubelndes Paris

